

Je mehr, desto weniger?

Das Verhältnis von Wachstumskritik und
alternativen Wirtschaftskonzepten des
Postwachstums zum kapitalistischen
System

Felix Wilmsen

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit ist eine Zentrale Wissenschaftliche Einrichtung der Universität Bremen. Es wurde 1989 zunächst als Forschungszentrum Arbeit und Technik (artec) gegründet. Seit Mitte der 90er Jahre werden Umweltprobleme und Umweltnormen in die artec-Forschung integriert. Das Forschungszentrum bündelt heute ein multi-disziplinäres Spektrum von – vorwiegend sozialwissenschaftlichen – Kompetenzen auf dem Gebiet der Nachhaltigkeitsforschung. „artec“ wird nach wie vor als ein Teil der Institutsbezeichnung beibehalten.

Das Forschungszentrum Nachhaltigkeit gibt in seiner Schriftenreihe „artec-paper“ in loser Folge Aufsätze und Vorträge von MitarbeiterInnen sowie ausgewählte Arbeitspapiere und Berichte von durchgeführten Forschungsprojekten heraus.

Impressum

Herausgeber:

Universität Bremen
artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit
Postfach 33 04 40
28334 Bremen
Tel.: 0421 218 61800
Fax.: 0421 218 98 61800
Web: www.uni-bremen.de/artec

Kontakt:

Andrea Meier
E-Mail: andrea.meier@artec.uni-bremen.de

Vorwort

Seit der Jahrtausendwende nimmt eine Bewegung Fahrt auf, die Ungerechtigkeiten und globale ökologische Problemlagen als direkte und indirekte Folgen einer kompromisslosen Wachstumsorientierung deutet. Mit den Debatten um Konvivialismus und neue Ansätze solidarischer Ökonomie mehren sich zugleich die Versuche, Formen des guten Zusammenlebens jenseits der Zwänge des Wachstumsparadigmas zu suchen und eine Ära des „Postwachstums“ einzuläuten.

Felix Wilmsen untersucht in seiner Studie zentrale Diskursstränge der Wachstumskritik und ihr Verhältnis zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung. In einer anspruchsvollen theoretischen Analyse identifiziert er Konfliktlinien und Spannungspunkte zwischen der kapitalistischen Gegenwart und den Zukunftsentwürfen des Postwachstumsdiskurses. Sein theoretischer Zugriff ist dabei bewusst kritisch und folgt einem neomarxistischen Ansatz.

Die vorgelegte Studie wurde ursprünglich als Abschlussarbeit im Master-Studiengang Stadt- und Regionalentwicklung an der Universität Bremen verfasst und von Prof. Dr. Ivo Mossig vom Institut für Geographie und Dr. Johannes Herbeck vom artec Forschungszentrum Nachhaltigkeit betreut. Wir nehmen sie gerne mit geringfügigen Änderungen in die Reihe der artec-Paper auf und wünschen ihr die gebührende Beachtung.

Michael Flitner

(Sprecher des Forschungszentrums)

Inhalt

1. Einleitung	6
2. Kapitalismus und Wirtschaftswachstum	11
2.1 Funktionsweise und Formen des Kapitalismus.....	11
2.2 Maßgebend – das Bruttoinlandsprodukt.....	20
2.2.1 Aktuelle Trends und Wachstumsbegründungen	21
2.2.2 Kritik am BIP	26
2.3 Die Entstehung von Wirtschaftswachstum.....	30
2.3.1 Die neoklassische Wachstumstheorie	30
2.3.2 Geldschöpfung und Wachstumsspirale	35
2.3.3 Wachstum durch Konsumförderung	40
3. Wachstumskritik	45
3.1 Ökologische Wachstumsgrenzen.....	46
3.2 Ökonomische Wachstumsgrenzen	50
3.3 Soziale und kulturelle Wachstumsgrenzen.....	53
3.4 Demografische Wachstumsgrenzen	56
4. Der Postwachstumsdiskurs	59
4.1 Wachstumsreduktion	60
4.2 Wachstumsneutralität	68
4.2.1 Die Steady-State Economy	68
4.2.2 Die Postwachstumsökonomie	75
4.3 Degrowth.....	81
4.4 Zentrale Diskursinhalte.....	91
5. Das Verhältnis von Postwachstum und Kapitalismus	95
5.1 Geldsystem- und Finanzmarktreform.....	99
5.2 Entkommerzialisierung	102
5.3 Suffizienz, Subsistenz und Dematerialisierung	105
5.4 Deglobalisierung.....	106
5.5 Erhalt natürlicher Ressourcen	108
5.6 Neuorganisation von Arbeit	110
5.7 Umverteilung.....	112
5.8 Bewertung des Verhältnisses	114
6. Zusammenfassung und Fazit.....	117
Literatur.....	122

Tabellen und Abbildungen

Tab. 1:	Zentrale Inhalte und Prinzipien des Postwachstumsdiskurses in den vier untersuchten Diskursperspektiven.....	94
Abb. 1:	Weltweites reales BIP 1980-2010 zu jeweiligen Preisen in Billionen US-Dollar	22
Abb. 2:	Veränderung des realen BIP in ausgewählten Ländern und weltweit 1980-2020 zu konstanten Preisen in %	23
Abb. 3:	Reales BIP pro Kopf in ausgewählten Ländern 2000-2012 zu KKP in US-Dollar	24
Abb. 4:	Unwirtschaftliches Wachstum nach Herman Daly	50
Abb. 5:	Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum im Postwachstumsdiskurs	92
Abb. 6:	Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum und Grad der Inkompatibilität mit dem kapitalistischen System im Postwachstumsdiskurs	115

1. Einleitung

In den heutigen vom Kapitalismus geprägten Gesellschaften wird dem Wachstum der Wirtschaft – ausgedrückt als Zunahme des Bruttoinlandsprodukts (BIP) – eine, wenn nicht sogar „die“ zentrale Rolle für die Gewährleistung gesellschaftlicher Wohlfahrt zugeschrieben. Das Wachstum der Wertschöpfung bzw. des „[...] Wert[es] der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen“ (Statistisches Bundesamt 2015) dem politischen und wirtschaftlichen Handeln als entscheidende Ziel- und Orientierungsgröße überzuordnen, scheint auf einem gesellschaftlichen Konsens zu beruhen, der zugleich kaum hinterfragt wird (vgl. Bergh 2009: 118ff). Diese Einseitigkeit verleiht der Wachstumsorientierung den Status eines universalen Wertes. Wachstum ist gut, weil es gut ist. Wachstum ist sozusagen „sakrosankt“ (Binswanger 2006: 264).

Demgegenüber steht eine Realität, die von den Folgen dieser „Growthmania“ (Daly 1974) gezeichnet ist – „[...] weil wir immer mehr wollen, und uns schließlich mit immer weniger zufrieden geben müssen“ (Binswanger 2006: 266). Soziale Ungleichheit, Arbeitslosigkeit und Umweltprobleme bilden die Grundlage einer wachstumskritischen Bewegung, die den Allheilcharakter des Wachstums hinterfragt und nach Alternativen zur bestehenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsweise sucht, um gesellschaftliche Wohlfahrt jenseits des Wachstumsparadigmas zu verwirklichen. Dieser Postwachstumsdiskurs und sein Verhältnis zum kapitalistischen System, das vom Wachstumsparadigma profitiert, ist Gegenstand der folgenden theoretischen Analyse, die auf der Annahme aufbaut, dass weiteres Wachstum nach dem Prinzip „je mehr, desto besser“ letztlich auf ein „je mehr, desto weniger“ hinauslaufen muss.

„Gut“ sei das Wachstum vor allem aufgrund der Wohlstandssteigerungen, die sich in der Vergangenheit insbesondere in den wohlhabenden Industriestaaten durch die Forcierung des Wirtschaftswachstums erreichen ließen – und die sich zumindest oberflächlich kaum bestreiten lassen. Grundsätzlich führe dieser „zivilisatorische Fortschritt“ (Binswanger 2009: 374) zu besserer medizinischer Versorgung, höherer Lebenserwartung und größerer Bequemlichkeit. Er ermögliche einem wachsenden Anteil der Weltbevölkerung die Erschließung der Welt durch Reisen und globalen Informationsaustausch und befreie die Menschen zudem von naturgegebenen Notwendigkeiten, indem die Natur zu einer „Spielwiese“ (Binswanger 2009: 374) werde, die sich zur Erhöhung der Lebensqualität beherrschen lasse. Die Lebensqualität profitiere insbesondere vom technologischen Fortschritt, der ständig neue Wege eröffne, die „[...] Freude an der Stillung des Hungers [...]“ (Binswanger 2009: 374) trotz längst gesättigter physischer Bedürfnisse immer wieder zu erleben, beispielsweise durch die Digitalisierung der Lebenswelt (vgl. Binswanger 2009: 374).

Angesichts von Finanz- und Wirtschaftskrisen und einer wachsenden öffentlichen Verschuldung gilt das Wirtschaftswachstum als eine Art Universallösung für alle Widrigkeiten, denen sich heutige Gesellschaften gegenübersehen. Mithilfe des Wachstums sollen Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge gesteigert, die Arbeitslosigkeit und damit auch die öffentlichen Ausgaben für die Sozialversicherungen gesenkt und schließlich die Zuversicht in die wirtschaftliche Lage verbessert werden, um Investitionen und Konsum anzuregen (vgl. Seidl & Zahrnt 2010c: 180). Letztlich sei es möglich, Armut zu bekämpfen, soziale Ungleichheit zu reduzieren und sogar zum Schutz der Umwelt beizutragen, indem Wachstumsbarrieren abgebaut und Wachstumsanreize geschaffen werden (vgl. Commission on Growth and Development 2008: 1ff, 14; Seidl & Zahrnt 2010c: 180). Zur weiteren Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt müsse das Wachstum einfach unendlich weitergetrieben werden, was dank der unbegrenzten Innovationsleistung des Menschen kein besonderes Problem darstelle.

Das Wachstumsparadigma beruht letztlich auf der theoretischen Annahme, dass sich das Wachstum unbegrenzt fortsetzen lässt und damit die gesellschaftliche Wohlfahrt ständig steigert. Allerdings sehen sich diese Annahmen mittlerweile einer weniger hoffnungsvollen Realität gegenüber: Soziale Ungleichheit und Verteilungsungerechtigkeiten verschärfen sich insbesondere in den Industrieländern (vgl. Oxfam 2014: 2f; Piketty 2014: 46), Arbeitslosigkeit lässt sich immer häufiger nicht eindämmen (vgl. Radkau 2010: 44) und wie der Klimawandel und die immer größeren Verluste der Biodiversität deutlich machen, scheinen die ökologischen Kapazitäten der Erde, denen sich die wachstumsfixierte Wirtschaft zur Produktion bedient, längst überschritten (vgl. Meadows 1972; Seidl & Zahrnt 2010b: 30; IPCC 2014).

Wenn der ständige Wertschöpfungszuwachs letztlich die mit ihm verbundene Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt und seine ökologische Grundlage gefährdet, warum hält sich das Wachstumsparadigma dann bis heute so hartnäckig?

Ein Grund dafür dürfte sein, dass die Alternative undenkbar erscheint: Das Schrumpfen einer wachstumsfixierten Wirtschaft – also negatives oder Nullwachstum – hätte verheerende Folgen, wie Bankrotte, Massenentlassungen und soziale Instabilität (vgl. Binswanger 2006: 265). Zudem ist das Wachstumsparadigma mittlerweile in den nationalen und supranationalen Gesetzen und Leitlinien vieler Länder und Staatenverbünde wie der Europäischen Union (EU) institutionalisiert und schlägt sich außerdem in den Zielen internationaler Organisationen nieder. In Deutschland schreibt das 1967 erlassene *Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StabG)*¹ vor, dass

¹ Mit der Durchsetzung der neoklassischen Theorie (s. Kap. 2.3.1) haben viele Instrumente des StabG, das stark am keynesianischen Prinzip der Nachfrageförderung orientiert ist, an Bedeutung verloren bzw. wurden mit der Einführung der Schuldenbremse in das Grundgesetz wirkungslos (vgl. Horn 2015).

Bund und Länder mit ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen „[...] zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen“ (§ 1 StabG, Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz 1967). Ein weiteres Beispiel ist die *Europe 2020-Strategie* (2010) der Europäischen Kommission, die auf die als gescheitert geltende Lissabon-Strategie folgte und den EU-Mitgliedsstaaten – in Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 – klare länderspezifische Vorgaben zur Wachstumssteigerung macht, unter anderem die Investition von mindestens 3% des EU-weiten BIP in den Forschungs- und Entwicklungsbereich (vgl. Europäische Kommission 2010: 3). Ähnliche Wachstumsziele formuliert die OECD in ihren Reformvorschlägen zur Krisenbewältigung unter dem Titel *Going for Growth* (2015) sowie die mit der Weltbank assoziierte Commission on Growth and Development in ihrem *Growth Report* (2008), in dem sie das Wachstumsparadigma auf den Punkt bringt: „A growing GDP is evidence of a society getting its collective act together“ (Commission on Growth and Development 2008: 17).

Bezeichnenderweise macht diese Auffassung auch nicht vor dem Nachhaltigkeitsbegriff halt, der auf den ersten Blick zunächst schwer mit der Idee eines ständigen Mehr durch fortgesetztes Wirtschaftswachstum vereinbar scheint. Der vielzitierte Bericht der World Commission on Environment and Development (WCED) *Our Common Future* (1987) oder auch *Brundtland-Bericht* definiert nachhaltige Entwicklung zunächst mit dem Ziel, „[...] to ensure that it meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (WCED 1987: 16), um dann in demselben Absatz zu ergänzen: „[b]ut technology and social organization can be both managed and improved to make way for a new era of economic growth“ (WCED 1987: 16). Die Vorsitzende der Kommission, Gro Harlem Brundtland, bezeichnete diese neue Wachstumsära als das eigentliche Ziel des Nachhaltigkeitsbegriffs: „[...] growth that is forceful and at the same time socially and environmentally sustainable“ (WCED 1987: 7). Auf dieser Argumentation gründet schließlich die heute populäre Idee der Green Economy, also einer „[...] Wirtschaftsweise, die ökologische Nachhaltigkeit, menschliches Wohlergehen und wirtschaftliche Profitabilität in Einklang zu bringen versucht“ (Dickel & Petschow 2013: 14).

Insbesondere die ökologische Wachstumskritik lehnt diese Verknüpfung von ökologischer Nachhaltigkeit und Wirtschaftswachstum ab, da letzteres immer mit dem Verbrauch natürlicher Ressourcen zulasten einer intakten Ökosphäre gehe, die nicht nur die wirtschaftliche Grundlage des Wachstums selbst bilde, sondern zugleich die Voraussetzung jeglichen Lebens auf der Erde sei. Dennis Meadows' vielzitiertes Bericht an den Club of Rome *Die Grenzen des Wachstums* (1972) verband die sich in den 1970er Jahren verschärfenden Umweltprobleme mit dem Streben nach Wirtschaftswachstum und kam zu dem Schluss, dass das Wachstum ökologisch und demografisch begrenzt sei und sich das an-

geblich unendliche Wachstum absehbar nicht weiter steigern lasse, ohne seine ökologische Grundlage zu zerstören. In den folgenden Jahrzehnten wurde diese ursprüngliche Kritik immer wieder aufgegriffen, um soziale, kulturelle und ökonomische Wachstumsgrenzen erweitert und lieferte schließlich die Grundlage für die immer aktuellere – teils kapitalismuskritische – Suche nach alternativen Formen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisation, die auf die Gewährleistung von Versorgungssicherheit und gesellschaftlicher Wohlfahrt ohne Wachstum bzw. jenseits des Wachstumsparadigmas abzielen. Dieser Postwachstumdiskurs nimmt seit der Jahrtausendwende beständig an Fahrt auf und stellt die Dominanz des Wachstumsparadigmas grundsätzlich in Frage, wodurch er sich in Spannung zu der heute global vorherrschenden Gesellschaftsform des Kapitalismus bringt, die mit dem Wachstumsparadigma eng verknüpft ist.

Die folgende literaturbasierte Analyse zielt darauf ab, diese Zusammenhänge genauer zu untersuchen und soll in einem ersten Zugriff die Frage beantworten: *Welche Alternativen zu einem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem gibt es bereits und wie unterscheiden sie sich in ihrem Verhältnis zum Wachstumsparadigma?* Da dieses Verhältnis notwendigerweise auf die genannten Spannungen mit dem Kapitalismus hinführt, muss hier die Frage angeschlossen werden: *Wie verhalten sich diese Alternativen gegenüber dem kapitalistischen System?*

Die letztere Frage rechtfertigt sich zudem dadurch, dass die Wachstumsalternativen ihren Ursprung in der Kritik an den Wachstumsfolgen haben, die sich wiederum global auswirken und unter der globalen Dominanz des kapitalistischen Systems entstanden sind. Letztlich lassen sich aus der Untersuchung der beiden Verhältnisse Rückschlüsse ziehen, ob eine Gesellschaftsform, die sich dem Wachstumsparadigma verweigert, weiterhin kapitalistisch sein kann oder anders organisiert sein muss. Da diese Frage im Postwachstumdiskurs – so viel sei vorweggenommen – über weite Strecken bewusst ausgeblendet zu werden scheint, mindestens aber umstritten ist, kann die Analyse möglicherweise einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage leisten, ohne den Anspruch zu erheben, diesen Zusammenhang widerspruchsfrei aufzuklären zu können. Die Analyse erfolgt entlang der folgenden fünf Schritte:

Kapitel 2: Um ein Verständnis des kapitalistischen Systems abzuleiten, auf das sich die folgende Analyse aufbauen lässt, werden die Funktionsweise und verschiedene Formen des Kapitalismus dargestellt. Anschließend werden globale Trends, weitere Begründungen des Wachstumsparadigmas und schließlich die Entstehung von Wirtschaftswachstum erläutert, letztere anhand dreier – teils konkurrierender – theoretischer Erklärungslinien.

Kapitel 3: Zur Schaffung eines Grundverständnisses für den Postwachstumdiskurs werden die dort verwendeten Argumente der Wachstumskritik zusammen- und gegenübergestellt.

Kapitel 4: Der Postwachstumsdiskurs wird entlang von drei Diskursperspektiven und ihres jeweiligen Verhältnisses zum Wachstumsparadigma analysiert. Darauf aufbauend werden zentrale Inhalte und Prinzipien herausgearbeitet, anhand derer die von den einzelnen Diskursperspektiven eingeführten Instrumente und Maßnahmen systematisiert werden, sodass sich diese mit dem zugrundegelegten Verständnis des kapitalistischen Systems konfrontieren lassen.

Kapitel 5: Nachdem der Zusammenhang von Wachstum und kapitalistischem System tiefergehend erläutert und mit Gegenpositionen konfrontiert wurde, werden die zentralen Inhalte und Prinzipien des Postwachstumsdiskurses auf Spannungen zum kapitalistischen System und im Zusammenhang von Kapitalismus und Wachstum untersucht und bewertet.

Kapitel 6: Die Ergebnisse der Analyse werden zusammengefasst und auf ihre Bedeutung für den Postwachstumsdiskurs untersucht, um auf weiteren Forschungsbedarf und Anknüpfungspunkte zu schließen.

2. Kapitalismus und Wirtschaftswachstum

Zur Darstellung der Funktionsweise des Kapitalismus wird bewusst eine kritische Perspektive eingenommen, die sich an der marxistischen Kapitalismuskritik von David Harvey orientiert. Auf diese Weise lassen sich die anschließend behandelten Modelle der Wachstumsentstehung enger an die Wachstumskritik anbinden. Ziel ist es, ein Verständnis des kapitalistischen Systems abzuleiten, auf das sich die folgende Analyse aufbauen lässt. Dazu wird die kritische Perspektive um eine kurze Diskursübersicht ergänzt, die verschiedene Kapitalismusformen gegenüberstellt.

Zur Darstellung der Entstehung von Wirtschaftswachstum werden zunächst die Konstruktion sowie aktuelle Entwicklungstrends des BIPs erläutert und die bisher genannten geläufigen Begründungen des Wachstumsparadigmas erweitert. In einem zweiten Schritt werden letztere mit der Kritik am Wachstumsindikator konfrontiert und dessen Wirkung als wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Orientierungs- und Einflussgröße erläutert. Die Wachstumserklärung erfolgt schließlich anhand von drei Erklärungslinien: der neoklassischen Wachstumstheorie, dem Konzept der Wachstumsspirale mit besonderer Betonung der Bedeutung der Geldschöpfung und der Rolle der Konsumförderung für die Wachstumsentstehung.

2.1 Funktionsweise und Formen des Kapitalismus

In einer Minimaldefinition charakterisieren Boltanski & Chiapello (2010) den Kapitalismus als einen „[...] Prozess unbeschränkter Anhäufung von Kapital durch Mittel, die formell friedlich sind. Es ist die ständig wiederholte Einspeisung von Kapital in den wirtschaftlichen Kreislauf mit dem Ziel, daraus Profit zu ziehen“ (Boltanski & Chiapello 2010: 18).

Diese unbegrenzte Anhäufung wird dadurch möglich, dass die zur Wertschöpfung und Produktion nötigen materiellen und immateriellen Mittel – das Kapital – innerhalb der Gesellschaft ungleich verteilt sind, und zwar zwischen den Besitzer*innen dieser Produktionsmittel, den Kapitalist*innen, und den Arbeiter*innen, die keinen oder nur eingeschränkten Zugang² zu ihnen haben (vgl. Coe et al. 2013: 59). Der Kapitalismus stellt also nicht nur den oben genannten Prozess der Kapitalanhäufung bzw. der Kapitalakkumulation dar, sondern auch eine gesellschaftliche Organisationsform, die diesen Prozess ermöglicht. Harvey definiert eine Gesellschaft als kapitalistisch, wenn in ihr „[...] die Zirkulati-

² Diese Einschränkung ist notwendig, da die idealmodellhafte Klassentrennung zwischen Kapital und Arbeit unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr eindeutig vorzunehmen ist (vgl. Coe et al. 2013: 60).

ons- und Akkumulationsprozesse des Kapitals entscheidenden und beherrschenden Einfluss auf die materielle, soziale und geistige Gestaltung des gemeinsamen Lebens nehmen“ (Harvey 2015: 24).

Diese Zirkulations- und Akkumulationsprozesse basieren auf den zentralen Logiken der Profitmaximierung und Konkurrenz, der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch Lohnarbeit im Produktionsprozess und einer technologischen Dynamik, die sich in einer ausgeprägten Innovationsorientierung ausdrückt (vgl. Coe et al. 2013: 59). Ziel der Kapitalist*innen ist es, durch die Investition in die Produktion von Waren, also von Gütern und Dienstleistungen, die nicht zum Eigengebrauch, sondern für den Verkauf an andere produziert werden, einen zusätzlichen Wert – den Mehrwert – zu erwirtschaften, der den Wert der ursprünglichen Investition übersteigt, sodass dieser Überschuss zur Erwirtschaftung weiteren Mehrwerts erneut investiert werden kann (vgl. Harvey 1982: 14, 20). Dieser scheinbar unendliche Zirkulationsprozess mit dem Ziel der immer neuen Kapitalakkumulation, also die Erhöhung des eigenen Kapitalbestandes durch den profitbringenden Einsatz eines Teils dieses Kapitalbestandes, bildet den Kern der kapitalistischen Produktionsweise oder auch den „Wirtschaftsmotor“ (Harvey 2015: 26) des Kapitalismus und ist zugleich die Voraussetzung für die Reproduktion der gesellschaftlichen Stellung der Kapitalist*innen.

Zur Warenproduktion kaufen die Kapitalist*innen den Arbeiter*innen ihre Arbeitskraft gegen einen Lohn ab. Die zur Produktion eingesetzten Mittel, die produzierten Waren sowie die zur ihrer Herstellung aufgewendete Arbeitskraft werden in der Regel durch einen Marktmechanismus mit Preisen versehen und gehandelt (vgl. Coe et al. 2013: 59). Im – häufig unrealistischen – Idealfall bestimmen Angebot und Nachfrage die Preise der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital (vgl. Maier et al. 2006: 74).

Um Produktionsmittel und Waren auf dem Markt effizient handeln zu können, bedarf es eines von den Marktakteuren akzeptierten Tauschmittels, das den Wert dieser Waren repräsentiert, sowie privater Eigentumsrechte (vgl. Harvey 2015: 44, 111f; Binswanger 2010: 180f). Indem der Staat die Akzeptanz und Wertbeständigkeit von Geld als Tauschmittel mit seinem Währungsmonopol garantiert und private Eigentumsrechte mit seinem Gewaltmonopol durchsetzt, schafft er die Voraussetzungen für den Markt und die Mehrwertproduktion und ermöglicht damit die kapitalistische Produktionsweise (vgl. Harvey 2015: 61, 66, 96).

Die Mehrwertproduktion setzt schließlich die Ausbeutung der Arbeiter*innen voraus. Dadurch dass diese ihre Arbeitskraft ebenfalls als Ware auf dem Markt anbieten, fällt sie unter dessen Gleichheitsprinzip, wonach die qualitativ unterschiedlichen Gebrauchswerte der Waren, die unter unterschiedlichen Bedingungen und unter Einsatz von Arbeitskraft produziert wurden, durch den Prozess des Tausches auf dem Markt alle auf denselben ununterscheidbaren Standard des allgemeinen Tauschmit-

tels reduziert werden (vgl. Harvey 1982: 18f; 2015: 86f) –„[...] ein Dollar ist ein Dollar ist ein Dollar [...]“ (Harvey 2015: 32). Unter diesem Gleichheitsprinzip lässt sich der Mehrwert nur mit einer Ware erwirtschaften, die selbst einen Wert produziert, der ihren Tauschwert übersteigt. Diese Ware ist die Arbeitskraft. Indem die Kapitalist*innen den Arbeiter*innen Löhne zahlen, die lediglich zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft ausreichen, erwirtschaften sie einen Profit entsprechend der Produktionsmenge, die von den Arbeiter*innen über ihren eigenen Reproduktionswert hinaus produziert wird (vgl. Harvey 1982: 19; 2015: 86f; Coe et al. 2013: 60). Die Ware Arbeitskraft schafft also mehr Wert als ihre Reproduktion kostet und ermöglicht damit die Produktion von Mehrwert unter Einhaltung des Gleichheitsprinzips des Marktes (vgl. Harvey 1982: 19).

Entsprechend dem Primat der Profitmaximierung haben die Kapitalist*innen größtes Interesse daran, diesen Mehrwert ständig zu steigern. Erreichen lässt sich dies auf verschiedenem Wege, beispielsweise indem die Löhne so gering wie möglich gehalten oder Arbeitszeit und Arbeitsintensität bei gleichbleibenden Löhnen maximiert werden. Die technologische Dynamik und Kreativität des Kapitalismus entfaltet sich jedoch vor allem in technischen und organisationalen Innovationen, die darauf abzielen, die Effizienz des Produktionsprozesses und damit die Produktionsmenge bei gleichbleibendem oder sinkendem Einsatz der Produktionsmittel unaufhörlich zu steigern (vgl. Harvey 1982: 31). Begleitet wird dieser Prozess von einer immer komplexeren Arbeitsteilung. Die Folge sind zum einen regelmäßige radikale Umwälzungen des Produktionsprozesses durch die von Joseph Schumpeter so bezeichnete „schöpferische Zerstörung“ (Schumpeter 2005 [1942]; vgl. Coe et al. 2013: 61f). Zum anderen setzen diese Entwicklungen immer wieder Arbeitskräfte frei, was einerseits dazu führt, dass den Kapitalist*innen ständig eine ausreichende „Reservearmee“ (Harvey 2015: 104) an überschüssigen Arbeitskräften zur Verfügung steht, und andererseits verhindert, dass die Arbeiter*innen Monopole auf ihre individuelle Arbeitskraft erlangen und höhere Löhne verlangen können, da sie angesichts des ständigen Überangebots des Produktionsfaktors Arbeit um den Verkauf ihrer Arbeitskraft konkurrieren. Ähnliches kann durch gezielte Dequalifizierung oder die weitere Segmentierung des Produktionsprozesses erreicht werden. Neben der technisch bedingten Arbeitslosigkeit ist die Mobilisierung ausländischer Arbeitskräfte ein weiterer Weg, mit dem die Kapitalist*innen diese Reservearmee selbst schaffen (vgl. Harvey 1982: 31f; 2008: 24; 2015: 104, 144f). Ungefähr seit den 1970er Jahren erfolgt diese Ausbeutung zudem im Rahmen von nationalen Spezialisierungen und internationalem Handel der Neuen Internationalen Arbeitsteilung (vgl. Harvey 2015: 147f).

Profitmaximierung und technologischer Fortschritt können allerdings nicht bzw. nicht ausschließlich auf die individuellen Egoismen der Kapitalist*innen und die „Disziplinierung der Arbeiter“ (Harvey 1982: 32) zurückgeführt werden, sondern sind dem System inhärente Notwendigkeiten, die sich aus der Konkurrenz und dem Wettbewerb der Kapitalist*innen untereinander ergeben. Um in diesem

Konkurrenzkampf bestehen zu können, muss gezwungenermaßen akkumuliert und optimiert werden, um idealerweise Monopolrenten für die eigenen Waren abzuschöpfen und zugleich andere davon abzuhalten, selbst eine solche beherrschende Marktposition zu erlangen, die wiederum die eigene Stellung gefährden würde (vgl. Harvey 1982: 29; 2008: 24f). Darin offenbart sich ein Widerspruch zwischen der Preisbestimmung nach Angebot und Nachfrage, die einen möglichst idealen Markt in atomistischer Konkurrenz voraussetzt, und dem kapitalistischen Trend zu Absprachen, Monopol- und Oligopolbildung, der mittlerweile vor allem auf globaler Ebene in einen monopolistischen Wettbewerb weniger transnational organisierter Unternehmen mündet (vgl. Maier et al. 2006: 72; Scherhorn 2010: 36; Harvey 2015: 161, 167f).

Aus dem ständigen Streben der Kapitalist*innen nach der möglichst gewinnbringenden Ausbeutung oder Ersetzung der menschlichen Arbeitskraft erwächst zudem ein Widerspruch zwischen der Produktion und der Realisierung des Wertes. Zwar wird dem eingesetzten Kapital im Produktionsprozess Wert hinzugefügt, dieser bleibt aber so lange latent, wie er nicht durch den Verkauf der Ware realisiert wird. Zur Kapitalzirkulation und damit zur Akkumulation weiteren Kapitals müssen immer beide Stufen durchlaufen werden, wobei sich der Erfolg nach der Gewinnrate – dem Verhältnis des erzielten Gewinns zum Kapitalkaufwand – bemisst (vgl. Harvey 2015: 103). Da die Arbeiter*innen jedoch zugleich die Konsument*innen der mittels ihrer Arbeitskraft hergestellten Waren sind, schwächt ihre Ausbeutung die Nachfrage nach eben diesen Waren. Die Arbeiter*innen verdienen nicht genug, um den Überschuss zu kaufen, den sie selbst produzieren und zur Aufrechterhaltung der Kapitalzirkulation verkonsumieren sollen (vgl. Coe et al. 2013: 62). Folglich geht die Ausbeutung der Arbeiter*innen mit der Gefahr einer Krise der Realisierung einher:

„Der Kapitalismus verfängt sich ständig in diesem Widerspruch. Entweder maximiert er die Bedingungen für die Produktion des Mehrwerts und gefährdet so die Möglichkeit zur Realisierung des Mehrwerts auf dem Markt, oder er stärkt die effektive Nachfrage, indem er die Kaufkraft der Arbeiter verbessert, dadurch aber die Mehrwertschöpfung in der Produktion beschneidet.“ (Harvey 2015: 105, Hervorhebungen übernommen)

Eine Blockade der Realisierung wiederum kann zur Überakkumulation von Kapital führen, da die eingesetzten Produktionsmittel, die zugleich einen Teil des Kapitals der Kapitalist*innen darstellen, ohne eine ausreichende Nachfrage nach dem geschaffenen Mehrwert nicht voll ausgelastet werden können. Um seinen Wert nicht zu verlieren, muss dieses Kapital aber ständig dem Zirkulationsprozess zugeführt werden. Eine Folge der Überakkumulation sind regelmäßig auftretende Krisen, beispielsweise in Form von Inflation, Massenarbeitslosigkeit oder Kriegen, durch die zwar das ungenutzte Kapital entwertet und der Weg für neue Investitionen frei wird, die zugleich aber gravierende soziale und ökologische Schäden verursachen (vgl. Coe et al. 2013: 62f).

Der Widerspruch von Realisierung und Produktion bildet zugleich die Grundlage konkurrierender Ansätze darüber, welche Rolle dem Staat bei der Aufrechterhaltung der Kapitalzirkulation zukommt. Die Maximierung der Bedingungen für die Mehrwertproduktion entspricht dem neoliberalen Ansatz der Angebotsförderung durch die Deregulierung des Marktes und die Kürzung staatlicher Ausgaben im Rahmen einer Austeritätspolitik. Dem gegenüber steht der keynesianische Ansatz der Nachfrageförderung durch antizyklische staatliche Investitionen unter Inkaufnahme zusätzlicher Verschuldung (vgl. Harvey 2015: 106).

Zur Verdeutlichung des Zwangs zur Kapitalzirkulation muss das bisher verwendete Verständnis von Kapital erweitert werden: Harvey versteht darunter einerseits den Prozess der Kapitalzirkulation selbst – Geld (M) wird zur Produktion von Waren (C) eingesetzt, die mit einem Geldgewinn (ΔM) verkauft werden und das Kapital vergrößern, daraus ergibt sich der Prozess $M - C - (M + \Delta M)$ (Harvey 1982: 21) –, und andererseits Kapital in unterschiedlicher materieller Form, beispielsweise als Geld, Produktionsaktivität oder Ware (vgl. Harvey 2015: 94). Das Kapital kann also als eine widersprüchliche Einheit von Prozess und Ding aufgefasst werden bzw. als ein „[...] ständiger Wertstrom durch die Zeit, der sich im fortwährenden Übergang von einer materiellen Form in die andere befindet“ (Harvey 2015: 96) und in dem Prozesse und Dinge laufend ineinander übergehen. Kapital kann fix oder zirkulierend sein (vgl. Harvey 2015: 96, 99):

„Mal nimmt das Kapital die Form von Geld an, mal ist es ein Stück Land oder ein Maschinenpark, mal eine große Menge von Arbeitern, die durch die Fabriktore strömen. In der Fabrik ist das Kapital an der Herstellung einer Ware beteiligt, in der ein noch nicht realisierter Wert oder Mehrwert gerinnen. Mit dem Kauf der Ware kehrt das Kapital erneut in seine Geldform zurück.“ (Harvey 2015: 96)

Damit das Kapital seinen Wert nicht verliert, muss dieser Wertstrom ständig aufrechterhalten werden. Aus diesem Zirkulationsdruck folgt zugleich ein Konkurrenzdruck, denn je schneller die Kapitalzirkulation abläuft, umso kürzer wird die Umschlagsdauer der Waren und umso mehr Gewinn kann in kürzerer Zeit erwirtschaftet werden, was Wettbewerbsvorteile bedeutet (vgl. Harvey 2015: 97).

Diese Spannung zwischen Trägheit und Bewegung wird durch die Langlebigkeit des fixen Kapitals verstärkt. Ohne eine entsprechende gebaute Umwelt und Infrastruktur – das Kapital schafft sich eine Landschaft, die seiner Reproduktion nützt – kann das Kapital nicht frei in Raum und Zeit zirkulieren (vgl. Harvey 2015: 99, 174). Gebaute Umwelten und Infrastrukturen sind aber physisch im Raum fixiert und langlebig. Letzteres gilt auch für mobiles fixes Kapital, wie Transportmittel oder sogar Haushaltsgeräte. Die Kapitalakkumulation führt mit der Zeit dazu, dass sich die Masse des fixen Kapitals gegenüber dem zirkulierenden Kapital immer weiter vergrößert, wodurch das Kapital insgesamt Gefahr läuft, zu erstarren (vgl. Harvey 2015: 99). Beide Kapitalformen stehen jedoch nicht in Widerspruch zueinander, sondern sind aufeinander angewiesen: „Fixes Kapital in Form von Infrastruktur

unterstützt den Prozess der Kapitalzirkulation, während der Zirkulationsprozess die Mittel liefert, durch die der in das fixe Kapital investierte Wert zurückgewonnen wird“ (Harvey 2015: 100). Zur Beschleunigung des zirkulierenden Kapitals muss sich der Wertstrom des fixen Kapitals verlangsamen. Der Wert des fixen Kapitals realisiert sich aber nur, wenn dieses benutzt wird (vgl. Harvey 2015: 99): „Ein Containerhafen, der von keinen Schiffen angefahren wird, ist nutzlos und das investierte Kapital verloren. Andererseits können die Waren ohne Schiffe und Containerterminals den Markt nicht erreichen“ (Harvey 2015: 100f).

Indem Realisierungskrise und Überakkumulation zur Nichtauslastung der Produktionsmittel bzw. dem Nichtgebrauch vor allem fixen Kapitals führen, gefährden sie die Aufrechterhaltung der Kapitalzirkulation und damit den Wert des Kapitalbestandes.

Eine Möglichkeit dieses Krisenpotenzial zu umgehen oder zumindest aufzuschieben, ist die Schaffung neuer Investitionsmöglichkeiten, durch die das zirkulierende Kapital in Bewegung gehalten wird. Durch die Erschließung neuer geographischer Räume, die zusätzliche Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder Arbeitskräfteangebote, die Ersetzung, Erneuerung oder Neuerrichtung von Produktionsanlagen und Infrastrukturen und insbesondere durch immer weitere Verstädterung und die Expansion des urbanen Raumes findet das zirkulierende Kapital seinen „räumlich-zeitlichen Fix“ („spatial fix“) (Harvey 2015: 180; Coe et al. 2013: 64). Das überschüssige zirkulierende Kapital wird räumlich und zeitlich im Raum fixiert, wird also zu langlebigem fixem Kapital und wirkt damit einer Krise der Überakkumulation entgegen. Diese Lösung kann allerdings nur zeitlich begrenzt erfolgreich sein, da jede räumliche Investition an einem Ort mit der Entwertung des fixen Kapitals an einem anderen Ort einhergeht. Zudem kann auch das neu investierte fixe Kapital nicht mit der technologischen Dynamik des Kapitalismus mithalten und wird mit dem Moment seiner Fixierung schrittweise entwertet, sodass schließlich eine erneute räumliche Kapitalverschiebung nötig wird (vgl. Coe et al. 2013: 65). Zuvor aufgewertete Regionen verfallen angesichts der Aufwertung anderer, die in der Zukunft wiederum abgewertet und ersetzt werden (vgl. Harvey 2015: 179f, 272f; Coe et al. 2013: 68, 72). Angesichts der heute relativ freien Kapitalmobilität und der Neuen Internationalen Arbeitsteilung bleiben die daraus resultierenden geographischen Ungleichheiten nicht regional begrenzt, sondern werden mit dem Gesamtsystem globalisiert. Der Kapitalismus ist also auch in räumlicher Hinsicht auf das Prinzip der schöpferischen Zerstörung angewiesen, um sich zu stabilisieren. Für Coe et al. stellen die daraus resultierenden Krisen keine extern verursachten Unregelmäßigkeiten dar, sondern sind dem System strukturell bedingt inhärent und müssen notwendigerweise auf soziale und geographische Ungleichheiten hinauslaufen (vgl. Coe et al. 2013: 61f). In seinem Buch *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus* (2015) führt Harvey dies auf die inneren Widersprüche des Systems zurück.

Ein weiterer Mechanismus zur Lösung des Problems der Überakkumulation ist die Schaffung von Bedürfnissen bzw. künstlichen Knappheiten mithilfe von Werbung und Marketing. Die technologische Dynamik des Kapitalismus bringt immer wieder neue Stile, Moden und Konsumgüter hervor, um die bestehenden zu ersetzen und weitere Nachfrage zu erzeugen. Insbesondere in den Industriestaaten ist dies notwendig, da die materiellen Grundbedürfnisse der dortigen Bevölkerungen als seit langem gedeckt angesehen werden können (vgl. Galbraith 1973: 148, 152, 161; Siegel 2006: 5ff). Die Kapitalzirkulation lässt sich durch die Verkürzung der Umschlagsdauer der Waren beschleunigen, beispielsweise indem ihre Lebensdauer mittels geplanter Obsoleszenz bewusst verkürzt wird (vgl. Harvey 2015: 98). Mittlerweile geht die Bedürfniserzeugung jedoch über physisch begrenzte Waren hinaus und umfasst heute vor allem scheinbar immaterielle Inszenierungen und Spektakel, die den Vorteil haben, schnell verbraucht und wiederholt konsumiert werden zu können, zugleich aber mit enormen Materialverbräuchen einhergehen (vgl. Harvey 2015: 275ff). Ein erleichterter Zugang zu Krediten sowie staatliche Transferzahlungen ermöglichen die Finanzierung dieser neuen Bedürfnisse und begegnen dem Problem der ausbleibenden Realisierung des Werts mit dem Mittel der Verschuldung. Demnach geht die Kapitalakkumulation mit der Akkumulation von öffentlichen und privaten Schulden einher (vgl. Harvey 2015: 260, 275).

Eine neuere Folge der technologischen Dynamik ist die seit den 1970er Jahren vorangetriebene Beschleunigung der Zirkulation von Geldkapital. Informationstechnologische Fortschritte ermöglichen Finanztransaktionen in einer Geschwindigkeit, mit der weder die Industrieproduktion noch die Warenzirkulation mithalten können. In der Folge übersteigen die Gewinne aus Geldanlagen solche aus Beschäftigung. Der Handel mit Geldkapital wird stärker belohnt als die Produktion realer Güter. Unter anderem ermöglicht die daraus resultierende Reichtumskonzentration einer wachsenden Zahl von Rentiers, allein von der Kapitalrendite ihres auf diese Weise angehäuften Vermögens zu leben, wodurch sich zugleich die gesellschaftliche und politische Macht dieser Gruppe festigt. Indem das produktive Industriekapital dem aggressiveren Finanzkapital untergeordnet wird, entspricht die Kapitalakkumulation nicht mehr der tatsächlichen Produktion, was die Spannung zwischen Wertproduktion und Wertrealisierung verschärft, Spekulationsblasen und Krisen wahrscheinlicher macht und soziale Ungleichheit erhöht (vgl. Harvey 2015: 209f, 285, 306; Piketty 2014: 46f). Mitverursacht wird dies durch das Instrument der unbegrenzten Geldschöpfung, das Anfang der 1970er Jahre durch die Abkopplung der Währungen von den Edelmetallen ermöglicht wurde (vgl. Harvey 2015: 47ff, 279; s. Kap. 2.3.2).

Eine weitere aktuellere Entwicklung, die eng mit der Wachstumsproblematik verknüpft und ein Phänomen insbesondere des neoliberal geprägten Kapitalismus ist, ist die Ausdehnung des Marktes durch Privatisierung und Kommodifizierung bei gleichzeitigem Rückzug des Staates aus seiner Rolle

der Marktregulierung. Indem immer mehr Gebrauchswerte dem Tauchwertsystem als Waren zugeführt und öffentliche Güter und Leistungen als Privateigentum der Marktlogik unterworfen werden, lässt sich die Kapitalakkumulation weiter ausdehnen (vgl. Harvey 2015: 273f). Die Kommodifizierung erstreckt sich auch auf Teile der häuslichen Reproduktion, geistiges Eigentum und sogar genetische Codes, während sich die damit verbundene Privatisierung neben vielen anderen Bereichen, wie Gesundheit, Bildung oder Wasserversorgung, insbesondere in der Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes niederschlägt, der damit zu einem überwachten Ort von Inszenierungen und Spektakeln wird und dieser Bedürfniserzeugung zugleich als Werbefläche und Marketinginstrument dient (vgl. Harvey 2008: 32; 2015: 61f, 91, 296). Harvey sieht darin einen weiteren Schlüsselmechanismus des Kapitalismus, die „Akkumulation durch Enteignung“ (Harvey 2015: 151).

Im Anschluss an diese kritische Darstellung der Funktionsweise des Kapitalismus lassen sich eine Reihe von Kapitalismusmodellen oder „Kapitalismen“ unterscheiden und zwei konkurrierenden Diskursperspektiven zuordnen, die die Rolle des Marktes als alleinigen Koordinierungsmechanismus sowie die Existenz eines universell bestgeeigneten Kapitalismus in Frage stellen (vgl. Boyer 2005).

Die Theorie der Diversität nationaler Kapitalismen (*varieties of capitalism*) unterscheidet zwischen liberalen bzw. in heutiger Ausformung neoliberalen Marktwirtschaften (LME bzw. NLME) und koordinierten Marktwirtschaften (CME) und zielt darauf ab, die Vorrangstellung des neoliberalen Kapitalismus als angeblich effizienteste Form aufzuweichen (vgl. Boyer 2005: 20). Boyer unterscheidet LME bzw. NLME und CME anhand der Dimensionen Ausbildung, Arbeitsmarkt, Finanzmarkt und Wettbewerbspolitik:

Im *liberalen Kapitalismus* von LME und NLME steht demnach die Investition in allgemeine Fähigkeiten im Vordergrund. Der Arbeitsmarkt ist weitestgehend dereguliert und basiert auf flexiblen Modellen der Entlohnung. Die Kontrolle des Finanzmarktes basiert lediglich auf öffentlich zugänglichen Informationen und den Interessen von Risikokapitalgeber*innen. Politisch wird ein möglichst uneingeschränkter Wettbewerb gefördert (vgl. Boyer 2005: 20).

Der *koordinierte Kapitalismus* der CME legt demgegenüber mehr Wert auf eine spezialisierte Ausbildung entsprechend der Bedürfnisse unterschiedlicher Industrien und Unternehmen. Der Arbeitsmarkt ist von Arbeitnehmer*innen-Kooperation und Lohnzurückhaltung gekennzeichnet. Die Kontrolle der Finanzmärkte erfolgt über die Beziehungen von Banken und Unternehmen. Wettbewerbspolitisch steht die Unternehmenskooperation im Vordergrund (vgl. Boyer 2005: 20).

Die Regulationstheorie kritisiert diese Beschränkung auf lediglich zwei Kapitalismen zur Zuordnung der gesamten Bandbreite globaler Ökonomien und unterscheidet marktorientierte, mesokorporatistische, staatlich gelenkte und sozialdemokratische Kapitalismen (vgl. Boyer 2005: 20f):

Im *marktorientierten Kapitalismus* erfolgt die Koordinierung auf Grundlage der wirtschaftlichen Logik von Wettbewerb und Konkurrenz, durchgesetzt durch die Wettbewerbskontrolle. Diese Form findet sich vor allem im englischsprachigen Raum (vgl. Boyer 2005: 20).

Den *mesokorporatistischen Kapitalismus* prägt die Form eines ökonomischen Konglomerats, das groß und vielfältig genug ist, um zeitlich begrenzte wirtschaftliche Aufschwünge und Krisen auszuhalten. Beispiele hierfür sind Japan und Südkorea (vgl. Boyer 2005: 21).

Im *staatlich gelenkten Kapitalismus* wird der Wirtschaftskreislauf durch eine Vielzahl von Interventionen öffentlicher Institutionen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene beeinflusst. Diese Form findet sich vor allem in kontinentaleuropäischen Ländern, die Teil des EU-Integrationsprozesses sind (vgl. Boyer 2005: 21).

Im *sozialdemokratischen Kapitalismus* werden gesellschaftliches Zusammenleben und wirtschaftliche Aktivität laufend zwischen Sozialpartnern und öffentlichen Institutionen ausgehandelt. Beispiele hierfür sind die skandinavischen Länder (vgl. Boyer 2005: 21).

Die im Anschluss an Harvey identifizierten aktuelleren Entwicklungen hin zur Deregulierung, Privatisierung, Kommodifizierung und Finanzialisierung im globalisierten Kontext lassen sich nach der Theorie der Diversität nationaler Kapitalismen am ehesten der Form des neoliberalen Kapitalismus bzw. nach der Regulationstheorie dem marktorientierten Kapitalismus zuordnen. Damit soll die Untersuchung des Verhältnisses von kapitalistischem System und Postwachstum allerdings nicht auf den englischsprachigen Raum begrenzt werden. Seit dem Beginn des neoliberalen Projekts in den frühen 1980er Jahren – maßgeblich vorangetrieben durch den damaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und die britische Premierministerin Margaret Thatcher – lassen sich entsprechende Tendenzen auch in nach Boyer eher sozialdemokratisch oder staatsgelenkt orientierten Wirtschaften erkennen (vgl. Harvey 2007; Klein 2007). Insbesondere die Austeritäts- und Deregulierungspolitik der EU in Reaktion auf die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 lässt eine solche Interpretation zu. Da sich der Postwachstumsdiskurs mitunter an den Folgen dieser Politik orientiert, muss zur Untersuchung von dessen Verhältnis zum kapitalistischen System ein Verständnis von letzterem vorliegen, das diese Entwicklungen berücksichtigt. Im Folgenden soll die Verwendung des Begriffs des kapitalistischen Systems den eher technischen Aspekt der kapitalistischen Produktionsweise gegenüber dem Kapitalismus als einer gesellschaftlichen Organisationsform betonen, ohne davon auszugehen, dass eine scharfe Trennung dieser einander bedingenden Größen möglich ist. Insbesondere zur Betrachtung des Zusammenhangs von Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum erscheint eine Differenzierung zwischen technischen Bedingungen und gesellschaftlicher Einbettung sinnvoll. Das hier verwendete Verständnis des kapitalistischen Systems stellt den Prozess der Kapitalzirkulation zum Zweck der

Kapitalakkumulation in den Mittelpunkt. Die neueren neoliberalen Entwicklungen werden dabei den Eigenschaften dieses Systems zugerechnet.

2.2 Maßgebend – das Bruttoinlandsprodukt

„Dem Kapital geht es immer um Wachstum, und es wächst notwendigerweise exponentiell“ (Harvey 2015: 258), fasst Harvey den Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Wachstum zusammen. Demnach ist exponentielles Wachstum eine Bedingung der Kapitalreproduktion. Exponentielles Wachstum bedeutet, dass sich die „[...] Veränderungsrate des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts“ (Statistisches Bundesamt 2015) – die Wachstumsrate – nach dem Zinseszinsprinzip einer exponentiellen Funktion annähert. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist das ausschlaggebende Maß für die Wirtschaftsleistung, die eine Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum erbringt: „Es misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistungen für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden“ (Statistisches Bundesamt 2015). Die Wirtschaftsentwicklung im Zeitverlauf – das Wirtschaftswachstum – wird mit dem preisbereinigten „realen“ BIP auf Basis der Preise des Vorjahres dargestellt (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

In der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung kann die Berechnung des BIPs auf drei verschiedene Arten erfolgen: über die Entstehungs- und Verwendungsseite, die Nachfrageseite oder über die Verteilungsseite. In Deutschland wird die erstgenannte Methode, auch *Produktionsansatz* genannt, angewendet. Dazu werden der Differenz von Produktionswert, also der Wert der produzierten Waren und Dienstleistungen, und Vorleistungsverbrauch die Gütersteuern zugerechnet und die Gütersubventionen abgezogen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

Alternativ ist auch eine Berechnung nach dem *Ausgabenansatz* von der Nachfrageseite aus möglich. Im Zentrum steht hier die Verwendungsrechnung, mit der die privaten und staatlichen Konsumausgaben, Investitionen und der Exportüberschuss, insgesamt also die Endverwendung der Waren und Dienstleistungen, bestimmt werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

Ein dritter Weg ist die Berechnung ausgehend von der *Verteilungsseite*. Mit der Verteilungsrechnung werden die aus der Produktion entstandenen und geleisteten Einkommen bestimmt. Dazu gehören das „[...] Arbeitnehmerentgelt der Inländer, Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Produktions- und Importabgaben an den Staat, Subventionen des Staates, Abschreibungen, Primäreinkommen aus der beziehungsweise an die übrige(n) Welt“ (Statistisches Bundesamt 2015). Mangels Daten

über Unternehmens- und Vermögenseinkommen kann dieser Ansatz in Deutschland allerdings nicht angewendet werden (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

Alle drei Berechnungswege ergeben denselben BIP-Wert. Im Jahr 2014 lag das reale BIP in Deutschland bei 2,9 Billionen Euro. Im ersten Quartal 2015 überstieg es den Wert des vorangegangenen Vorjahresquartals um 1,1% (vgl. Statistisches Bundesamt 2015).

2.2.1 Aktuelle Trends und Wachstumsbegründungen

Da das BIP die Leistung einer Volkswirtschaft misst, lassen sich verschiedenen Wachstumsraten unterschiedliche Wirtschaftsentwicklungen zuordnen: Eine Wachstumsrate von unter 0% bedeutet eine Rezession, die sich mit anhaltender Dauer zu einer Depression und Krise ausweiten kann. Eine Rate von unter 3% zeigt eine schleppende Entwicklung an, während ein Wert gleich 3% als akzeptabel und erstrebenswert gilt. Übersteigt das Wachstum die 5%-Marke, wird für „reife Volkswirtschaften“ (Harvey 2015: 265), also vor allem für die „alten“ Industriestaaten, von einer Überhitzung der Wirtschaft gesprochen, mit der eine steigende Inflationsgefahr einhergeht (vgl. Harvey 2015: 264f). Ein ideales Wachstum von 3% setzt jedes Jahr gesamtwirtschaftliche Neuinvestitionen von enormem Umfang voraus, wie im Folgenden deutlich werden wird.

Das BIP lässt sich nicht nur für nationale Volkswirtschaften, sondern auch für verschiedene größere oder kleinere räumliche Maßstäbe berechnen. Abbildung 1 zeigt das weltweite reale BIP in absoluten Zahlen, das im Jahr 2014 bei 77,3 Billionen US-Dollar (IWF 2015) lag und dessen Entwicklung sich zumindest graduell einer exponentiellen Funktion annähert, sofern die Prognose des Internationalen Währungsfonds (IWF) zutrifft. Demnach soll das weltweite BIP im Jahr 2020 bei 98,12 Billionen US-Dollar liegen (IWF 2015). Um bei diesem Wert eine ideale Wachstumsrate von 3% zu erreichen, muss die globale Wirtschaft im Folgejahr Investitionsmöglichkeiten im Umfang von annähernd 3 Billionen US-Dollar schaffen (eigene Berechnung; vgl. Harvey 2015: 265f).

Grundlage solcher Prognosen ist die Annahme eines exponentiellen Wachstumsverlaufs. Die exponentielle Funktion hat die Eigenschaft, zuerst lange Zeit nur langsam anzusteigen, ab einem bestimmten Punkt beschleunigt sich das Wachstum aber rapide. Bezogen auf die Produktionsmenge entsteht lineares Wachstum bereits bei der Annahme gleichbleibender absoluter Zuwächse, da die Produktion andernfalls nicht aufrechterhalten wäre. In der Regel nehmen die Unternehmen zur Produktion aber Fremdkapital auf, das mit Zins und Zinseszins belastet wird. Die Zinslast steigt also in jeder Periode entsprechend eines in der Regel festen Zinssatzes, der sich immer auf das Ergebnis der in der

vorherigen Periode durch diesen Zinssatz erzeugten Steigerung der Zinslast bezieht, die damit exponentiell wächst. Zu ihrer Bedienung muss die Produktion in demselben Maße steigen, was exponentielles Wachstum voraussetzt (vgl. Paech 2014: 103-109).

Abbildung 1 macht auch die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 auf die weltweite Produktion deutlich, im entsprechenden Zeitraum knickt das BIP stark ein. Dieser Knick findet sich dementsprechend auch in der Entwicklung der weltweiten Wachstumsrate sowie der OECD-Staaten und der (Noch-)Schwellenländer China und Indien. Abbildung 2 zeigt, wie das Wachstum der OECD-Staaten kontinuierlich unter der weltweiten Wachstumsrate liegt, die sich mit Ausnahme der Krisenjahre relativ stabil um einen Wert von 4,5% bewegt, während die Wachstumsraten Chinas und Indi-

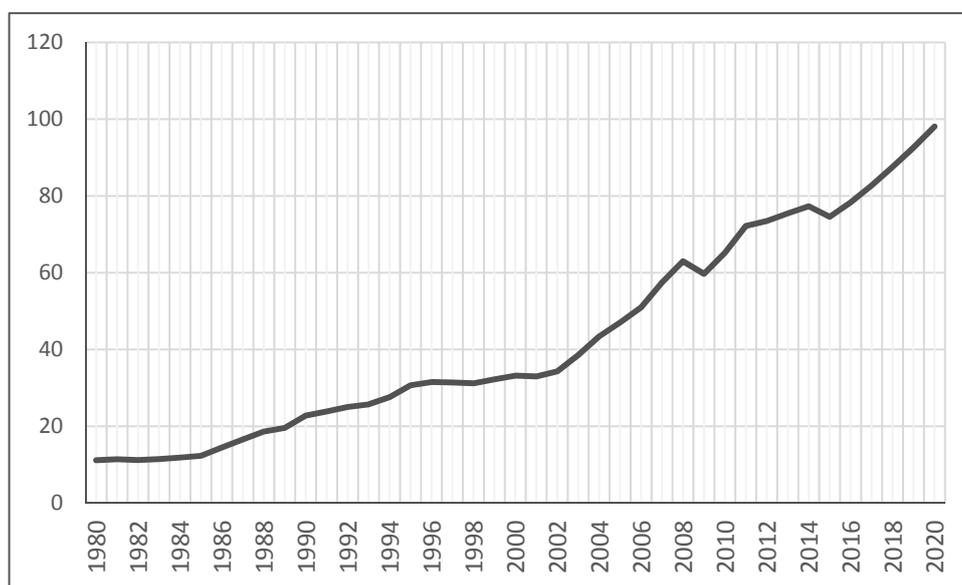


Abb. 1: Weltweites reales BIP 1980-2020 zu jeweiligen Preisen in Billionen US-Dollar (IWF World Economic Outlook Database 2015)

ens weit darüber liegen. Beide stehen hier exemplarisch für Staaten, die sich auf dem Sprung vom Schwellen- zum Industrieland befinden und mit ihrer hohen Wirtschaftsleistung das stagnierende Wachstum der klassischen Industriestaaten teilweise auffangen (vgl. Harvey 2015: 265). Ein Beispiel für derartig sinkende Wachstumsraten, insbesondere in den Jahren nach der Jahrtausendwende, ist Deutschland (vgl. Reuter 2010: 90), wo im Jahr 2003 lediglich ein Wert von $-0,4\%$ erreicht wurde (OECD 2014).

Der Quotient von gesamtwirtschaftlichem realem BIP und Bevölkerungszahl ergibt das reale Pro-Kopf-BIP, also den Anteil an der Wertschöpfung, der theoretisch auf jede einzelne Person der betrachteten Bevölkerung entfällt. Ausgedrückt in Kaufkraftparitäten wird das reale Pro-Kopf-BIP häufig als Indikator für gesellschaftliche Wohlfahrt verwendet, mit dem sich die Wohlfahrtsniveaus verschiedener Länder vergleichen lassen, woraus oft der Entwicklungsstand eines Landes abgeleitet

wird. Eine solche Interpretation wird allerdings als hochproblematisch kritisiert³ (vgl. Bergh 2009: 118ff). Abbildung 3 zeigt die Entwicklung des realen Pro-Kopf-BIPs. Auch hier werden die Auswirkungen der Krise in den OECD-Ländern deutlich. Das reale Pro-Kopf-BIP der aufstrebenden Schwellenländer liegt noch weit unter dem der Industriestaaten.

Für die USA prognostiziert Gordon (2012) eine langfristige Verlangsamung des Wachstums des realen Pro-Kopf-BIPs und führt dies zurück auf die wachsende soziale Ungleichheit, steigende Kosten im Bildungssystem bei zugleich sinkender Qualität, Globalisierungsfolgen, strengere Umweltschutzregulierungen, den demografischen Wandel, steigende Steuern und eine wachsende Verschuldung von Staat und Verbrauchern. In einer Untersuchung der Auswirkungen vergangener Innovationswellen

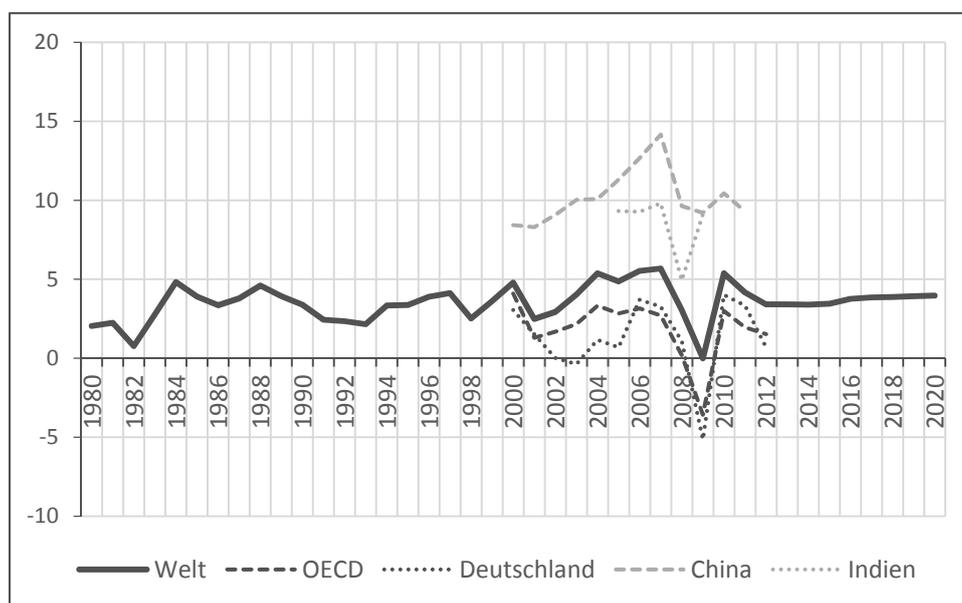


Abb. 2: Veränderung des realen BIP in ausgewählten Ländern und weltweit 1980-2020 zu konstanten Preisen in % (OECD Factbook 2014, IWF World Economic Outlook Database 2015)

legt er nahe, dass das vergleichsweise hohe Wachstum seit dem 19. Jahrhundert eine historisch einmalige Ausnahmephase gewesen sein könnte. Den Innovationsprozess versteht er als „[...] a series of discrete inventions followed by incremental improvements which ultimately tap the full potential of the initial invention“ (Gordon 2012: 2). Die Verlangsamung des Wachstums führt er schließlich darauf zurück, dass sich mit der letzten diskreten Innovationswelle der 1960er Jahre, deren Ergebnis die Verbreitung von Computern und Internet in den 1990ern gewesen sei, die anschließende Phase der inkrementellen Verbesserungen enorm beschleunigt und dadurch verkürzt habe. Zudem lassen sich viele der vergangenen Folgeprozesse von Basisinnovationen nicht mehr wiederholen, beispielsweise die Erhöhung der Reisegeschwindigkeit durch Eisenbahn und Flugzeug, die Regelung der InnerRadius-

³ Zu den Problemen, die mit der Interpretation des BIPs als Indikator für gesellschaftliche Wohlfahrt einhergehen, s. Kap. 2.2.2.

temperatur durch die Klimaanlage sowie das heutige Ausmaß der Verstädterung (vgl. Gordon 2012: 1f).

Wie eingangs erläutert, nimmt das Wachstum heute die Rolle eines universalen Wertes ein, der offenbar keiner Rechtfertigung mehr bedarf (vgl. Binswanger 2006: 264). Im Folgenden werden die bereits dargestellten Rechtfertigungen des Wachstumsparadigmas erweitert:

Aus Sicht des Staates sei Wirtschaftswachstum notwendig zum Erhalt der Kreditwürdigkeit und zur Erfüllung des Schuldendienstes. Es vermeide wirtschaftliche Destabilisierung und Staatsbankrotte und ermögliche die Finanzierung der öffentlichen Haushalte (vgl. Seidl & Zahrnt 2010c: 181). Insbesondere bezogen auf die öffentliche Haushaltssanierung besteht nach wie vor eine Kontroverse darüber, ob sich die Staatsverschuldung besser durch weitere Verschuldung zwecks öffentlicher Investitionen und späteres Wachstum oder durch vertrauensbildende Sparmaßnahmen, die der Wirtschaft

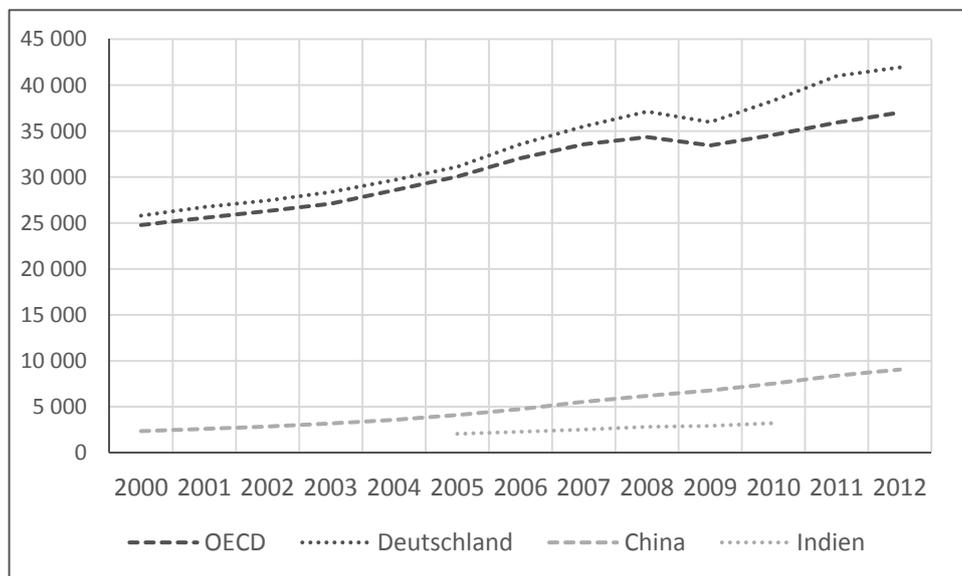


Abb. 3: Reales BIP pro Kopf in ausgewählten Ländern 2000-2012 zu KKP in US-Dollar (OECD Factbook 2014)

Investitionssicherheit vermitteln, bekämpfen lässt. Nach neoliberaler Argumentation schafft der Abbau der öffentlichen Verschuldung Vertrauen bei Privaten und Unternehmen, was mehr Investitionen, mehr Konsum und dadurch mehr Wachstum erzeuge. Gegner*innen wenden ein, Sparmaßnahmen könnten Wachstum nur verhindern, und plädieren für das keynesianische Prinzip, wonach der Staat seine Ausgaben unter Verschuldung erhöhen müsse, um Nachfrage- und Investitionsimpulse zu schaffen. Die späteren zusätzlichen Einnahmen würden schließlich eine Rückzahlung der Schulden ermöglichen. Beiden Argumentationslinien ist gemein, die Lösung des Verschuldungsproblems – mal früher, mal später – vom weiteren Wachstum abhängig zu machen. Nach Seidl & Zahrnt (2010c) ist Wirtschaftswachstum historisch allerdings immer mit weiterer Verschuldung einhergegangen.

Grundsätzlich tendierten Staaten dazu, die Verschuldung zu ignorieren und ihre Sanierung hinauszuschieben. Die Folge seien regelmäßige Krisen (vgl. Seidl & Zahrnt 2010c: 180f).

Ohne die Illusion dauerhaften Wachstums seien keine Investitionen möglich, schließt Radkau (2010) daran an. Demnach ist dauerhaftes Wachstum real unmöglich, muss jedoch als Hoffnung vorhanden sein, um Unternehmen zu Investitionen zu bewegen. Diese Hoffnung aufzubauen, sei Aufgabe der Wirtschaftspolitik (vgl. Radkau 2010: 43).

Sozialpolitisch wird das Wachstumsziel häufig damit begründet, Wachstum mache auch die Armen reicher (vgl. Radkau 2010: 43). Anstelle von Umverteilung wird eine soziale Angleichung durch die Ausweitung der verfügbaren Möglichkeiten angestrebt. Wirtschaftswachstum soll also die zu verteilende Masse erhöhen, sodass Schlechtergestellte befriedigt werden, ohne die Positionen der Bessergestellten zu gefährden. Paech (2014) sieht darin eine Umdefinition sozialer Belange im Sinne des Wachstumsparadigmas (vgl. Paech 2014: 110ff).

In Verbindung mit der Begründung, Wachstum würde zur Entlastung der Sozialsysteme führen, wird argumentiert, dass sich darüber hinaus technisch bedingte Arbeitslosigkeit verhindern lasse, „[...] denn der technologische Fortschritt tendiere dahin, fortwährend Arbeitskräfte freizusetzen und nur durch wirtschaftliches Wachstum werde mithin eine Massenarbeitslosigkeit verhindert“ (Radkau 2010: 44). Für das Jahr 2009 errechnet Reuter (2010), dass zur Schließung dieser Beschäftigungslücke in Deutschland ein reales BIP-Wachstum von 13% nötig gewesen wäre, unter dem 5,4 Millionen damals Arbeitslose einen zusätzlichen Produktionswert von 320 Milliarden Euro geschaffen hätten. Das reale Pro-Kopf-BIP hätte demnach im selben Jahr bei 60 000 Euro gelegen (vgl. Reuter 2010: 92f). Zum Vergleich: Im Jahr 2014 lag das reale Pro-Kopf-BIP in Deutschland bei 35 247 Euro (Statistisches Bundesamt 2015).

Selbst zur Lösung der ökologischen Folgen des Wachstums sei weiteres Wirtschaftswachstum anzustreben, und zwar um die nötigen finanziellen Mittel zum Umweltschutz bereitzustellen. Das Wachstumsstreben führe zudem laufend zu effizienteren und „grüneren“ Technologien, was der Argumentation der Green Economy entspricht (vgl. Binswanger 2006: 265).

Auf politischer Ebene gilt zudem, dass Einnahmensteigerungen durch Wirtschaftswachstum selbst unter weiterer Verschuldung wesentlich populärer und leichter zu vermitteln sind als Forderungen nach Mäßigung, die möglicherweise die eigene politische Position gefährden könnten. Dementsprechend ist es einfacher, durch Verschuldung und Wirtschaftswachstum eine Ausweitung der Mittel zu erreichen, als Abgaben und Steuern zu erhöhen oder an anderer Stelle zu sparen (vgl. Seidl & Zahrnt 2010c: 183).

Nachfolgend werden diese Wachstumsbegründungen um verschiedene Modelle zur Erklärung der Entstehung von Wirtschaftswachstum ergänzt. Neben der konventionellen Wachstumserklärung der neoklassischen Theorie, auf der ein Großteil der genannten Wachstumsbegründungen fußt und die zu einem Teil die Basis des Wachstumsparadigmas bildet, wird darauf eingegangen, welche Wachstumszwänge innerhalb des derzeitigen Wirtschaftssystems wirken. Besondere Aufmerksamkeit erhalten dabei die Bereiche Geldschöpfung und Konsum.

2.2.2 Kritik am BIP

Eine tiefgehende Auseinandersetzung mit dem Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur wegen seiner Funktion als wichtigster Indikator zur Bewertung der Wirtschaftsleistung einer Ökonomie angebracht, sondern auch, weil sich dem BIP aufgrund seines Einflusses auf die Entscheidungsfindung der Wirtschaftsakteur*innen selbst Auswirkungen auf diese Wirtschaftsleistung zuschreiben lassen. Der Wachstumsindikator hat also Einfluss auf das von ihm abgebildete Wachstum. Bergh (2009) gibt einen Überblick über den Einfluss des BIPs auf die reale Wirtschaft, der allerdings empirisch nicht fundiert ist:

Politischen Einfluss nehme das BIP, indem Politiker*innen und öffentlich Bedienstete den Indikator zur Bewertung der Wirtschaftsleistung heranziehen, an der sie ihre Entscheidungen orientieren. Ein BIP, das nicht den Erwartungen entspreche, erzeuge Nervosität und teilweise hektische politische Reaktionen. Die Einflussnahme des Indikators auf Unternehmen, Investor*innen und Konsument*innen leitet Bergh aus der allgegenwärtigen medialen Verbreitung von Wachstumsinformationen ab (vgl. Bergh 2009: 120). Insbesondere die Finanzmärkte seien hochsensibel für BIP-Veränderungen und Wachstumsprognosen, anhand derer sie das Wirtschaftsklima bewerten, woran sich wiederum das Verhalten der meisten Marktakteur*innen orientiere. Zentralbanken richteten ihre Zinspolitik an Wachstums- und Inflationserwartungen aus, während Privatunternehmen das BIP in ihre Bewertung des Investitionsklimas einbezögen. Letztlich werde sogar das Kaufverhalten der Konsument*innen vom medial verbreiteten BIP beeinflusst, das sich so auf die Nachfrage auswirken könne (vgl. Bergh 2009: 120). Daran schließt wiederum die Angst von Politiker*innen vor niedrigen Wachstumsraten an. Indem niedrige BIP-Werte mit wirtschaftlicher Instabilität und Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht würden, bestehe die Gefahr von Stimmenverlusten. BIP-Wachstum hingegen führe zu höheren Steuereinnahmen, mit denen sich die öffentlichen Ausgaben steigern ließen (vgl. Bergh 2009: 120).

Da sich der Einfluss des BIPs auf so vielfältige Weise in Wirtschaft und Gesellschaft niederschlägt, werde er leicht unterschätzt. Letztlich verstärke die gegenseitige Beeinflussung der betroffenen Bereiche die wirtschaftliche Wirkung des BIPs noch zusätzlich. Beispielsweise erregten sinkende Wachstumsraten die Aufmerksamkeit der Medien und Finanzmärkte, Politiker reagierten darauf mit der öffentlichen Ankündigung wachstumsfördernder Maßnahmen, die wiederum von den Medien aufgegriffen würden und Erwartungen erzeugten, die sich auf den Finanzmärkten niederschlugen (vgl. Bergh 2009: 120). Darüber hinaus werde der Einfluss des BIPs in Bildung, Forschung, politischer Beratung und von den Medien laufend reproduziert (vgl. Bergh 2009: 120).

Als weiteres Beispiel führt Bergh die Orientierung von Klimaverhandlungen an den prognostizierten Auswirkungen politischer Klimaschutzmaßnahmen auf das BIP an sowie die Argumentation, Wachstum lasse sich durch Steuersenkungen erzeugen. Zudem gehe eine schwer einschätzbare Gefahr von sich selbst erfüllender Prophezeihungen aus, indem die Verbreitung pessimistischer BIP-Erwartungen eine kollektive Handlungsorientierung biete, aus der tatsächliche Wachstumseinbußen resultieren könnten. Dadurch steige das Krisenrisiko (vgl. Bergh 2009: 120f).

Trotz oder gerade wegen dieser dominanten Rolle wird das BIP für seine Konstruktion scharf kritisiert, insbesondere dafür, kein adäquates Maß für menschliche Wohlfahrt und Fortschritt zu bieten, allerdings ohne dass sich an seiner Dominanz etwas ändere (vgl. Bergh 2009: 118). Bergh bezeichnet dieses Phänomen als das „GDP Paradox“ (Bergh 2009: 117).

Grundsätzlich wird das BIP dafür kritisiert, Güter und Leistungen nur als wirtschaftlich relevant zu berücksichtigen bzw. überhaupt abbilden zu können, wenn sie zählbar und in Geldwerten messbar sind. Nicht die Qualität der Güter oder Leistungen selbst, sondern ihre Zählbarkeit bzw. das zu ihrer Inanspruchnahme geflossene Geld stehen dabei im Mittelpunkt (vgl. Coe et al. 2013: 46). Diese Einschränkung führt zur Vernachlässigung und Geringschätzung von Wirtschaftsbereichen, in denen zwar Leistungen erbracht oder Güter genutzt, aber nicht in Marktpreisen bewertet werden. Dies betrifft insbesondere die Arbeit von Frauen und die Nutzung von Umweltleistungen und -ressourcen (vgl. Coe et al. 2013: 49). Darüber hinaus können Marktpreise durch Monopole oder Absprachen künstlich verzerrt sein und bieten damit keine geeignete Bewertungsgrundlage (vgl. Maier et al. 2006: 18).

Indem das BIP nur Markthandlungen und mit Marktpreisen versehene Transaktionen berücksichtigt, übergeht es alle informellen und nicht-kommodifizierten Arbeitsleistungen und Transaktionen, die außerhalb des Marktes stattfinden; beispielsweise den gesamten Bereich der Schwarzarbeit, Praktiken der Selbstversorgung und insbesondere auch die umfassenden Leistungen, die im häuslichen Bereich geleistet werden und eine wesentliche Rolle zur Reproduktion der Arbeitskraft spielen (vgl.

Maier et al. 2006: 18; Bergh 2009: 119; Harvey 2015: 222). Diese nicht-monetären Leistungen werden gegenüber den mit Marktpreisen bewerteten abgewertet und dadurch auch gesellschaftlich geringgeschätzt. Da diese Leistungen nach wie vor überwiegend von Frauen wahrgenommen werden, ist diese Abwertung zugleich Ausdruck von Geschlechterungleichheiten, was angesichts der Relevanz der geleisteten Arbeit für die Funktionsfähigkeit der Gesamtwirtschaft nicht zu rechtfertigen ist (vgl. Coe et al. 2013: 46f; Harvey 2015: 221f).

Wie Bergh verdeutlicht ist das BIP häufig das Ergebnis der Ausweitung des Marktes auf vormals informelle Güter und Dienstleistungen, profitiert also von der Kommodifizierung. Letztlich wird dadurch aber lediglich ein Nutzen gezählt, der zuvor längst vorhanden war. Die Kommodifizierung erhöht also das BIP, ohne zusätzlichen Nutzen zu erzeugen, wodurch ihre Wirkung und das BIP-Wachstum selbst überschätzt werden (vgl. Bergh 2009: 119, 132).

Die Beschränkung des BIPs auf in Geldwerten messbare Leistungen führt außerdem dazu, dass die Nutzung von Umweltleistungen sowie der Verbrauch natürlicher Ressourcen – durch Emission wie durch Abbau – ebenfalls unberücksichtigt bleiben. Hier lässt sich an Binswangers Kritik an der Neoklassik anknüpfen, wonach Leistungen der Natur als äußerst rentable Gratisleistungen aufgefasst werden. Dabei handelt es sich um Externalitäten, deren Kosten von den Marktpreisen nicht repräsentiert werden, wodurch falsche Signale an den Markt gesendet werden, was wiederum zur Überbewertung der gesamtwirtschaftlichen Leistung führt. Während die Kosten der negativen externen Effekte unberücksichtigt bleiben, kommen die zu ihrer Behebung erbrachten Leistungen dem BIP hingegen zugute: Die Verschmutzung der Umwelt bleibt externalisiert, ihre Säuberung hingegen erhöht das BIP. Selbiges gilt unter anderem auch für Gesundheitsschäden (vgl. Daly 2005b: 105; Maier et al. 2006: 18; Bergh 2009: 120, 133). Indem der Wertverlust des natürlichen Kapitals durch Umweltveränderungen und die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen wie fossilen Brennstoffen nicht Teil des BIPs sind, suggeriert der Indikator mehr Reichtum als tatsächlich vorhanden ist: „[...] we are richer than we really are“ (Bergh 2009: 120). Der Natur wird damit eine Rolle außerhalb „des Ökonomischen“ zugeschrieben, obwohl sie dessen Grundlage bildet (vgl. Coe et al. 2013: 47f).

Darüber hinaus kritisiert Bergh die Interpretation des realen Pro-Kopf-BIPs als einen stellvertretenden Indikator für gesellschaftliche Wohlfahrt und Fortschritt (vgl. Bergh 2009: 118). Dies drücke sich auch in der häufigen Verwendung des Ersatzbegriffs „Lebensstandard“ aus (vgl. Bergh 2009: 117).

Eine mögliche positive Korrelation zwischen einem Wachstum des Pro-Kopf-BIPs in bestimmten Zeitabschnitten und Regionen und der Wahrnehmung von Fortschritt sollte allerdings nicht zu der Annahme führen, dass das BIP tatsächlich gesellschaftliche Wohlfahrt messe. Beispielsweise würde die Extrapolation einer Wachstumsrate von 2% über die nächsten 1000 Jahre ungefähr das 400-

Millionenfache des Anfangswerts ergeben. Eine ähnliche Steigerung der individuellen oder gesellschaftlichen Wohlfahrt sei kaum vorstellbar, weshalb höchstens eine Korrelation nahe Null auftreten könne (vgl. Bergh 2009: 119, 129).

Zudem ließen sich Grundbedürfnisse wie Wasser, Nahrung, Schutz, Gemeinschaft, Respekt und Freiheit nicht gegen materielle Güter oder „luxury services“ (Bergh 2009: 119) aufrechnen. Vielmehr dienten materielle Güter häufig als stellvertretende Mittel zur Erfüllung sozialer oder psychologischer Grundbedürfnisse, worunter auch der bereits thematisierte Konsum von positionalen Gütern zur Erlangung von Respekt und Anerkennung fällt. Die mit dem Wachstum des Pro-Kopf-BIPs einhergehende Zunahme des materiellen Konsums zielt demnach vor allem darauf ab, die mangelhafte Befriedigung von Grundbedürfnissen, wie Ruhe, sauberer Luft oder Zugang zur Natur, auszugleichen, was aber nicht gelingen könne und vom BIP auch nicht abgebildet werde (vgl. Bergh 2009: 119, 129).

Ein weiteres Problem der Wohlfahrtsmessung mithilfe eines auf monetäre Werte beschränkten Indikators betrifft das sogenannte „Easterlin-Paradox“ (Demaria et al. 2013: 197; s. Kap. 3.3), wonach Subjektives Wohlbefinden (SWB) und individuelle Wohlfahrt hauptsächlich vom relativen Einkommen sowie diversen einkommensunabhängigen Faktoren bestimmt werden. Da das BIP lediglich absolute Einkommen aggregiere, könne die individuelle oder gesellschaftliche Wohlfahrt nicht abgebildet werden (vgl. Bergh 2009: 119, 130).

Die Beschränkung auf aggregierte Werte bzw. Durchschnittseinkommen macht das Pro-Kopf-BIP zudem unempfindlich für regional unterschiedliche Einkommensverteilungen und ihre Veränderung, wodurch sich Ungleichheiten nicht darstellen lassen (vgl. Maier et al. 2006: 18; Bergh 2009: 119). Eine ungleiche Einkommensverteilung führe aber zu ungleichen Möglichkeiten der persönlichen Entwicklung und des Erreichens von Wohlbefinden (vgl. Bergh 2009: 119). Durch den sinkenden Grenznutzen des Einkommens profitieren Niedrigverdiener beispielsweise stärker von Einkommensteigerungen als Hochverdiener: Wer bereits über ein hohes Einkommen verfügt, hat keine einschneidenden Vorteile mehr von weiteren Einkommenssteigerungen (vgl. Bergh 2009: 119, 131). Durch den ungleichen Zugriff auf positionale Güter spielt die Einkommensverteilung zudem eine Rolle im Kampf um Statuspositionen. Indem das BIP den Aspekt des relativen Einkommens völlig ausschließe, überschätze es die gesellschaftliche Wohlfahrt. Zusätzliche positionale Güter könnten zwar die Wohlfahrt eines Individuums erhöhen, dies müsse sich aber nicht positiv auf die Gesellschaft auswirken. Dennoch steigt das BIP mit jeder Konsumhandlung. Bergh begründet dies mit der Knappheit des Gutes Status, das sich nicht absolut und zugunsten der Gesamtgesellschaft vermehren lasse, sondern – wie auch bei Paech ausgeführt – nur individuell und unter Inkaufnahme der Abwertung anderer (vgl. Bergh 2009: 119, 131). Letztlich könne das reale Pro-Kopf-BIP die ihm zugeschriebene Rolle als Wohl-

fahrtsindikator nicht erfüllen und scheitere zudem daran, den Marktakteuren verlässliche Informationen zu vermitteln (vgl. Bergh 2009: 121)

2.3 Die Entstehung von Wirtschaftswachstum

Um eine mechanistische Wachstumserklärung, wie sie unter dem Wachstumsparadigma vorherrscht, zu vermeiden, wird die Entstehung von Wirtschaftswachstum nicht auf eine einzelne Theorie, sondern auf die Kombination der eingangs genannten Erklärungslinien der Neoklassik, der Wachstums- spirale und Geldschöpfung und der Konsumförderung zurückgeführt, die eine Verbindung mit dem kritischen Verständnis des kapitalistischen Systems zulassen und die Wachstumsentstehung in An- lehnung an die Wachstumskritik auf verschiedene Wachstumszwänge zurückführen. Zugleich lässt sich so eine kritische Distanz zur dominierenden Neoklassik wahren, ohne dieses Modell auszuschlie- ßen.

2.3.1 Die neoklassische Wachstumstheorie

Das vorherrschende Modell zur Erklärung der Wachstumsentstehung ist die von Robert Solow entwi- ckelte neoklassische Wachstumstheorie. In ihrem Zentrum steht eine Produktionsfunktion, die die bei gegebenen Produktionsmitteln maximal mögliche und anzustrebende Produktionsmenge (Y) von Gütern und Dienstleistungen als Funktion der Produktionsfaktoren Kapital (K) und Arbeit (L) auf- fasst, nur begrenzt durch den zum jeweiligen Zeitpunkt vorhandenen technischen Wissensstand (vgl. Maier et al. 2006: 24, 56):

$$Y = F(K, L)$$

(Maier et al. 2006: 56)

Weniger als die maximal mögliche Produktionsmenge zu produzieren ist demnach zwar technisch möglich, bedeutet aber die Produktionsfaktoren nicht optimal auszunutzen und wird deshalb den Modellannahmen folgend als ökonomisch nicht sinnvoll betrachtet (vgl. Maier et al. 2006: 24). Das Modell setzt voraus, dass die Wirtschaftssubjekte sich dem Akteursmodell des Homo Oeconomicus entsprechend rational und marktkonform verhalten. Sie streben nach Nutzenmaximierung und sind zu jeder Zeit über alle Preise perfekt informiert, sodass sie alle sich ihnen bietenden Gelegenheiten erkennen und optimal ausnutzen können. Preise und Löhne sind flexibel, passen sich der Marktsitua-

tion unmittelbar an und signalisieren Knappheiten verlässlich. Da auf dem Markt atomistische Konkurrenz herrscht, also ein ausgeglichenes Verhältnis von Anbietern und Nachfragern, können die Marktpreise von niemandem beeinflusst werden (vgl. Maier et al. 2006: 55). Unter diesen Annahmen produzieren die Wirtschaftssubjekte immer den von der Produktionsfunktion angegebenen Wert (vgl. Maier et al. 2006: 55, 58).

Das Modell nimmt sowohl das Arbeitsangebot als auch den technischen Fortschritt als exogen gegeben an. Einzige endogene Größe ist der Kapitalbestand. Eine Erhöhung der Produktionsmenge ist demnach möglich durch die Erhöhung der eingesetzten Arbeit, die Erhöhung des Kapitaleinsatzes, durch technischen Fortschritt oder durch den Abbau institutioneller Barrieren, um die tatsächliche Produktion an das von der Produktionsfunktion vorgegebene Optimum anzunähern (vgl. Maier et al. 2006: 25).

Der neoklassischen Wachstumstheorie liegt eine Ausgleichstendenz zugrunde, durch die eine endogen aus der Theorie selbst erklärbare Steigerung der Produktionsmenge begrenzt wird. Erreicht wird dieses Gleichgewichtsideal zum einen durch die Annahme konstanter Skalenerträge, wodurch ausgeschlossen wird, dass bei der gleichzeitigen Veränderung des Arbeits- und Kapitaleinsatzes wirtschaftliche Vorteile durch die Größe von Regionen oder Produktionseinheiten entstehen. Zum anderen durch die Annahme des sinkenden Grenzprodukts, die sich auf die Veränderung nur eines einzelnen Produktionsfaktors bezieht (vgl. Maier et al. 2006: 56). Das Grenzprodukt ist der Produktionsbeitrag der letzten zusätzlich eingesetzten Faktoreinheit, nach dessen Wert die Produktionsfaktoren „entlohnt“ (Maier et al. 2006: 56) werden bzw. nach der sich der Lohn oder Kapitalszins jeder Arbeits- oder Kapitaleinheit bemisst. Es wird angenommen, dass dieser Beitrag die Produktionsmenge zwar erhöht, also positiv ist, aber mit jeder zusätzlich eingesetzten Faktoreinheit sinkt. Ein erhöhter Einsatz des Faktors Arbeit ohne gleichzeitige Steigerung der Arbeitsproduktivität pro Faktoreinheit erhöht demnach zwar die Produktionsmenge, geht aber mit einem sinkenden Pro-Kopf-Einkommen einher. Durch die Erhöhung des Kapitaleinsatzes bei gleichbleibendem Arbeitseinsatz werden die einzelnen Arbeitsplätze kapitalintensiver und die Löhne steigen entsprechend dem Gleichgewichtsprinzip (vgl. Maier et al. 2006: 58).

Dadurch, dass sowohl das Arbeitsangebot als auch der technische Fortschritt als exogene Größen vorausgesetzt werden, ist eine endogene Wachstumserklärung wiederum nur durch die Kapitalakkumulation möglich, also durch die Erhöhung des Kapitalbestandes mittels der Investition von zuvor angespartem Kapital (vgl. Maier et al. 2006: 58).

Wachstum durch Kapitalakkumulation erfolgt allerdings nur, solange die fixe Sparquote, die an die Produktionshöhe gekoppelt ist, über der konstanten Abschreibungsrate liegt, die den Anteil der Pro-

duktionshöhe bestimmt, der zum Ersatz des mit der Zeit veraltenden Kapitalbestandes dient und der proportional zum Kapitalbestand steigt. Mit weiterer Kapitalakkumulation nähern sich Sparquote und Abschreibungsrate bis zu einem Gleichgewichtspunkt an, an dem der Netto-Kapitalzuwachs gleich Null ist und auch die Pro-Kopf-Löhne nicht weiter wachsen können. Durch die Kopplung der Sparquote an den Produktionszuwachs muss sie mit dem positiven Grenzprodukt des Kapitals sinken und steigt daher nur bis zum Gleichgewichtspunkt schneller als die konstante Abschreibungsrate, wird mit der Zeit also kleiner. Wächst der Kapitalbestand stärker, als durch die Investitionsmittel in Stand gehalten werden kann, muss wiederum mehr Kapital zum Ersatz der Abschreibungen aufgewendet werden und der Kapitalbestand sinkt bis zum Gleichgewichtspunkt (vgl. Maier et al. 2006: 59-62). Das Wachstum durch Kapitalakkumulation muss in diesem Modell also endlich sein.

Durch die modellinterne Begrenzung der endogen erklärbaren Wachstumsursachen lässt sich die Produktionsmenge langfristig nur erhöhen, indem die Grenzen des technischen Wissens erweitert werden und die Produktivität der Produktionsfaktoren durch technologische Innovationen – den exogen hervorgebrachten technischen Fortschritt – gesteigert wird (vgl. Maier et al. 2006: 24).

Kurioserweise wird die neoklassische Wachstumstheorie also trotz stark vereinfachender – und damit überwiegend realitätsferner – Vorbedingungen ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht, da zur Erklärung langfristigen wirtschaftlichen Wachstums mit dem technischen Fortschritt eine Größe herangezogen werden muss, deren Entstehung das Modell selbst nicht erklären kann. Zudem scheinen die allgegenwärtigen Ausgleichstendenzen, denen zufolge insbesondere exponentielles Wirtschaftswachstum gar nicht möglich sein dürfte, der empirischen Realität zu widersprechen. Für das zumindest annähernd exponentiell wachsende weltweite BIP beispielsweise kann die neoklassische Theorie in ihrer hier betrachteten grundlegenden Form keine modellendogene Erklärung anbieten.

Wird diese grundlegende Form um die Dimension des Raumes erweitert, ergeben sich zwei weitere Mechanismen des Wachstumsausgleichs: durch freie Faktorwanderung und durch interregionalen Handel.

Unter der Annahme, dass die Produktionsfaktoren zwischen verschiedenen Regionen vollkommen mobil sind – es fallen also keine Transportkosten an, womit die gerade eingeführte Raumdimension wieder eliminiert wird –, werden regionale Unterschiede im Einsatz der Produktionsfaktoren durch die freie Faktorwanderung ausgeglichen. Konkret bedeutet dies, dass die wie auch immer verursachte Knappheit eines Produktionsfaktors in einer Region dazu führt, dass er entsprechend dem Prinzip der Entlohnung nach dem Grenzprodukt in dieser Region höher entlohnt wird als in einer anderen, in der diese Knappheit nicht besteht. Indem die Wirtschaftssubjekte ihr Handeln nach dem größten Nutzen ausrichten, streben sie – ermöglicht durch die freie Faktormobilität – danach, diese höhere

Entlohnung abzuschöpfen (vgl. Maier et al. 2006: 62f). Dies führt zu einem Netto-Zustrom des regional knappen Produktionsfaktors, durch den die Knappheit aufgehoben und das Gleichgewicht wiederhergestellt wird. Dieser Prozess kommt der Kapitalakkumulation zugute, da das Kapital in seinem Streben, die Kapitalknappheit in arbeitsintensiven Regionen auszugleichen, den dort ohnehin schon stärker wachsenden Kapitalbestand weiter erhöht. Umgekehrt gleicht ein Zustrom von Arbeitskräften die Knappheit dieses Produktionsfaktors in kapitalintensiven Regionen aus und wirkt zugleich einem Überangebot von Arbeit in der Ursprungsregion entgegen (vgl. Maier et al. 2006: 65).

Unter der Voraussetzung, dass genau diese Faktorwanderung nicht stattfindet, lässt sich der Wachstumsausgleich durch interregionalen Handel darstellen. Die Grundlage bildet hier das Heckscher-Ohlin-Theorem, demzufolge sich Regionen, die im interregionalen Handel Waren austauschen, auf die Produktion der jeweiligen Ware spezialisieren, die sie relativ zu anderen Waren in derselben Region billiger produzieren können. Grundlegend ist hier die interregionale Verteilung der Produktionsfaktoren. Regionen mit einer hohen Kapitalausstattung können kapitalintensive Waren relativ zu arbeitsintensiven Waren billiger herstellen, da die Entlohnung nach dem Grenzprodukt desjenigen Produktionsfaktors, der reichlich vorhanden ist, niedriger ausfällt als die des knappen. Umgekehrt gilt dasselbe für Regionen mit hoher Arbeitsausstattung. Der Wachstumsausgleich erfolgt schließlich dadurch, dass die intensivere Nutzung des jeweils weniger knappen Produktionsfaktors zum Ausgleich der relativen Faktorpreise führt, ohne dass sich die Produktionsfaktoren zwischen den Regionen bewegen müssen (vgl. Maier et al. 2006: 67ff). Daran schließt das von David Ricardo entwickelte Prinzip der komparativen Kostenvorteile an, wonach eben diese Spezialisierung auf die Produktion der in der Region relativ zu anderen Waren billiger herzustellenden Ware zu Vorteilen im interregionalen Handel führt, selbst wenn die absoluten Produktionskosten im Vergleich zu anderen Regionen höher sind. Die Konzentration auf den Verkauf der relativ billigeren Ware bei gleichzeitigem Einkauf von Waren, deren Produktion in der eigenen Region relativ teurer, in anderen aber wiederum relativ billiger ist, kann zur absoluten Erhöhung der Produktionsmenge in allen am interregionalen Handel beteiligten Regionen führen. Allerdings unterliegt auch dieses Wachstum Ausgleichstendenzen, durch die sich die Austauschverhältnisse zwischen den Waren langsam angleichen (vgl. Maier et al. 2006: 69ff).

Die Möglichkeit, Wachstum aus Faktormobilität und interregionalem Handel zu generieren, führt aus neoklassischer Sicht dazu, dass der Staat mit dem Instrument der Wirtschaftspolitik in erster Linie deregulierend wirken und sich ansonsten möglichst aus dem Markt zurückziehen sollte, um das freie Wirken der Marktkräfte zu gewährleisten. Je mobiler und ungehemmter sich die Produktionsfaktoren bewegen könnten, umso größer seien die Wohlstandszuwächse durch das sich schließlich von selbst einstellende Wachstum (vgl. Maier et al. 2006: 74).

Neben dem Widerspruch aus der Unfähigkeit, die eigentliche Wachstumsursache zu erklären aber dennoch politische Implikationen daraus abzuleiten, bieten die idealtypischen Voraussetzungen, die zur Erreichung von Wachstum erfüllt sein müssen, Anlass zur Kritik.

Zusätzlich zu den fraglichen Eigenschaften des zugrundeliegenden rationalistischen Akteursmodells vernachlässigt die Annahme der vollständigen Faktormobilität die heterogenen Eigenschaften von Arbeit, die sich in unterschiedlichen Qualifikationen, der Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen und einer Vielzahl weiterer individueller Merkmale der Arbeitskräfte ausdrücken. Darüber hinaus ist Geldkapital nur so lange flexibel, wie es nicht in fixes Kapital investiert und einem eindeutigen Nutzen zugeführt wird (vgl. Maier et al. 2006: 72). Die nahezu vollständige Aufhebung der Bedeutung des Raumes, dessen Überwindung Kosten verursacht und im Falle der dazu nötigen öffentlichen Infrastruktur Marktversagen herbeiführen kann (vgl. Maier et al. 2006: 74), in dem sich soziale und geographische Ungleichheiten niederschlagen und der ganz wörtlich den Boden bereitet, auf dem die Produktions- und Akkumulationsprozesse ablaufen, knüpft zudem an die wachstumskritische Argumentation der ökologischen Grenzen an.

Im Anschluss daran kritisiert Binswanger (2010) den Ausschluss der Natur aus der Produktionsfunktion, die das Wachstum des BIPs ausschließlich von Produktionsfaktoren abhängig mache, die als menschliche Leistungen gelten. Demnach ist Arbeit eine Leistung des Fleißes und Kapital als Resultat des Sparens eine Leistung des Konsumverzichts (vgl. Binswanger 2010: 73f). Durch die Einführung des technischen Fortschritts sei „[...] der Weg für die Vorstellung eines unbeschränkten, allein von der Leistung des Menschen abhängigen, gegen alle Umwelteinflüssen abgesicherten Wachstums der Wirtschaft geebnet“ (Binswanger 2010: 75). Den Ausschluss der Natur führt Binswanger unter anderem auf die Fehlprognosen durch Thomas Robert Malthus' *Bevölkerungsgesetz* (1798; s. Kap. 3.4) und Ricardos Gesetz des abnehmenden Bodenertrags zurück. Indem das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum wider Malthus' Erwartung nicht durch die Grenzen der Nahrungsmittelversorgung gebremst wurde und sich in diesem Zusammenhang auch keine sinkenden Profitraten durch die von Ricardo prophezeite Übernutzung des Bodens einstellte, habe sich die Ablehnung natürlicher Wachstumsgrenzen in der Ökonomik durchgesetzt. Der Begriff des Neo-Malthusianismus gelte bis heute als Schimpfwort, während von dem ursprünglichen Bewusstsein für die ökologische Basis der Wirtschaft lediglich das rein formelle Gesetz des sinkenden Grenzprodukts geblieben sei, das sich zumindest im Rahmen des neoklassischen Idealmodells scheinbar nach Belieben aushebeln lasse (vgl. Binswanger 2010: 77ff). Auf dieser Argumentation gründet schließlich Binswangers eigene Wachstumserklärung, die im folgenden Kapitel dargestellt wird.

2.3.2 Geldschöpfung und Wachstumsspirale

Hans Christoph Binswanger stellt die Bedeutung des Geldes und insbesondere der Geldschöpfung in den Mittelpunkt der Wachstumserklärung. Die Entwicklung der Wirtschaft lasse sich nicht allein auf das Verhältnis von Warenangebot und -nachfrage und die sich daraus ergebenden Preise zurückführen, sondern werde genauso von den Austauschrelationen zwischen Waren und Geld bestimmt. Dementsprechend müsse eine Erklärung wirtschaftlichen Wachstums Angebot und Nachfrage sowohl von Geld als auch von Waren berücksichtigen (vgl. Binswanger 2006: 255). Nach seiner Theorie bilden die Wirtschaftsaktivitäten dabei keinen geschlossenen Kreislauf, sondern eine Spirale, die sich – angetrieben von einem strukturellen Wachstumszwang, der durch Geldschöpfung ermöglicht wird, und einem Wachstumsdrang, der aus den Eigentinteressen der Wirtschaftssubjekte resultiert – mit zunehmendem Wirtschaftswachstum und unter Verbrauch natürlicher Ressourcen immer weiter ausdehnt.

Die Bedeutung des Geldes begründet er damit, dass an der Basis der heutigen modernen Wirtschaft die Kapitalisierung liege: die Bewertung einer Geldanlage nach dem Wert ihrer zukünftigen Erträge durch die „Umrechnung eines laufenden Ertrags oder einer regelmäßigen Geldleistung (Verzinsung, Rente) auf den gegenwärtigen Kapitalwert [...]“ (Holland 2015; vgl. Binswanger 2006: 257).

Binswanger führt den Kapitalbegriff auf seine historische Bedeutung zurück, wonach das Kapital dem „Hauptteil der Schuld“ (Binswanger 2006: 55) entspricht, den jemand in Geld ausgeliehen hat und unter Begleichung einer zusätzlichen Schuld – der Nebensumme – zurückzahlen muss. Dabei ist die Aussicht auf die Nebensumme die Voraussetzung für die Bereitschaft der Gläubiger*innen, das Geld überhaupt auszuleihen. Ursprünglich war der Hauptteil der Schuld ein Darlehen, die Nebensumme war der Zins (vgl. Binswanger 2006: 255).

Heute ermöglicht dieses Darlehen allerdings Unternehmen, die aus Geld mehr Geld machen. Das Kapital nimmt dabei die Rolle eines Vorschusses in Form von Eigen- und Fremdkapital an, den die Unternehmen benötigen, um den erhofften Gewinn zu erzielen (vgl. Binswanger 2006: 256). Dieser Vorschuss ist nötig, da Waren bzw. Arbeitsleistungen und Produktionsmittel vor Verkauf bzw. vor Produktion und Verkauf vom Unternehmen zunächst selbst eingekauft und bezahlt werden müssen, ohne dass bereits Geld verdient worden ist. Die mithilfe des heute eingesetzten Kapitals heute produzierten Güter können also erst morgen verkauft werden (vgl. Binswanger 2006: 256; 2011: 5).

Über den zukünftigen Verkauf dieser Waren – die Realisierung des Mehrwerts – besteht jedoch Unsicherheit. Der Vorschuss bedeutet also ein Risiko, das zur Produktion eingegangen werden muss, und das zugleich die Zinsansprüche der Kapitalgeber*innen und das Gewinnstreben der Kapitalneh-

mer*innen rechtfertigt. Beides entspricht einer Risikoprämie, ohne deren Aussicht weder die Kapitalgeber*innen noch das Unternehmen aktiv werden würden (vgl. Binswanger 2006: 257).

Im ursprünglichen Gedanken der Kapitalisierung vereinen sich die beiden Funktionen des Geldes: Beim Kauf der Waren erfüllt es seine Zahlungsfunktion, bei der Gewinnerzielung kommt seine Wertfunktion oder Wertaufbewahrungsfunktion zum Tragen, indem ihm ein dauerhafter Wert zugeschrieben wird (vgl. Binswanger 2006: 257). Die Wertfunktion des Geldes geht historisch auf den stofflichen und kulturellen Eigenwert der Edelmetalle zurück, die ursprünglich als Zahlungsmittel verwendet wurden. Gold und Silber waren – mitunter sakral begründet – wertvoll und begehrtestenswert, sodass das Geld selbst einen absoluten Wert besaß (vgl. Binswanger 2006: 254). Als stellvertretendes Gut ermöglichte das Geld die Marktwirtschaft, indem es das Problem der „doppelten Koinzidenz der Bedürfnisse“⁴ (Harvey 2015: 42) überwand, das den geldlosen Tauschhandel erschwerte: Der Warenwert entsprach der Geldmenge, gegen die man ihn eintauschen konnte, der Geldwert entsprach wiederum der Warenmenge, die man dafür erhielt (vgl. Binswanger 2006: 255).

Heute sind Zahlungs- und Wertfunktion allerdings getrennt: Die Zahlungsfunktion ist im umlaufenden Geld (Papier- und Buchgeld) enthalten, die Wertfunktion in Kapitalanlagen (Spareinlagen bei Banken und Wertpapiere), in denen der zur Gewinnerzielung gewährte Vorschuss verbrieft wird (vgl. Binswanger 2006: 257). Durch die Kapitalisierung wird Geld im Zahlungsprozess „[...] Mittel zum Zweck, bei der Gewinnerzielung ist Geld Selbstzweck. Je grösser der Gewinn um so besser“ (Binswanger 2006: 257).

Statt nach dem stofflichen Eigenwert des Geldes bemisst sich der Wert einer Geldanlage heute nach dem gegenwärtigen Wert der *erwarteten* Erträge, die sich *zukünftig* daraus erwirtschaften lassen. Der Wert der Geldanlage entspricht also dem Gegenwartswert der künftigen Erträge zu dem Zeitpunkt, an dem die Anlage getätigt wird (vgl. Binswanger 2006: 257).

Daraus folgt, dass das Geld seinen Wert überhaupt nur noch durch Kapitalisierung und gewinnbringende Investition erhalten kann, also „[...] wenn das Geld nicht nur im Sinne des Kaufs und Verkaufs von Waren umläuft, sondern durch die Investition das Wachstum der Handel [sic] und Produktion promoviert wird“ (Binswanger 2006: 258). Dies setzt allerdings die ständige Erzeugung neuer Gewinnerwartungen voraus. Da sich der Wert der Geldanlage nach dem Gegenwartswert der künftigen Erträge bemisst, bleibt der Wert von überschüssigem, also nicht sofort für den Konsum benötigtem Geld, das nicht investiert wird, in der Gegenwart verhaftet. Das Potenzial einer Wertsteigerung durch zukünftige Gewinne, beispielsweise aus Aktien, wird also nicht ausgeschöpft.

⁴ Die „doppelte Koinzidenz der Bedürfnisse“ bedeutet, dass zu einem Tauschhandel beide Tauschparteien über Waren verfügen müssen, die sie gegenseitig begehren: „Wenn Sie eine Ware besitzen, die ich haben möchte, muss ich über eine Ware verfügen, die Sie wollen [...]“ (Harvey 2015: 42).

Paradox ist, dass das in eine Aktie investierte Geld seinen zukünftigen Wert bereits in der Gegenwart erhält, also das Vermögen der Anleger*in steigert, ohne dass der zukünftige Ertrag bereits erwirtschaftet worden wäre, solange die Risikoeinschätzung der Anleger*in der des Marktes entspricht – „[...] aus Eins mach Zwei, ohne Zeitverlust“ (Binswanger 2006: 259). Diese Möglichkeit der sofortigen Vermögenssteigerung geht allerdings mit dem Risiko einher, dass sich der Gegenwartswert der Geldanlage und damit das Vermögen ebenso schnell reduzieren oder gar auf Null sinken kann, wenn die Gewinnerwartungen des Marktes, also die zukünftig erwarteten Erträge, sinken – „[...] aus Eins mach Null, ohne Zeitverlust“ (Binswanger 2006: 259).

Der Wachstumszwang ergibt sich schließlich daraus, dass das Ergebnis einer unternehmerischen Tätigkeit ein Ausgleich des zuvor eingegangenen Eigen- und Fremdkapitalrisikos durch die Rückzahlung der Zinsen an die Fremdkapitalgeber*innen und die Erwirtschaftung eines Reingewinns zugunsten des investierten Eigenkapitals sein muss (vgl. Binswanger 2011: 5). Ohne diese Gewinnaussicht zur Risikokompensation gäbe es keine Investitionen. Gewinne aus riskanten Investitionen sind allerdings nur möglich, wenn gesamtwirtschaftlich immer wieder mehr Gewinne als Verluste gemacht *werden* und in der Vergangenheit gemacht *wurden*. Schließlich orientieren sich die Kapitalgeber*innen am Erwartungswert der Gewinne und „[d]ieser ist [...] nur positiv, wenn in der Vergangenheit in der gesamten Wirtschaft die Häufigkeit und die Höhe der Gewinne grösser war als die Häufigkeit und die Höhe der Verluste [...]“ (Binswanger 2006: 260). Gesamtwirtschaftlich entsteht aus diesem Risiko der Zwang, die Gewinne auf dem einmal erreichten Niveau zu halten, um Vermögensverluste zu vermeiden. Das ist allerdings unmöglich, wenn die Geldmenge begrenzt ist und in einem geschlossenen Kreislauf zirkuliert:

„[...] wenn nur das Geld, das die Unternehmungen den Haushalten für ihre Produktionsleistungen bezahlt haben, zur Verfügung steht, um die Produkte zu kaufen, die die Unternehmungen mit ihrer Hilfe hergestellt haben. Denn dann würden sich Einnahmen und Ausgaben der Unternehmungen nur immer gerade ausgleichen.“ (Binswanger 2011: 6)

In einem Wirtschaftskreislauf ist also kein positiver Gewinnsaldo zum Ausgleich des Investitionsrisikos möglich, dazu muss ständig Geld zufließen. Ermöglicht wird dies durch die scheinbar unbegrenzte Schöpfung immer neuen Geldes. Auf diese Weise lassen sich das BIP, also das reale Wachstum, und die Haushaltseinkommen steigern und zudem laufend Geldgewinne erzielen (vgl. Binswanger 2011: 1). Die Geldschöpfung erzeugt und bedient den strukturellen Wachstumszwang, der an die genannten Zukunftserwartungen anschließt, sowie einen zusätzlichen Wachstumsdrang. Beide manifestieren sich im Konzept eines spiralförmigen, sich beständig ausweitenden Wirtschaftsablaufs, der immer wieder neues Wachstum hervorbringen muss und den Binswanger dem neoklassischen Modell einer Kreislaufwirtschaft entgegensetzt.

Die Geldschöpfung erfolgt durch die Kreditvergabe der Zentral- und Geschäftsbanken an den Staat und private Haushalte, überwiegend aber an Unternehmen. Kredite werden bei den Geschäftsbanken als Sichteinlagen auf Girokonten gutgeschrieben. Es wird also neues Buchgeld geschaffen (vgl. Binswanger 2011: 2). Aus der Kreditvergabe resultiert ein gegenseitiges Schuldverhältnis von Geschäftsbank und Kreditnehmer*in, bei dem die Schuld der Geschäftsbank darin besteht, das neu geschaffene Buchgeld bei Bedarf in Form von Banknoten, also Geld der Zentralbank, einzulösen. Da aber die wenigsten Zahlungen mittels Banknoten erfolgen, sondern heute vor allem über elektronische Transaktionen, und daher in der Regel nie das gesamte Sichtguthaben in Banknoten eingelöst werden muss, entspricht das durch die Kreditvergabe neu geschaffene Buchgeld einer effektiven Vermehrung der Geldmenge. Die zusätzliche Geldmenge besteht in der Schuld der Kreditnehmer*in bei der Geschäftsbank sowie der Schuld der Geschäftsbank bei der Kreditnehmer*in (vgl. Binswanger 2011: 2f). Da die Kreditnehmer*innen ihren Kredit aber vollständig begleichen müssen, plus der anfallenden Zinsen, die Banken aber nur in dem Umfang, wie dieser Kredit in Banknoten eingelöst wird, ist diese gegenseitige Verschuldung asymmetrisch (vgl. Binswanger 2011: 3).

Ein weiteres gegenseitiges Schuldverhältnis besteht zwischen den Geschäftsbanken und der Zentralbank. Letztere stellt den Geschäftsbanken die zur Einlösung des Buchgeldes nötigen Banknoten als Einlagen bei sich zur Verfügung, das heißt sie übernimmt einen Teil der von den Geschäftsbanken vergebenen verbrieften Kredite. Die Geschäftsbanken stehen dadurch in der Schuld der Zentralbank und müssen diese, ebenfalls plus Zinsen, begleichen. Indem die Zentralbank die Höhe dieses Leitzinses verändert, kann sie Einfluss auf die Umlaufmenge der Banknoten und damit die Wirtschaftsentwicklung nehmen. Die Schuld der Zentralbank besteht wiederum darin, den Geschäftsbanken die Banknoten zur Verfügung zu stellen. Auch diese gegenseitige Verschuldung ist asymmetrisch, da die Zentralbank, durch die Abkopplung der Geldschöpfung von den Edelmetallen, die ausgegebenen Banknoten nicht mehr in Gold einlösen muss.⁵ Stattdessen erhält dieses Geld seinen „Wert“ dadurch, dass es vom Staat gesetzlich als alleiniges Zahlungsmittel bestimmt wird. Das Zentralbankgeld ist sogenanntes Fiatgeld, das einen zugeschriebenen Wert repräsentiert, ohne selbst einen stofflichen Eigenwert zu besitzen. Da diese Schulden nie bezahlt werden müssen, beruht das Geldsystem auf der Vermehrung einer „ewige[n] Schuld“ (Binswanger 2011: 4). Diese Schuld bedeutet letztlich aber die effektive Vermehrung von Geldvermögen und zwar in dem Ausmaß, wie mehr Kredite geschöpft als zurückgezahlt werden (vgl. Binswanger 2011: 4).

Indem die Unternehmen das Kreditgeld zur Investition in die Steigerung ihrer Produktion nutzen, wird es nachträglich doch noch einlösbar, allerdings in zusätzlich produzierte Waren statt in Gold (vgl.

⁵ Die Aufhebung der Edelmetallbindung bzw. des Goldstandards der Währungen war das Ergebnis des Zusammenbruchs des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1973.

Binswanger 2011: 5). Indem die Produktionsmenge in der Regel schneller wächst als das Preisniveau bzw. die Inflationsrate in Folge der Geldschöpfung, bewirkt das neu geschöpfte Geld eine reale Zunahme des BIPs. Die Geldschöpfung – die ewige Verschuldung ohne Zwang zur Rückzahlung – führt letztlich also zu Wirtschaftswachstum (vgl. Binswanger 2011: 5f).

Um zu wachsen, sind die Unternehmen auf die Kredite der Geschäftsbanken angewiesen. Ihre Gewinne sind wiederum davon abhängig, dass die Einkommen der Haushalte mit dem Unternehmenswachstum steigen, um den nötigen Konsum zur Aufnahme der zusätzlichen Produktionsmenge zu generieren. Die Haushalte geben ihre Einkommen in der Regel sofort aus, der Einkommenseffekt der Unternehmensinvestition tritt also sofort ein, das heißt vor dem Kapazitätseffekt der Investition. Allerdings können die Unternehmen zu diesem Zeitpunkt nur bereits produzierte Produkte verkaufen, für deren Herstellung sie vor der neuen Investition weniger Geld ausgegeben haben. Indem die Haushalte heute stets die Produktion von morgen kaufen, steigen die Einnahmen der Unternehmen und mit ihnen der gesamtwirtschaftliche Gewinnsaldo, aus dem wiederum weiteres Wachstum resultiert (vgl. Binswanger 2011: 7). Neue Investitionen bedingen jedesmal eine weitere Erhöhung der Geldmenge, die zusätzliche Nachfrage erzeugt, um das gesteigerte Angebot aufzunehmen (vgl. Binswanger 2011: 7).

Das Wachstum ist allerdings nicht nur das Resultat dieses strukturellen Zwangs, sondern geht auch darauf zurück, dass die Unternehmen (die Eigenkapitalgeber*innen) und Aktionär*innen (die Eigenkapitalgeber*innen der Aktiengesellschaften) ein Interesse daran haben, Gewinne zu erwirtschaften, die möglichst weit über der reinen Kompensation des Investitionsrisikos liegen (vgl. Binswanger 2011: 8). Da sich der Wert des Eigenkapitals bzw. der Aktien nach dem Gegenwartswert der zukünftig erwarteten Erträge bemisst und die Gewinn- und Dividendenerwartungen mit dem Umfang der Investition steigen, wird das Streben nach Gewinnmaximierung noch dadurch verstärkt, dass die Gewinne nach dieser Formel am größten sein müssen, wenn „unendliches“ Wachstum der Produktion angenommen werden kann. Dieser Wachstumsdrang beschränkt sich nicht nur auf die Steigerung des realen Wachstums, sondern betrifft auch spekulative Vermögenswerte, die in Erwartung steigender Preise, die sich aus der mit der Geldschöpfung ermöglichten Nachfrageerhöhung ergeben, gekauft werden. In diesem Fall lohnt sich die Spekulation mit eigens dazu aufgenommenen Krediten, wenn deren Zinsen niedriger sind als die erwartete Preissteigerung. Da die Zinsen der Geschäftsbanken aber vom Leitzins der Zentralbank abhängen, die diesen zum Inflationsausgleich von Zeit zu Zeit anpasst, können beim Platzen solcher Spekulationsblasen Finanzkrisen entstehen (vgl. Binswanger 2011: 8).

Möglich ist all das wiederum nur bei einer ausreichenden Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen, auf deren Verbrauch die Produktion fußt (vgl. Binswanger 2011: 8). Die Nutzung der natürlichen Res-

sourcen – formalisiert durch ihren Ausschluss aus der Produktionsfunktion – bedeutet eine zweite Form der Verschuldung ohne Rückzahlungszwang. Da die Gewinne immer dort am größten sind, wo etwas verkauft wird, das zuvor nicht gekauft werden musste, ist die Ausbeutung der Natur ein äußerst gewinnbringendes Geschäft. Die Natur kann keine Forderungen stellen, ihre Dienste können kostenlos genutzt werden, die negativen Auswirkungen werden nicht berücksichtigt (vgl. Binswanger 2011: 9).

Wird die Rolle des Staates zur Vereinfachung ignoriert, stellt sich die Wachstumsspirale, angetrieben von Wachstumswang und Wachstumsdrang und unter Ressourcenverbrauch, folgendermaßen dar: Unter Ausbeutung der Natur verrichten die Haushalte Arbeitsleistungen und Leistungen der Imagination, also von Kreativität und Fortschrittsstreben, die zu immer neuen Bedürfnissen und Produkten führen, für die ihnen die Unternehmen Löhne und Renten zahlen, mit denen sie die Produkte dieser Unternehmen kaufen, die sie zuvor unter Einsatz ihrer Arbeitsleistung und Imagination produziert haben. Werden Münzen und Banknoten vernachlässigt, erfolgen alle Zahlungen durch die Umbuchung der Einlagen von Unternehmen und Haushalten im Bankensystem. Dazu gehören Einkommenszahlungen, Warenkäufe, Käufe von neu emittierten und bereits bestehenden Aktien und Obligationen sowie gegenseitige Vorleistungszahlungen zwischen den Unternehmen, die sich in ihrer Gesamtheit ausgleichen. Die zirkulierende Geldmenge wird in Folge immer neuer Investitionskredite durch die Geldschöpfung ständig vergrößert, wobei die Kredite das Wachstum der Unternehmen und daraus folgend steigende Haushaltseinkommen ermöglichen (vgl. Binswanger 2009: 305ff). Das Wachstumsprinzip lautet, alte Schulden immer wieder mit neuen Schulden zu bezahlen, durch die Ausbeutung der Natur aber trotzdem reale Gewinne und Einkommenszuwächse zu erwirtschaften (vgl. Binswanger 2011: 9).

Die Grundlage der Wachstumsspirale bildet die Annahme, „[...] dass es nicht eine einmalige, in der Vergangenheit liegende ‚Erstausstattung‘ von Ressourcen gibt, sondern dass fortlaufend neue ‚Erstausstattungen‘ entstehen“ (Binswanger 2009: 307). Dies erfolgt einerseits durch direkte Besitzergreifung auf Basis der Eigentumsordnung und die Bereitsstellung der dazu nötigen Mittel unter der Geldordnung (Binswanger 2009: 307).

2.3.3 Wachstum durch Konsumförderung

In den vorangegangenen Kapiteln ist deutlich geworden, dass eine vollständige Erklärung wirtschaftlichen Wachstums naheliegenderweise nur im Zusammenhang von Angebot *und* Nachfrage möglich ist. Zwar ermöglichen der technologische Fortschritt und die Geldschöpfung die Schaffung immer

größerer Produktionsmengen und damit immer größere Mehrwerte bzw. zwingen zu ihrer Produktion. Zur Realisierung ist aber eine entsprechende Nachfrage notwendig, die die geschaffenen Werte durch Konsum absorbiert, sodass es nicht zur Überakkumulation von Kapital kommt. In den Industriestaaten ist die Nachfrage nach Waren zur Deckung der Grundbedürfnisse allerdings längst gesättigt (vgl. Siegel 2006: 5ff). Die Wertrealisierung lässt sich also nur noch durch die aktive Erzeugung zusätzlicher Nachfrage auf künstlichem Wege gewährleisten. Wachstumsparadigma, Wachstumszwang und Wachstumsdrang bewirken die Notwendigkeit der Konsumförderung und Bedürfnisschaffung, aus der wiederum neue Wachstumsnotwendigkeiten entstehen. Im Anschluss an Binswangers strukturellen Wachstumszwang spricht Paech (2014) hier von einem „kulturellen Wachstumstreiber“ (Paech 2014: 110). Røpke (2010) identifiziert den Konsum als „Wachstumsmotor“ (Røpke 2010: 103), auf den eine Wirtschaft unter Wachstumszwang unbedingt angewiesen sei.

John Kenneth Galbraith (1973) unterstellt der Wirtschaftstheorie, sich angesichts der Sättigungsproblematik von ihrer ursprünglichen Aufgabe, nach Möglichkeiten zur Deckung der Grundbedürfnisse zu suchen, verabschiedet zu haben und fortan die Ausweitung des Konsums in den Mittelpunkt zu stellen (vgl. Galbraith 1973: 148):

„Damit hat es die Wirtschaftstheorie fertiggebracht, die Auffassung von der Dringlichkeit, die Bedürfnisse des Verbrauchers zu befriedigen, wie sie früher einmal in einer Welt galt, in der eine gesteigerte Gütererzeugung mehr Nahrung für die Hungrigen, mehr Kleidung für die Frierenden und mehr Häuser für die Obdachlosen bedeutete, hinüberzuretten in eine neue Welt. In dieser Welt befriedigt aber ein wachsender Güterausstoß nur die Sucht nach noch eleganteren Autos, nach noch mehr exotischen Leckereien, nach noch mehr erotisch betonter Kleidung, nach noch raffinierterem Amüsement – kurz, die ganze heutige Skala sinnlicher, ‚kultureller‘ oder gar tödlicher Wünsche.“ (Galbraith 1973: 148)

Dabei werde der Begriff der Sättigung weitestgehend abgelehnt und stattdessen argumentiert, aus der Befriedigung der Grundbedürfnisse erwachsen neue psychologisch begründete Bedürfnisse, die sich niemals vollständig befriedigen ließen und in deren Ausweitung der Schlüssel zu unbegrenztem Wachstum liege: „Es gilt weder als nützlich, noch als wissenschaftlich, über das Verhältnis zwischen leiblichem und seelischen Appetit nachzugrübeln“ (Galbraith 1973: 152). Die Verbindung zwischen Produktion und Nachfrage werde schließlich vor allem mithilfe der Werbung hergestellt, deren Aufgabe es sei, Bedürfnisse zu schaffen, die ohne ihr Einwirken vermutlich nie entstanden wären (vgl. Galbraith 1973: 161).

Røpke beschreibt die Funktionsweise des konsumgetriebenen Wachstumsmodells und unterscheidet zwischen Antriebskräften und Stützen des Konsumwachstums: Zu den *Antriebskräften des Konsumwachstums* gehört demnach der Überlebenskampf der Unternehmen im marktwirtschaftlichen Wettbewerb, das daraus folgende Streben nach neuen Produkten, Kostenreduktion und Erhöhung der Arbeitsproduktivität, was schließlich durch den technologischen Fortschritt ermöglicht wird. Die

gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter*innen sichert ihnen Anteile am Gewinnwachstum. Im Zusammenspiel mit staatlichen Umverteilungsmaßnahmen steigt der Lebensstandard der Bevölkerung und die Arbeitsproduktivität wird weiter erhöht. Die mit dem technologischen Fortschritt ständig neu entstehenden Produkte werden durch Werbung und andere Instrumente der Verkaufsförderung an die Verbraucher*innen gebracht, wobei der öffentliche Raum zur Inszenierung der Absatzförderung kommerzialisiert wird. Steigende Löhne ermöglichen schließlich immer weiteren Konsum (Røpke 2010: 104-109). Mit Paech lässt sich ergänzen, dass mit der Erfindung von Dienstleistungen und dazu passenden Bedarfen eine Wertschöpfung ohne materielle Grundlage möglich zu werden scheint, die sich aufgrund ihrer Substanzlosigkeit analog zur Annahme der unerfüllbaren psychologischen Bedürfnisse unbegrenzt steigern lässt, zumindest theoretisch⁶ (vgl. Paech 2014: 48).

Mit der Zeit kommt es zur Gewöhnung an den steigenden Lebensstandard. Die nun ständige Verfügbarkeit und der Konsum von Waren, die während einer wirtschaftlichen Boomphase eingeführt und zunächst als extravagant wahrgenommen wurden, werden zur Norm (vgl. Røpke 2010: 107). Aus der Gewöhnung folgen „Lock-in-Effekte“ (Røpke 2010: 108), die die *Stützen des Konsumwachstums* darstellen: Die neuen Standards werden Teil der sozialen und materiellen Struktur der Gesellschaft, aus denen bestimmte Verhaltensweisen und Erwartungen hervorgehen, beispielsweise ein gesellschaftlich gefordertes Konsumverhalten, wie der Kauf bestimmter Produkte, die mit den Moden wechseln und ähnliches:

„Abgesehen von materiellen Zwängen und Anreizen stützen Institutionen etablierte Standards und Verhaltensmuster [...]. Soziale und materielle Rigiditäten neigen dazu, Verbraucherinnen und Verbraucher an ressourcenintensive Lebensstile zu binden („lock in“).“ (Røpke 2010: 108)

Durch die soziale Normierung kann ein „Verstoß“ gegen diese materiellen Anforderungen gesellschaftlich sanktioniert werden. Dadurch können Lock-in-Effekte zur Einschränkung und Ausgrenzung von Menschen führen, die sich nicht normgerecht verhalten wollen oder können. Die künstliche Erzeugung von Bedürfnissen reproduziert schließlich soziale Ungleichheit. Zugleich schafft die soziale und ökonomische Konstruktion von Bedürfnissen in Kombination mit der Gewöhnung an die neuen Standards und Lock-in-Effekten die Grundlage dafür, dass die Konsument*innen „freiwillig“ zum Konsumwachstum beitragen (vgl. Røpke 2010: 109).

Gefördert wird dies durch den von Paech so bezeichneten *kulturellen Wachstumstreiber* (vgl. Paech 2014: 110ff). Paech versteht unter Konsum ein notwendiges Mittel im sozialen Positionskampf: Einem Großteil der neu geschaffenen Güter komme lediglich ein symbolischer und demonstrativer Nutzen zu, er basiert also auf Distinktionen, sozialem Prestige und der Demonstration von Gruppen-

⁶ Dass diesen „substanzlosen“ Dienstleistungen durchaus materielle Voraussetzungen zugrundeliegen, wird als Teil der ökologischen Wachstumskritik in Kapitel 3.1 thematisiert.

zugehörigkeiten. Konsum kann demnach als Wettbewerb um höhere Statuspositionen in der sozialen Hierarchie verstanden werden. Da es in diesem Wettbewerb um relative Statuspositionen geht, lassen sich Gewinne nur durch Verluste anderer erreichen. Der erreichte Vorsprung schrumpft mit der Zahl der Personen, die zunächst übertroffen wurden, aber mit weiterem Wirtschaftswachstum nachziehen. Positionsverteidigung oder Aufstieg setzen Kaufhandlungen voraus. Mit Erreichen eines bestimmten Lebensstandards kann das persönliche Wohlbefinden dadurch jedoch nicht mehr gesteigert werden.⁷ Der ständige Positionskampf treibt die Konsument*innen in eine „Rüstungsspirale“ (Paech 2014: 111), die sie wiederum dazu zwingt, irrationalerweise an der Wachstumsorientierung festzuhalten, ohne damit eine Steigerung ihres Wohlbefindens zu erreichen. Der Konsumaufwand ist vielmehr nötig, um das einmal erreichte Niveau des Wohlbefindens aufrechtzuerhalten, das letztlich vom eigenen sozialen Status relativ zum Status anderer abhängt. Mit jedem Wachstumsschub können die Konsument*innen ihre Position zu Lasten der relativen Positionen anderer verbessern. Die Inhaber der dadurch entwerteten Positionen dienen somit als „Promotoren“ (Paech 2014: 112) weiteren Konsumwachstums, das zum Wiederaufschließen im Positionswettkampf nötig wird. Indem dieses Verhalten zugleich der politischen Rechtfertigung weiteren Wirtschaftswachstums dient, entsteht eine Rückkopplungsdynamik, deren Ursache und Wirkung weiteres Wirtschaftswachstum ist (vgl. Paech 2014: 110ff). Als aktuelles Beispiel für derartigen positionalen Konsum führt Paech die Objektorientierung des Nachhaltigkeitsbegriffs an. Indem Dinge fälschlicherweise als per se nachhaltig betrachtet werden, wird auch ihr Konsum symbolisch nachhaltig und rechtfertigt eine soziale Form des Greenwashing: „Die Strahlkraft nachhaltiger Konsumsymbolik soll das weniger nachhaltige Andere, welches vom selben Individuum praktiziert wird, kaschieren oder kompensieren“ (Paech 2014: 98). Angeblich nachhaltiger Konsum wird damit zu einer sozialen Norm, ohne tatsächlich zu ökologisch oder sozial nachhaltigem Verhalten zu führen, fördert aber weiteres Wirtschaftswachstum.

Einen weiteren Grund für den Beitrag der Konsument*innen zum Konsumwachstum sieht Røpke in der historischen Verbindung von steigendem Lebensstandard und zentralen Werten der Moderne, wie individueller Unabhängigkeit und Freiheit. Daran knüpfen die Vorteile des mit dem Konsum einhergehenden Ressourcenverbrauchs an, wie sie von wohlhabenden Konsument*innen empfunden werden: Mobilität, eine saisonal unabhängige Ernährung, Bequemlichkeit und eine intensivierete Zeitznutzung, die wiederum als soziale Norm sanktionierbar ist – Langeweile und Leerlauf sind verpönt (vgl. Røpke 2010: 109ff).

Insbesondere der Aspekt der Bequemlichkeit nach den Prinzipien „comfort, cleanliness, convenience“ (Røpke 2010: 109) ist demnach ein Kernbestandteil der Konsumgesellschaft. Für Paech ist

⁷ Erklärt wird dieser Zusammenhang häufig mit dem „Easterlin-Paradox“ (Demaria et al. 2013: 197), siehe dazu Kapitel 3.3.

dieser Bequemlichkeitsfortschritt von der Delegation körperlich anstrengender oder anderweitig unangenehmer Arbeiten an Dienstleister und Technologien gekennzeichnet. Komfort wird demnach permanent erkaufte, physische Eigenarbeit wegdelegiert und räumlich ausgelagert – unter anderem in wirtschaftlich schwächere Weltregionen, die das Konsummodell der Wohlhabenden am Leben erhalten. Dies entspreche einer dreifachen Entgrenzung der materiellen Ansprüche: körperlich durch die Delegation an technologische Möglichkeiten, räumlich durch eine globalisierte Produktion und Ressourcenausbeutung und zeitlich mittels Verschuldung (vgl. Paech 2014: 39f):

„Technische Innovationen und neues Wissen mögen die Wohlstandsentwicklung entscheidend geprägt haben. Aber bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieser ‚Fortschritt‘ lediglich als effektiver Hebel, der dazu befähigt, sich mit minimalem eigenem physikalischen Einsatz ein zunehmendes Quantum an physischen Leistungen anzueignen.“ (Paech 2014: 57)

Der so entstehende „Homo Consumens“ (Paech 2014: 64) sei aufgrund seiner Fremdversorgung, Geldabhängigkeit und mangels eigener praktischer Fähigkeiten auf den Konsum und die Aneignung der Arbeitsleistung anderer angewiesen und damit letztlich auf fortgesetztes Wirtschaftswachstum. Gefördert werde diese Abhängigkeit vom Bildungssystem, das statt praktischer Fähigkeiten die vielfältigen Möglichkeiten dieser Delegation vermittele und die erlangten Kompetenzen in Form von Zertifikaten ausdrücke, die zur Sicherung des konsumfixierten Lebensstils beitragen (vgl. Paech 2014: 55f). Dieser Lebensstil bestehe im Wesentlichen in dem Konsum von Gütern, zu deren Herstellung die Konsument*innen selbst nicht mehr in der Lage seien: „Das Wesensprinzip des Konsumierens besteht darin, sich die von anderen Menschen an anderen Orten geleistete Arbeit und insbesondere den materiellen Ertrag andernorts verbrauchter Ressourcen und Flächen zunutze zu machen“ (Paech 2014: 37). Indem die aufsteigenden Schwellenländer den Lebensstil des globalen Nordens übernehmen, werde auch auf globaler Ebene weiteres Wachstum notwendig (vgl. Paech 2014: 49ff).

Letztlich werde Wachstum zu einem absoluten Wert unabhängig vom Lebensstandard, der politisch reproduziert und institutionalisiert werde (vgl. Røpke 2010: 104-109), sodass, wie eingangs schon erwähnt, zu gelten scheint: Wachstum ist gut, weil es gut ist.

3. Wachstumskritik

Im Zentrum der wachstumskritischen Argumentation steht die Auffassung, dass wirtschaftliches Wachstum nicht gleichbedeutend sein muss mit einem Zuwachs gesellschaftlicher Wohlfahrt, sondern bei kompromissloser Verfolgung als alleiniges Handlungsziel das Gegenteil bewirken kann bzw. die mit ihm unterstellte Wirkung verfehlt. Die Wachstumskritik schreibt dem Wirtschaftswachstum hohe Kosten in Form von Kollateralschäden zu, durch die der mit weiterem Wachstum angestrebte Nutzen aufgehoben werde. In Anlehnung an die geläufige Argumentation für mehr und mehr Wirtschaftswachstum fasst Binswanger die Grundlinien der heutigen Kritik zusammen: Demnach ließe sich Hunger mit Wachstum bekämpfen, tatsächlich verschärfe sich die Ungleichheit zwischen armen und reichen Ländern aber mit weiterem Wachstum. Sozialleistungen ließen sich ebenfalls mit Wachstum finanzieren, würden aber abgebaut, um das Wachstum nicht zu blockieren. Auch Beschäftigungssicherheit ließe sich herstellen, zu beobachten sei derzeit aber „jobless growth“ (Binswanger 2006: 265). Die Gewährleistung von Umweltschutz scheitere letztlich daran, dass die wachstumsverursachten Umweltschäden die Möglichkeiten, mit weiterem Wachstum zum Schutz der Umwelt beizutragen, bei weitem übersteigen (vgl. Binswanger 2006: 265).

Gemeinhin gilt Meadows' düstere Zukunftsprognose in *Die Grenzen des Wachstums* (1972) als Ursprung der heutigen Wachstumskritik. Die dort enthaltenen Szenarien beinhalteten bereits Teile der im Folgenden zu vertiefenden Kritik, insbesondere die ökologischen und demografischen Wachstumsgrenzen, und gaben den Anstoß zur weiteren Auseinandersetzung auch mit den sozialen und kulturellen Folgen des Wirtschaftswachstums.

Die Wurzeln der Skepsis gegenüber scheinbar unbegrenzt möglichem Wachstum liegen allerdings weiter zurück. Wie Kerschner (2010) ausführt, finden sich kritische Auseinandersetzungen mit dem Thema bereits in der klassischen Nationalökonomie, teils in Begleitung weiterer apokalyptisch anmutender Zukunftsvisionen (vgl. Kerschner 2010: 545f). Neben Malthus' Bevölkerungsgesetz und Ricardos Gesetz der abnehmenden Bodenerträge (s. Kap. 2.3.1) weckte John Stuart Mill (1909 [1848]) die Hoffnung auf einen stationären Zustand der Wirtschaft, in dessen Erreichen er das glückliche Ende eines ewigen Konkurrenzkampfes sah (vgl. Mill 1909 [1848]: IV.6.7; Radkau 2010: 42). Implizit findet sich ein solcher Gleichgewichtszustand auch bei Marx im Erreichen des Sozialismus nach der Überwindung der kapitalistischen Akkumulation (vgl. Kerschner 2010: 545). Ähnliches prognostizierte Schumpeter, für den das Ende des Wachstums ebenfalls die Durchsetzung des Sozialismus bedeutete, während John Maynard Keynes (2003 [1930]) das Ende des Wachstums mit dem Ende des Ren-

tiers verband, der mit dem Stillstand der Kapitalakkumulation zugrunde gehen müsse (vgl. Keynes 2003 [1930]: 24.II.; Kerschner 2010: 545).

Der folgende Überblick über die Argumentation der Wachstumskritik orientiert sich an Meadows' ursprünglicher Systematisierung nach den Grenzen des Wachstums. Neben ökologischen und demografischen Grenzen werden die Folgen der Wachstumsorientierung den heute identifizierten ökonomischen sowie sozialen und kulturellen Grenzen zugeordnet. Diese beinhalten sowohl strukturelle und physische Wachstumsbarrieren als auch Einschränkungen der Wohlfahrtssteigerung.

3.1 Ökologische Wachstumsgrenzen

Die ursprüngliche ökologische Wachstumskritik, wie sie sich bei Meadows findet, basiert auf der Argumentation, dass die natürlichen Ressourcen der Erde notwendigerweise endlich sein müssen und unendliches Wachstum in einer begrenzten Welt unmöglich ist. Exponentielles Wachstum gefährdet schließlich die Grundlagen des Lebens und damit die Wirtschaftsgrundlage, aus der dieses Wachstums resultiert, kurz: Das Wachstum sprengt über kurz oder lang den Rahmen der ökologischen Möglichkeiten und damit sich selbst. Dem Verbrauch natürlicher Ressourcen wird neben dem Ressourcenabbau, beispielsweise von fossilen Brennstoffen, auch die Senkefunktion der Natur zur Aufnahme von Emissionen zugerechnet. Beide Funktionen seien durch die Tragekapazität der Ökosphäre und die endlichen Vorkommen nicht-regenerativer Ressourcen begrenzt. Letzterer Effekt wird häufig im Zusammenhang mit Warnungen vor dem baldigen Aufbrauchen fossiler Brennstoffe genannt, wie dem Überschreiten der maximalen Ölfördermenge, dem Peak Oil. Daly (2008) spricht bezogen auf die Annäherung von Ressourcenausbeutung und Emissionsaufkommen an die ökologischen Grenzen von der Entwicklung von einer „leeren“ zu einer „vollen Welt“ (Daly 2008: 1).

Ein zentrales Konzept der ökologischen Wachstumskritik ist das „flow-fund-model“ des rumänischen Ökonomen Nicholas Georgescu-Roegen, der mit der Entwicklung seiner Bioökonomik in den frühen 1970er Jahren den Grundstein für die heutige ökologische Ökonomik legte (vgl. Muraca 2013: 1ff). Stark vereinfacht unterscheidet Georgescu-Roegen zwischen Beständen („stocks“), Strömen („flows“) und Fonds („funds“). Die Bestände formen den größten Teil der Inputs des heutigen Wirtschaftsprozesses bis zu ihrem Verbrauch, beispielsweise fossile Ressourcen. Bestände können in Ströme umgewandelt werden, beispielsweise mittels Verbrennung in Hitze, mit deren Hilfe sich nützliche Outputs generieren lassen, unter anderem Konsumgüter, und ungewollte bzw. nutzlose Outputs wie Abfälle und Emissionen. Die Umwandlung der Bestände in Ströme erfolgt mithilfe der Fonds, die die dazu nötigen Leistungen bereitstellen, beispielsweise natürliches Kapital in Form von regenerativen Res-

sourcen, Menschen oder Boden. Die Leistungen der Fonds sind allerdings durch die menschliche Arbeitskraft und die Regenerationszeit des natürlichen Kapitals begrenzt (vgl. Kerschner 2010: 545; Muraca 2013: 10ff; Georgescu-Roegen 1973). Kerschner fasst diesen abstrakten Zusammenhang beispielhaft zusammen:

„In a bakery, the baker (labour-fund) uses a furnace (capital-fund) to transform a flow of heat (coming from a stock e.g. coal or a land-fund e.g. wood) and flour into a flow of bread (consumer good) and ash (waste).“
(Kerschner 2010: 545)

Indem die Wachstumswirtschaft vor allem auf den kurzfristigen Verbrauch der Bestände baue, der durch Ressourcenabbau und Emissionen den regenerativen Bestand der Fonds gefährde, zerstöre sie ihre eigene Wirtschaftsgrundlage. Georgescu-Roegen war dementsprechend der Meinung, der Mensch sollte von den Leistungen der erneuerbaren Fonds leben statt von den Strömen der verbrauchbaren Bestände. Dazu sei es nicht ausreichend, das Wachstum auf dem bereits erreichten Niveau einzufrieren. Vielmehr müsse die Wirtschaft effektiv schrumpfen (vgl. Kerschner 2010: 545).

Im Anschluss an Georgescu-Roegen führt Daly (2005b) die Unterscheidung zwischen natürlichem und menschengemachtem Kapital fort. Beide Kapitalarten zusammen ergeben demnach das Gesamtkapital. Anhand dieser Unterscheidung differenziert er die Konzepte starker und schwacher Nachhaltigkeit (vgl. Daly 2005b: 103): Indem die neoklassische Theorie davon ausgehe, dass sich natürliches Kapital durch menschengemachtes ersetzen lasse und dementsprechend den Erhalt des Gesamtkapitals anstrebe, unabhängig davon, in welchem Verhältnis die beiden Kapitalsorten im Gesamtkapital aggregiert werden, verwende sie ein Konzept der *schwachen Nachhaltigkeit*. Dies bedeute letztlich, dass sich die Qualität des Gesamtkapitals nicht verändere, selbst wenn das natürliche Kapital vollständig durch menschengemachtes Kapital ersetzt und damit verbraucht würde. Aus Sicht der ökologischen Ökonomik sind die Kapitalsorten allerdings nicht substituierbar, sondern ergänzen einander, was dem Konzept der *starken Nachhaltigkeit* entspreche. Da das natürliche Kapital der begrenzende Faktor sei, sollte es allein erhalten werden (vgl. Daly 2005b: 103). Daly verdeutlicht diesen Zusammenhang mit seinem vielzitierten Beispiel der nicht substituierbaren Fischbestände:

„For example, the annual fish catch is now limited by the natural capital of fish populations in the sea and no longer by the man-made capital of fishing boats. Weak sustainability would suggest that the lack of fish can be dealt with by building more fishing boats. Strong sustainability recognizes that more fishing boats are useless if there are too few fish in the ocean and insists that catches must be limited to ensure maintenance of adequate fish populations for tomorrow’s fishers.“ (Daly 2005b: 103)

Paech erweitert das Problem der sich verschärfenden Ressourcenknappheit: Indem die Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt und die unter der Green Economy geförderten „grünen Technologien“ die Industriestaaten abhängig von Importen seltener Erden, Metallen und nach wie vor fossilen

Ressourcen mache, entwickle sich der Peak Oil immer mehr zu einem „Peak Everything“ (Paech 2014: 69).

Die ökologische Wachstumskritik verknüpft das Knappheitsproblem schließlich mit der Ablehnung technologischer Effizienzerhöhungen, die – ebenfalls eine zentrale Argumentation der Green Economy – eine Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Wachstum ermöglichen sollen. Effizienzerhöhungen werden verstanden als das Erzielen einer höheren Produktionsmenge bei gleichbleibendem Ressourceneinsatz bzw. das Erzielen einer gleichbleibenden Produktionsmenge bei sinkendem Ressourceneinsatz, kurz: mehr Output bei gleichem Input bzw. gleicher Output bei weniger Input (vgl. Paech 2014: 27).

In der Entkopplungsdebatte wird unterschieden zwischen einer relativen Entkopplung, wie sie heute bereits in geringem Umfang möglich ist, und einer idealerweise anzustrebenden absoluten Entkopplung. Dabei bedeutet eine *relative Entkopplung*, dass Effizienzmaßnahmen dazu führen, den ökologischen Schaden bzw. den Ressourcenverbrauch für jede zusätzliche Einheit des BIPs tendenziell zu verringern, beispielsweise indem die CO₂-Menge pro zusätzlichem Euro sinkt. *Absolute Entkopplung* bedeutet hingegen, dass der ökologische Schaden bzw. der Ressourcenverbrauch absolut sinkt, während das BIP weiter steigt, beispielsweise indem trotz weiteren Wachstums kein weiteres CO₂ emittiert wird (vgl. Paech 2014: 74; Meyer 2010: 168).

Letztlich sei eine absolute Entkopplung aber technisch unmöglich, „[...] weil der nötige Übergang entweder alte Strukturen entwertet oder die neuen Anlagen, wenn sie die alten nicht ersetzen, als reine Addition zusätzliche Ressourcenflüsse verursachen“ (Paech 2014: 34). Demnach bewirkt eine Steigerung der technischen Effizienz immer zusätzlichen Ressourcenverbrauch, wodurch das Wachstum weiterhin auf die Plünderung ökologischer Ressourcen angewiesen bleibe (vgl. Paech 2014: 10f). Der Versuch, dem Additionsproblem zu begegnen, indem alles Neue permanent mit der Ersetzung des Alten einhergehe, mache wiederum weiteres Wachstum unmöglich, da keine zusätzlichen Werte geschaffen würden, sondern lediglich ein einmal erreichter Zustand konstant gehalten werde (vgl. Paech 2014: 95). Letztlich sei eine absolute Entlastung der Ökosphäre bei gleichzeitigem Wachstum unmöglich, während das Wachstum eine absolute Entlastung unmöglich mache, was die Idee der absoluten Entkopplung zu einer „Absurdität“ (Paech 2014: 97) werden lasse.

Zudem sei eine Erhöhung der Faktorproduktivität historisch immer mit einer Erhöhung des Energieverbrauchs einhergegangen, da Produktivitätszuwächse nicht durch reinen Erfindergeist aus dem Nichts möglich seien, sondern eines höheren Energieeinsatzes bedürfen, wie Dampfmaschinen, Elektrifizierung oder Digitalisierung verdeutlichen. Ein weiteres Beispiel sei die Erhöhung

der Arbeitsproduktivität durch die Delegation von Arbeitsschritten an energieintensive Anlagen (vgl. Paech 2014: 34).

Ähnlich wie die Rechtfertigung des Konsumwachstums basiere das Effizienzargument letztlich auf der Fortschrittslogik der Moderne, die die ökologischen Probleme erst verursacht habe: Demnach setzt eine Problemlösung mittels Fortschritt immer eine Problemlösung durch nicht bloß bessere, sondern auch neue und unerprobte Lösungen voraus, aus denen aber ein Modernisierungsrisiko erwachse. Dieses Risiko lasse sich nur vermeiden, indem ein einmal erreichter Zustand bewusst beibehalten wird, was wiederum der modernen Fortschrittslogik zuwiderlaufe (vgl. Paech 2014: 79).

Ein weiteres Argument gegen eine absolute Entkopplung bedient sich dem sogenannten „Jevons' Paradox“ und dem daraus resultierenden Rebound-Effekt, wonach aus der effizienteren Nutzung einer Ressource eine höhere Nachfrage nach dieser Ressource folgt, da die Effizienzerhöhung neue, umfassendere Produktionsmöglichkeiten eröffne (vgl. Jevons 1965 [1865]):

„[...] as a resource becomes more efficient to use, and, therefore, more affordable, current technology will be used more or new technology will be introduced that contains more options and features. For example, efficiency increases make a resource less expensive, thus allowing more of the resource to be consumed with the same budget constraint.“ (Polimeni & Polimeni 2006: 345)

Mit zunehmender Effizienz sinken die Produktionskosten. Nutzen die Unternehmen diesen Vorteil, um im Konkurrenzkampf die Preise zu senken, steigt potenziell die Nachfrage. Daraus folgt die Möglichkeit, dass der Verbrauch der nun effizienter genutzten Produktionsfaktoren steigt. Zusätzlich besteht die Gefahr, dass die Konsument*innen die durch den niedrigeren Preis entstehenden Kosteneinsparungen zum Konsum zusätzlicher, weniger effizienter Waren nutzen, wodurch sich sogar die relative Entkopplung umkehren lasse (vgl. Paech 2014: 84f). Schließlich hätten auch „grüne Technologien“ Einkommens- und Kapazitätseffekte, die zur Erhöhung der Nachfrage führen könnten, indem die Effizienzerhöhung die Kosten senke und die aus der Investition resultierenden Einkommenszuwächse Preissenkungen ermöglichten (vgl. Paech 2014: 89).

Paech ergänzt das geläufige Verständnis des Rebound-Effekts um einen politischen Rebound-Effekt, wonach neue Technologien es Politiker*innen ermöglichen, weiteren Ressourcenverbrauch zu legitimieren, diesen aber als Ressourcenschonung darzustellen. Ein individueller Rebound-Effekt bedeute zudem, dass neue Technologien die Steigerung eines scheinbar nachhaltigen Konsums ermöglichen (vgl. Paech 2014: 90f).

Technische Effizienzerhöhungen würden letztlich nicht zur Lösung der ökologischen Probleme führen, sondern diese nur verlagern. Dies erfolge *zeitlich* mit der Entsorgung der ersten Generation „grüner Technologien“; *medial und systemisch*, indem erneuerbare Energien zwar CO₂-Emissionen senken, aber zu zusätzlichen Flächenverbräuchen führten; *räumlich*, indem die ressourcen- und

emissionsintensive Produktion nicht mehr in den Ländern der Konsument*innen stattfindet, sondern in globalen Wertschöpfungsketten organisiert werde; außerdem *materiell*, da neue Technologien zwar weniger ölabhängig seien, aber große Mengen seltener Erden verbrauchten. Zudem mangle es den erneuerbaren Energien an der Fähigkeit zur Eigenproduzierbarkeit, da Windkraft und Sonne selbst nicht ausreichend Energie lieferten, um die zu ihrer Produktion nötigen Temperaturen zu erzeugen, was den zusätzlichen Einsatz fossiler Energieträger nötig mache (vgl. Paech 2014: 81-84).

3.2 Ökonomische Wachstumsgrenzen

Eng verbunden mit den ökologischen Wachstumsgrenzen ist Dalys Konzept des unwirtschaftlichen Wachstums („uneconomic growth“), wonach weiteres Wachstum unwirtschaftlich wird, „[...] when increases in production come at an expense of resources and well-being that is worth more than the items made“ (Daly 2005b: 103), also wenn die Kosten des Wachstums dessen Nutzen übersteigen. Unwirtschaftliches Wachstum entsteht demnach aus einem Missverhältnis von positivem Nutzen

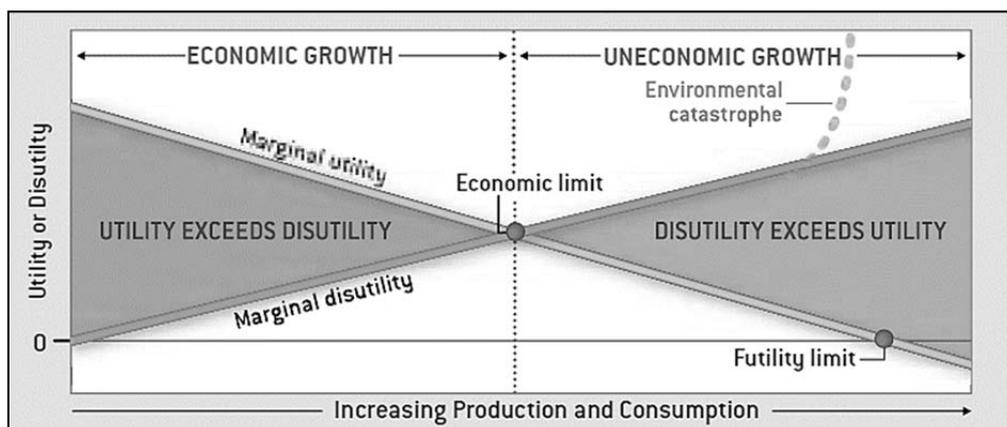


Abb. 4: Unwirtschaftliches Wachstum nach Herman Daly (übernommen aus Daly 2005b: 103, Farben geändert)

(„utility“) und negativem Nutzen („disutility“). Dabei entspricht der positive Nutzen dem Grad der Bedürfnisbefriedigung der Bevölkerung, also ihrem Wohlstand, Wohlbefinden und damit ihrem Wohlfahrtsniveau. Negativer Nutzen beschreibt die Opfer, die zur Produktions- und Konsumsteigerung aufgebracht werden müssen, wie der Einsatz der Arbeitskraft, der Verlust von Freizeit oder die Ausbeutung natürlicher Ressourcen (vgl. Daly 2005b: 103).

Daly unterscheidet zwischen positivem und negativem Grenznutzen (siehe Abbildung 4), wobei der positive Grenznutzen („marginal utility“) dem Ausmaß der Bedürfnisse entspricht, das durch den Konsum einer weiteren Einheit von Gütern oder Leistungen befriedigt wird. Unter der Voraussetzung, dass die dringendsten Bedürfnisse zuerst gestillt werden, sinkt der positive Grenznutzen mit

wachsendem Konsumniveau. Der negative Grenznutzen („marginal disutility“) ist das Ausmaß der Opfer, die für den Konsum jeder zusätzlichen Konsumeinheit erbracht werden müssen. Unter der Voraussetzung, dass die am leichtesten zu verkraftenden Opfer zuerst erbracht werden, steigt der negative Grenznutzen mit zunehmendem Konsum (vgl. Daly 2005b: 103).

Das Gleichgewicht beider Grenznutzen stellt das optimale Konsumniveau dar. Der Nettonutzen ist hier am größten („economic limit“). Wächst das Konsumniveau darüber hinaus, übersteigt der negative den positiven Nutzen, die Gesellschaft verliert durch den Konsum mehr, als sie an Nutzen hinzugewinnt, und das Wachstum von Konsum und Produktion wird unwirtschaftlich. Die Grenze der Nutzlosigkeit („futility limit“) beschreibt diesen Zusammenhang. Eine mit Überschreiten des Gleichgewichtspunkts ausgelöste ökologische Katastrophe, beispielsweise in Folge des Klimawandels, kann zu einer extremen Zunahme des negativen Nutzens führen, was allerdings nicht zwingend von der Überschreitung der Nutzlosigkeitsgrenze abhängig, sondern schon vorher möglich ist (vgl. Daly 2005b: 103).

Durch den technologischen Fortschritt können sich die Verhältnisse ändern bzw. die verschiedenen Grenzen können verschoben werden, sodass weiteres Wachstum möglich wird, bevor der negative Nutzen überwiegt (vgl. Daly 2005b: 103). Mit Blick auf die Vergangenheit ist Daly diesbezüglich allerdings skeptisch:

„It is not safe to assume, however, that new technology will always loosen limits. For example, discovery of the ozone hole and global warming, both consequences of new technologies, changed the graph [Abb. 4, Anm. d. Verf.] as we knew it, shifting the marginal disutility line upward, moving the economic limit to the left and constraining expansion.“ (Daly 2005: 103)

Jenseits des ökologischen Kontexts identifiziert Binswanger innere ökonomische Wachstumsschranken, die sich aus der Diskrepanz zwischen der globalisierten Wirtschaft und der Aufteilung des Geldes in nationale Währungen ergeben. Demnach befinden sich die Wechselkurse nur vorläufig in einem Gleichgewicht, was sich durch „[...] Umschichtungen, die sich im globalen Wachstumsprozess mit der Zunahme der Verschuldung zwischen den Staaten und der Zunahme der öffentlichen Verschuldung innerhalb der Staaten vollzieht [...]“ (Binswanger 2009: 372) schnell ändern könne. Verstärkt werde dies durch Spekulationsblasen, insbesondere weil sich die Menge des fluktuierenden Geldes in Folge der unbegrenzten Geldschöpfung ständig vergrößere. Das immer wiederkehrende Platzen von Spekulationsblasen führe regelmäßig zur Destabilisierung des Wachstumsprozesses und gefährde somit weiteres Wachstum (vgl. Binswanger 2009: 372).

An diese Argumentationslinie schließt Harvey an: Bis zur Krise 2008 sei der größte Teil des Wirtschaftswachstums aus eben solchen Spekulationsblasen entstanden. Vor wie nach der Krise sei immer mehr Kapital in der Hoffnung auf Renten, Zinsen und Lizenzgebühren in geistige Eigentumsrech-

te und Vermögenswerte investiert worden statt in die Produktion (vgl. Harvey 2015: 281). Der Kapitalstrom in derartige Bereiche bedeute einen Wertanstieg von Immobilien, Rohstoffen, Obligationen, Kunstobjekten und ähnlichem, während das zusätzliche Geld aus der Geldschöpfung in neue Anlagemärkte innerhalb des Finanzsystems fließe. Davon profitierten vor allem unproduktive Rentiers, die dadurch ausschließlich von den Erträgen ihrer Vermögenswerte leben könnten, also ihr Kapital nicht zu Produktion von Werten einsetzten (vgl. Harvey 2015: 285). Die laufende Erfindung neuer und immer komplexerer Finanzinstrumente und -produkte diene nur vorgeblich dazu, die entstehenden Risiken zu verteilen, und führe vielmehr zu ihrer Verschärfung, da die Konstruktion dieser Instrumente kurzfristiges Handeln fördere, weitere Spekulationen ermögliche und eine der Ursachen für die Entstehung der Krise gewesen sei: „Das war fiktives Kapital, das noch mehr fiktives Kapital erzeugte und von ihm profitierte“ (Harvey 2015: 280). Angesichts der Unübersichtlichkeit der Kapitalströme würden verlässliche Aussagen über reale Werte schließlich unmöglich, was wiederum zu weiteren Spekulationsblasen, Krisen und mit der daraus resultierenden Destabilisierung der produktiven Wirtschaft zur Gefährdung des Wachstums führe (vgl. Harvey 2015: 280).

Eine weitere Grenze sieht Harvey in der Schaffung neuer und der Ausweitung bestehender Märkte mittels Privatisierung und Kommodifizierung der Gesellschaft: Demnach bleiben infolge der neoliberalen Privatisierungsstrategie mittlerweile kaum nicht-kommodifizierte Bereiche übrig, sodass dieser Prozess vermutlich nicht ausreiche, um das gesamte exponentielle Wachstum aufzunehmen. Sei erstmal alles kommodifiziert, müsse die Expansion notwendigerweise zu einem Ende kommen (vgl. Harvey 2015: 273f).

Zudem sei es langfristig unmöglich, das notwendige Gleichgewicht von Produktion und Realisierung aufrechtzuerhalten, da die Gesamtnachfrage durch Löhne und Einkommen begrenzt sei und in den letzten vierzig Jahren bereits auf Basis privater und öffentlicher Verschuldung unterstützt werden musste (vgl. Harvey 2015: 283f). Auch die Verkürzung der Umschlagsdauer von Konsumgütern zur Nachfrageerzeugung sei physisch begrenzt. Zur Umgehung dieser Grenzen würden Produktion und Konsum insbesondere in den Industriestaaten von materiellen Gütern zu nur scheinbar immateriellen Inszenierungen und Spektakeln verlagert, was aber ohne eine entsprechende physische Infrastruktur genauso unmöglich sei wie jede andere Produktion. Von Immaterialität könne also keineswegs gesprochen werden (vgl. Harvey 2015: 275, 282). Unter anderem mithilfe der sozialen Medien werde die Konsument*in zugleich zur Produzent*in gemacht, die zwar nach wie vor das von anderen geschaffene Spektakel konsumiere, durch die Mediennutzung aber selbst Spektakel produziere, das wiederum von anderen konsumiert und zur Produktion weiteren Spektakels eingesetzt wird. Letztlich werde dadurch vor allem Zeit verbraucht, die ihrem Wesen nach begrenzt sei (vgl. Harvey 2015: 275).

Ein unbegrenztes exponentielles Wachstum, das nur noch durch fiktives Kapital, eine unbegrenzte Geldschöpfung und den Konsum von wechselseitig produziertem Spektakel am Leben erhalten werden und eine konstante Steigerung des materiellen Konsums zur Wertrealisierung unnötig machen soll, sei angesichts der Voraussetzung einer physischen Infrastruktur und der Begrenztheit der Zeit unmöglich aufrechtzuerhalten (vgl. Harvey 2015: 282). Eine Wirtschaft auf Basis von Phantasie und Einbildung müsse schließlich scheitern, indem die Kapitalakkumulation sich abschwäche, während Spekulationsblasen den lahmen Wachstumsprozess immer weiter destabilisieren (vgl. Harvey 2015: 283).

3.3 Soziale und kulturelle Wachstumsgrenzen

Die sozial und kulturell begründete Wachstumskritik bezieht sich auf den unerfüllten Wohlfahrtsanspruch des Wachstums und weniger auf die strukturell vorhandenen Wachstumsgrenzen der ökologischen und ökonomischen Wachstumskritik. Demnach gehen Einkommenssteigerungen und Konsumwachstum nicht automatisch mit stärker empfundenem Glück oder einer Erhöhung der Lebenszufriedenheit einher. Die Annahme „je mehr, desto glücklicher“ wird aus dieser Perspektive abgelehnt (vgl. Røpke 2010: 111).

Zur Stützung dieses Arguments wird häufig das sogenannte „Easterlin-Paradox“ (Demaria et al. 2013: 197) angeführt. In seiner ersten Studie zum Zusammenhang von subjektivem Wohlbefinden (SWB) – Glück und Lebenszufriedenheit werden darunter zusammengefasst – und absolutem Einkommen fand Richard Easterlin (1974) heraus, dass das SWB nicht unbegrenzt mit dem Wachstum des Pro-Kopf-BIPs ansteige, sondern ab Erreichen einer Suffizienzgrenze, mit der die Grundbedürfnisse weitestgehend gedeckt sind, stagniert. Eine weitere Steigerung des SWB sei danach nur noch mittels relativer Einkommenszuwächse, also im Vergleich zu anderen, möglich. Demnach können gleichverteilte absolute Einkommenszuwächse jenseits der Suffizienzgrenze keine weitere Steigerung des SWB herbeiführen (vgl. Easterlin 1974; Daly 2008: 10). Eine aktuellere Studie (Easterlin & Sawangfa 2009) verdeutlicht dieses Ergebnis anhand der Wachstumsraten verschiedener Schwellenländer. So haben sich die realen Einkommen, abgeleitet aus dem Wachstum des Pro-Kopf-BIPs, in China in weniger als zehn Jahren verdoppelt. Dasselbe sei in Chile innerhalb von 13 Jahren und in Südkorea innerhalb von 18 Jahren zu beobachten gewesen. Das SWB sei jedoch in allen Fällen weitestgehend unverändert geblieben oder sogar leicht gesunken (vgl. Easterlin & Sawangfa 2009: 24f). Easterlin & Sawangfa führen dies unter anderem darauf zurück, dass sich mit dem Wachstum des Pro-Kopf-BIPs nicht nur der objektive Lebensstandard verbessere, sondern auch die Standards zu dessen Bewertung angeho-

ben würden. Die Wirkung des höheren Lebensstandards auf das SWB würde also von steigenden Ansprüchen untergraben. Selbiges gelte für die Wahrnehmung von finanzieller Sicherheit gegenüber objektiven Vermögenssteigerungen (vgl. Easterlin & Sawangfa 2009: 25).

Wie Paech ausführt, ist die Lebenszufriedenheit nicht nur von materiellen Gütern und relativen sozialen Positionen bestimmt, sondern auch von „[...] zwischenmenschlichen Beziehungen, der Integrität des sozialen Umfelds, Anerkennung eigener Fähigkeiten, Selbstwirksamkeit, Gesundheit, Sicherheit sowie [...] einer als intakt empfundenen Umwelt [...]“ (Paech 2014: 126). Um diese Potenziale auszuschöpfen, werde Zeit benötigt, deren absolute Verfügbarkeit sich, wie schon bei Harvey genannt, aber nicht steigern lasse. Selbiges gelte auch für das Problem, dass zur Finanzierung des immer höheren materiellen Lebensstandards die Erwerbsarbeitszeit ständig zunehmen müsse. Letztlich herrsche Zeitknappheit, die angesichts der Anhäufung von immer mehr materiellen Gütern dazu führe, dass die Kapazitäten der Konsument*innen, die Konsumgüter zu nutzen und zu genießen, überschritten werden. Zeitknappheit und Konsumzwang mündeten schließlich in Stress und der Minderung von Glück und Lebenszufriedenheit (vgl. Paech 2014: 126-130). Darüber hinaus führe die Konsumabhängigkeit zu Existenzangst: Indem das Konsumniveau ständig ansteigen müsse, vergrößere sich mit jedem Anstieg die Fallhöhe bei einem Kollaps, sodass zu Zeitknappheit und Konsumstress durch den Fortschritts- und Wachstumsglauben noch die Beschränkung der individuellen Freiheit hinzukomme (vgl. Paech 2014: 66f).

Wilkinson & Pickett (2010) kommen zu dem Schluss, dass das Glück in wohlhabenden Ländern statt von Einkommenssteigerungen vielmehr vom möglichst geringen Ausmaß sozialer Ungleichheit bestimmt werde. Statt „je mehr, desto glücklicher“ gilt demnach also „je gleicher, desto glücklicher“ – je geringer die soziale Ungleichheit, umso größer das empfundene Glück (vgl. Røpke 2010: 111).

Harvey argumentiert, dass große soziale Ungleichheiten historisch häufig Vorboten makroökonomischer Krisen seien, was unter anderem an der Schwierigkeit liege, Produktion und Realisierung in ein Gleichgewicht zu bringen, wenn die Realisierung von der Laune der Reichen abhängt, statt von den berechenbaren Bedürfnissen der Arbeiter*innen. Mit Blick auf die Entwicklung der Ungleichheit identifiziert Harvey eine Doppelbewegung: In den letzten 40 Jahren habe sich das Wohlstandsniveau zwischen den Staaten angenähert, die Unterschiede zwischen den Individuen seien hingegen gewachsen (vgl. Harvey 2015: 200f).

Eine aktuelle Oxfam-Studie (2014) verdeutlicht die wachsende Ungleichheit, die innerhalb der Länder das Resultat der Umverteilung von unten nach oben sei: Demnach befindet sich annähernd die Hälfte der globalen Vermögen in Besitz von nur 1% der Weltbevölkerung. Der Reichtum dieser reichsten 1% wird auf 110 Billionen US-Dollar geschätzt, was dem 65-Fachen des Vermögens der unteren Hälfte

der Weltbevölkerung entspreche, die sich wiederum teilen müsse, was die 85 reichsten Personen der Welt allein besäßen. Sieben von zehn Menschen leben in Ländern, in denen sich die Ungleichheit in den letzten 30 Jahren vergrößert habe. Zudem seien in den USA 95% des BIP-Wachstums, das seit 2009 nach dem Ausbruch der Krise erwirtschaftet wurde, den reichsten 1% der dortigen Bevölkerung zugeflossen, während die unteren 90% ärmer geworden seien (vgl. Oxfam 2014: 2f).

Selbst eine Studie des IWF kommt zu dem Schluss, dass die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung eine Gefahr für weiteres wirtschaftliches Wachstum darstellt und letzteres nicht dazu beitrage, die Situation armer Bevölkerungsteile oder der Mittelklasse zu verbessern, deren Kaufkraft für weiteres Wachstum aber dringend benötigt werde (vgl. Dabla-Norris et al. 2015: 4):

„Our analysis suggests that the income distribution itself matters for growth as well. Specifically, if the income share of the top 20 percent (the rich) increases, then GDP growth actually declines over the medium term, suggesting that the benefits do not trickle down. In contrast, an increase in the income share of the bottom 20 percent (the poor) is associated with higher GDP growth.“ (Dabla-Norris et al. 2015: 4)

Ursachen der Ungleichheit sehen die Autoren im technologischen Fortschritt, dem steigenden Bedarf an hochqualifizierten Arbeitskräften, der Deregulierung der Arbeitsmärkte und globalen Produktionsverlagerungen (vgl. Dabla-Norris et al. 2015: 4).

Harvey sieht in der Ungleichheit die Gefahr eines Ungleichgewichts von Produktion und Realisierung, das in eine Nachfragekrise führen könne, durch die schließlich die Kapitalzirkulation blockiert und weitere Kapitalakkumulation verhindert werde (vgl. Harvey 2015: 207). Zudem förderten Ungleichheiten soziale Unzufriedenheit und gesellschaftliche Spannungen, die bei ihrer Entladung die wirtschaftliche Stabilität und damit das Wachstum gefährden könnten (vgl. Harvey 2015: 207). Oxfam teilt diese Auffassung (vgl. Oxfam 2014: 3).

Wie Piketty (2014) demonstriert, kommt der Vermögensverteilung bei der Entstehung und Verfestigung sozialer Ungleichheit besondere Bedeutung zu:

„Wenn die Kapitalrendite deutlich über der Wachstumsrate liegt [...], dann bedeutet das automatisch, dass sich die ererbten Vermögen schneller vergrößern als Produktion und Einkommen. Die Erben müssen also nur einen kleinen Teil ihrer Kapitaleinkommen sparen, damit ihr Kapital schneller wächst als die Gesamtwirtschaft.“ (Piketty 2014: 46)

Daran schließt Harveys kontinuierliche Kritik an den unproduktiven Rentiers an: Übersteige das Finanzkapital dauerhaft das Industriekapital, werde der Prozess der Kapitalzirkulation krisenanfälliger. Indem das produktive Industriekapital dem neuen, aggressiveren Finanzkapital untergeordnet werde, entspreche der Umfang des akkumulierten Kapitals nicht mehr der tatsächlichen Produktion, woraus wiederum Spannungen zwischen Produktion und Realisierung entstehen, die, sollte irgendwann überhaupt niemand mehr produzieren, das gesamte kapitalistische System gefährden könnten.

Harvey warnt zudem vor der Entstehung einer Plutokratie aus Nicht-Produzierenden, die ihre Macht unter anderem darauf gründen, dass sich ihre Geldvermögen aufgrund der schwierigeren Messbarkeit weniger einfach umverteilen lassen als die Einkommen. Durch die enge Verknüpfung von politischer Macht und Vermögensverteilung (vgl. Harvey 2015: 201) werde die Einflussnahme im Sinne persönlicher Profitinteressen erleichtert. Die Oxfam-Studie bestätigt diesen Zusammenhang:

„The impact of political capture is striking. Rich and poor countries alike are affected. Financial deregulation, skewed tax systems and rules facilitating evasion, austerity economics, policies that disproportionately harm women, and captured oil and mineral revenues are all examples [...].“ (Oxfam 2014: 3)

3.4 Demografische Wachstumsgrenzen

Die demografisch begründete Wachstumskritik lässt sich unterteilen in einen neo-malthusianischen Argumentationsstrang und eine Perspektive, die die Folgen des demografischen Wandels für die Verfügbarkeit von Arbeitskräften in den Mittelpunkt stellt.

Die neo-malthusianische Argumentation bezieht sich auf Malthus' *Bevölkerungsgesetz* (1798), das mittlerweile als widerlegt gilt (vgl. Binswanger 2010: 77). Malthus zufolge kann die Nahrungsmittelproduktion nicht mit dem Bevölkerungswachstum mithalten, sodass ein gesteigerter Arbeits- und Kapitalaufwand auf einer Bodenfläche irgendwann zu sinkenden Produktionssteigerungen führen muss. Die Wachstumsgrenze ist hier also die Nahrungsmittelversorgung (vgl. Binswanger 2010: 77f). Wie alle Arten von Lebewesen habe auch die menschliche Bevölkerung die Tendenz, exponentiell anzuwachsen, während die landwirtschaftliche Nahrungsmittelerzeugung sich höchstens linear steigern lasse. Die rückläufigen Einkünfte der Landwirtschaft vergrößern demnach die Lücke zwischen Bevölkerungswachstum und Nahrungsmittelangebot, wodurch der Bevölkerungsdruck auf die natürlichen Ressourcen zunehme. Malthus prognostizierte dementsprechend Hunger, Armut, Epidemien und Krieg, die das Bevölkerungswachstum schließlich auf die natürliche Tragkapazität der Erde zurückführen würden (vgl. Malthus 1798: II). Als dieser Zustand nicht eintrat, erweiterte er sein Modell um bestimmte demografische Verhaltensweisen der „moralischen Zurückhaltung“ (Harvey 2015: 266), unter anderem ein höheres Heiratsalter oder sexuelle Enthaltbarkeit, wodurch sich das exponentielle Bevölkerungswachstum reduzieren aber nicht aufhalten lasse (vgl. Harvey 2015: 266f). In den USA und Europa sank das Bevölkerungswachstum allerdings nicht durch Hungersnöte, sondern wegen der mit wachsendem Wohlstand einhergehenden freiwilligen Reduktion der Kinderzahl. Andernorts wuchs die Bevölkerung hingegen trotz Unterernährung (vgl. Binswanger 2010: 79). Letztlich hatte Malthus die Industrialisierung der Landwirtschaft und die umfangreiche Urbarmachung unpro-

duktiven Landes – insbesondere in Amerika – vernachlässigt, wodurch die Nahrungsmittelerzeugung mit dem Bevölkerungswachstum mithalten konnte (vgl. Harvey 2015: 267).

Kerschner (2010) wendet sich gegen die Auffassung, Malthus' Bevölkerungsgesetz sei historisch widerlegt worden. Vielmehr sei sein Effekt durch die Ausbeutung fossiler Ressourcen lediglich aufgeschoben worden, durch die nach wie vor eine Landwirtschaft ermöglicht werde, die weniger Kalorien in Nahrungsmitteln produziere, als sie fossile Energie zur ihrer Produktion einsetze. Sobald diese Substitution mangels Ressourcen nicht mehr möglich sei, bestehe durchaus die Gefahr, dass Malthus' Annahmen doch noch einträten (vgl. Kerschner 2010: 546). Er vergleicht die Ablehnung dieser Möglichkeit mit der Argumentation, die Reserven nicht-erneuerbarer Energieträger könnten niemals aufgebraucht werden, schließlich sei dies in der Vergangenheit noch nie passiert. Eine häufig genannte Grundlage der demografisch begründeten Wachstumskritik ist die folgende Gleichung, mit der die maximale Bevölkerungstragekapazität der Erde als der maximale Effekt (I) bestimmt wird, den die Bevölkerung auf die Erde hat:

$$I = P \times A \times T$$

(Kerschner 2010: 546)

Dieser Effekt ergibt sich aus dem Produkt von Bevölkerungszahl (P), menschlichem Wohlstand bzw. Ressourcenkonsum (A) und verursachten ökologischen Schäden (T). Demzufolge lässt sich (I) bei wachsender Bevölkerungszahl nicht reduzieren, selbst wenn es gelänge, den Ressourcenkonsum mittels Suffizienz oder Sparsamkeit und die ökologischen Schäden mithilfe des technologischen Fortschritts und umweltbewusstem Verhalten zu minimieren. Die logische – und ethisch hochproblematische – Konsequenz dieser Argumentation ist also nicht nur, dass wirtschaftliches Wachstum ökologisch begrenzt sein muss, sondern auch, dass die Weltbevölkerung zum Erhalt ihrer Lebensgrundlage langfristig zu stabilisieren sei (vgl. Kerschner 2010: 546; siehe auch Kapitel 4.2.1).

Ohne sich der neo-malthusianischen Argumentation anschließen zu wollen, räumt Harvey ein, es sei durchaus richtig, dass bei exponentiell wachsender Bevölkerung die Wirtschaft ebenso schnell wachsen müsse, um den erreichten Lebensstandard zu halten (vgl. Harvey 2015: 267). Exponentielles Bevölkerungswachstum sei heute aber nicht mehr der Fall. Ein Bevölkerungswachstum von mehr als 3% lasse sich heute nur noch in Afrika, Südasien und dem Nahen Osten beobachten. Die Bevölkerungsentwicklung in Osteuropa sei dagegen negativ. Lediglich geringes bis gar kein Bevölkerungswachstum finde sich in Japan und großen Teilen Europas, woraus die bekannten Folgen des demografischen Wandels für die Altersstruktur und das Verhältnis von Erwerbstätigen zum zu versorgenden Bevölkerungsanteil resultieren (vgl. Harvey 2015: 267f).

In der Frühgeschichte des Kapitalismus habe die Kapitalakkumulation vom starken Bevölkerungswachstum und einem Überschuss noch nicht verstädterter Lohnarbeiter*innen profitiert. Das Bevölkerungswachstum ab dem 17. Jahrhundert könnte möglicherweise als Voraussetzung der Kapitalakkumulation betrachtet werden (vgl. Harvey 2015: 268). Gordon nennt dies die „demographic dividend“ (Gordon 2012: 16). Nach 1945 habe der Zustrom von Frauen in die Arbeitswelten Nordamerikas und Europas diese Entwicklung fortgesetzt, was aber ein einmaliges Ereignis gewesen und nicht wiederholbar sei. Von 1980 bis 2009 sei wiederum eine massive Zunahme der Gesamtzahl der globalen Arbeitskräfte um annähernd 1,2 Milliarden zu beobachten gewesen, hauptsächlich in Indien und China (vgl. Harvey 2015: 268).

Heute allerdings löse sich die Beziehung von Kapitalakkumulation und Bevölkerungswachstum langsam auf. Das Bevölkerungswachstum flache ab oder gehe gegen Null. An vielen Orten werde diese Differenz von Migrationsströmen aufgefüllt, was häufig zu Konflikten führe (vgl. Harvey 2015: 268). In der Folge beginne die Nachfrage nach Arbeitskräften das Arbeitskräfteangebot zu übersteigen, sodass weiteres Bevölkerungswachstum als verlässlicher Faktor zur Steigerung des Wirtschaftswachstums entfalle (vgl. Harvey 2015: 296). Dieser Effekt dürfte sich um das Jahr 2030 noch verschärfen, sobald die ab 1980 hinzugekommenen Arbeitskräfte aus dem Erwerbsleben ausscheiden, was angesichts des technologischen Wandels, durch den geringqualifizierte Arbeitskräfte zunehmend überflüssig würden, wiederum keine grundsätzlich schlechte Entwicklung sei (vgl. Harvey 2015: 269).

4. Der Postwachstumsdiskurs

Wie die Argumente der Wachstumskritik deutlich machen, muss eine einseitige Ausrichtung von Ökonomie und Gesellschaft auf wirtschaftliches Wachstum nicht gleichbedeutend mit der Sicherung gesellschaftlicher Wohlfahrt sein. Vielmehr scheint die kapitalistische Wachstumsorientierung immer häufiger die ihr zugeschriebenen Ziele zu verfehlen und ihre Wirtschafts- und Legitimationsgrundlage angesichts gravierender sozialer und ökologischer Schäden zu gefährden. Es stellt sich folglich die Frage, ob ein derartig organisiertes Wirtschaftssystem zur nachhaltigen Bedürfnisbefriedigung noch wünschenswert ist und welche Alternativen denkbar sind. Wer stellt sich dem Wachstumsparadigma entgegen?

Der Begriff Postwachstum bezeichnet einen wachstumskritischen Diskurs, unter dessen Dach sich ein breites Spektrum von Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepten, Lebensentwürfen und Organisationsformen sammelt, deren gemeinsames Ziel es ist, gesellschaftliche Wohlfahrt unabhängig vom Zwang zu exponentiellem Wachstum zu gewährleisten. Die Bedeutung von gesellschaftlicher Wohlfahrt entspricht dabei in der Regel nicht dem ökonomistischen Verständnis der Neoklassik. Im Mittelpunkt steht vielmehr häufig die Notwendigkeit eines Wertewandels, durch den soziale, kulturelle und nicht-monetäre Lebensbereiche aufgewertet werden, um eine Abkehr vom Wachstumsparadigma zu ermöglichen.

Unter Postwachstum wird hier also ein Zustand jenseits der Zwänge des Wachstumsparadigmas verstanden. Anders als der Begriff zunächst suggerieren mag und wie im Anschluss deutlich werden wird, muss dieser Zustand nicht zwingend ein Zustand ohne bzw. „nach“ dem Wachstum sein.

Im Rahmen der folgenden Analyse dient Postwachstum als ein möglichst eindeutiger Überbegriff für die Gesamtheit aller Diskursperspektiven, die eine wachstumskritische Haltung einnehmen und nach alternativen Organisationsformen eines Wirtschafts- und Gesellschaftssystems ohne Wachstumsorientierung suchen. Die Verwendung dieses Begriffs leitet sich aus dessen Verbreitung im deutschen Sprachraum ab und ist von dem von Niko Paech entwickelten Konzept der Postwachstumsökonomie abzugrenzen, das in der folgenden Diskursübersicht der wachstumsneutralen Perspektive zugeordnet wird. International ist der englische Überbegriff Degrowth geläufiger. Da dieser Begriff wiederum eine eigenständige Diskursperspektive bezeichnet und damit nicht weniger irreführend wäre, wird er als Überbegriff ebenfalls vermieden. Die Systematisierung des Postwachstumsdiskurses⁸ nach den

⁸ Die Systematisierung ist das Ergebnis einer umfangreichen Literaturrecherche. Die Recherche erfolgte überwiegend online mithilfe der Suchfunktionen von Web of Science, ScienceDirect, GoogleScholar, dem Gemeinsamen Verbundkatalog (GVK) des Gemeinsamen Bibliotheksverbund (GBV), dem Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK), dem Katalog der Staats- und Univer-

Diskursperspektiven Wachstumsreduktion, Wachstumsneutralität und Degrowth basiert auf dem Grad, zu dem diese Wirtschaftswachstum als Mittel zur Erreichung gesellschaftlicher Wohlfahrt ablehnen, schließt also inhaltlich an die vorangegangene Darstellung der Wachstumskritik an. Der Grad der Ablehnung lässt sich zugleich als Maß für die Radikalität interpretieren, mit der die Diskursperspektiven mit dem Wachstumsparadigma brechen. Diese Radikalität wird schließlich von der Qualität der Instrumente und Maßnahmen bestimmt, die auf die Überwindung des Wachstumsparadigmas abzielen und aus denen das anschließend zu untersuchende Verhältnis zum kapitalistischen System folgt.

Die Auswahl der hier behandelten Diskursvertreter*innen erfolgte unter der Maßgabe, ein möglichst vollständiges Bild dieses vielfältigen Diskurses zu zeichnen und zugleich ein gewisses Maß der Handhabbarkeit für die Analyse zu wahren. Wachstumsreduktion und Wachstumsneutralität basieren mit Hans Christoph Binswanger, Herman Daly und Niko Paech auf drei zentralen Diskursvertretern, deren Konzepte große Alleinstellungsmerkmale aufweisen und anderen – hier bewusst nicht aufgenommenen – Diskursvertreter*innen der Orientierung dienen. Aufgrund ihrer Unübersichtlichkeit wird die Degrowth-Perspektive dagegen so vollständig wie möglich abgebildet.

Im Folgenden werden diese drei Perspektiven zunächst entsprechend ihres Grades der Ablehnung von Wirtschaftswachstum charakterisiert und Bezüge zu den Argumentationslinien der Wachstumskritik hergestellt. Daran schließt jeweils eine Darstellung der jeweils vorgeschlagenen Instrumente, Maßnahmen und Wirtschafts- und Gesellschaftsvorstellungen an. Zuletzt werden die Diskursperspektiven anhand zentraler Inhalte gegenübergestellt, um gemeinsame übergeordnete Prinzipien zu identifizieren. Ziel ist es, ein möglichst systematisches Bild des Postwachstumsdiskurses zu erhalten, das sich zur anschließenden Untersuchung des Verhältnisses von Postwachstum und kapitalistischem System handhabbar operationalisieren lässt.

4.1 Wachstumsreduktion

Binswanger nimmt gegenüber dem Wachstumsparadigma eine reformorientierte Position ein, die nicht darauf abzielt, weiteres Wachstum zu verhindern oder auf eine Schrumpfung der Wirtschaft, also negatives Wachstum, hinzuwirken, sondern das Wachstum auf ein verträgliches Maß zu reduzieren und zu qualifizieren. Ziel ist die Senkung der Wachstumsrate auf ein Niveau, auf dem das Wachstum nicht mehr zu spekulativen Blasen führt und die Steigerung der Produktionsmenge nicht mehr

sitätsbibliothek Bremen (SuUB), der Stadtbibliothek Bremen sowie einer Vielzahl weiterer Kataloge nationaler und internationaler Bibliotheken und wissenschaftlicher Journals.

die aus Binswangers Sicht erreichbare Senkung des Ressourcenverbrauchs überholt und aufhebt (vgl. Binswanger 2010: 10, 12).

Binswanger ist der Auffassung, die moderne Wirtschaft sei ohne wirtschaftliches Wachstum nicht funktionsfähig. Das Wachstum in seinen heutigen Ausmaßen führe in einer endlichen Welt jedoch zu ökologischen und sozialen Kollateralschäden, die schließlich den durch das Wachstum erst geschaffenen Wohlstand selbst gefährdeten (vgl. Binswanger 2006: 263, 265f). Eine Mäßigung bzw. Reduktion der Wachstumsrate auf ein zum Systemerhalt notwendiges Minimum könne Wachstum und Nachhaltigkeit vereinen, ohne eine systemgefährdende Schrumpfung der Wirtschaft zu provozieren. Dabei setzt er an der Geldschöpfung an, die das scheinbar unbegrenzte Wachstum möglich mache. Die Logik der Wachstumsspirale bedeute aber zugleich den Zwang, eine minimale Wachstumsrate nicht zu unterschreiten. Binswanger versucht, diese Grenze für die Weltwirtschaft zu berechnen.

Die minimale Wachstumsrate werde bestimmt von der minimalen Gewinnrate der Unternehmen, zu der sich das Risiko des Kapitaleinsatzes für Aktionär*innen und Banken noch decken lasse. Bei Unterschreitung drohe die Wirtschaft zu schrumpfen. Eine zumindest gleichbleibende Gewinnrate sei nur möglich, wenn die Gewinne der Unternehmen proportional zum Kapitaleinsatz steigen. Die Erhöhung des Kapitaleinsatzes in einer Periode bedeute einen Zuwachs des Produktangebots in der nächsten Periode. Dieser Zuwachs lasse sich nur mit Gewinn verkaufen, wenn das Kapital der Unternehmen in der folgenden Periode wiederum steige, um die Produktionsleistungen der Haushalte nachzufragen und die Produktion weiter anzukurbeln. Der Zuwachs des Kapitals und damit auch die Geldschöpfung müssen ausreichend hoch sein, um die Einkommen der Haushalte und die Dividenden der Aktionär*innen so zu erhöhen, dass die Nachfrage der Haushalte mit dem Zuwachs des Produktangebots gleichziehe. „Das heisst, durch den Geld- und Kapitalzuwachs von heute muss sich der Geld- und Kapitalzuwachs von gestern rechtfertigen“ (Binswanger 2009: 368).

Gelinge dies nicht, sinke die Gewinnrate und schwäche damit den Anreiz für Aktionär*innen und Banken, in Erwartung zukünftiger Gewinne zusätzliches Geld als Kapital zur Verfügung zu stellen, wodurch die Gewinnrate weiter sinken müsse. Sobald sie das Minimum unterschreite, ab dem das Risiko des Kapitaleinsatzes für die Kapitalgeber*innen nicht mehr gedeckt werden könne, reduzieren die Aktionär*innen und Banken ihren Kapitaleinsatz bzw. kündigen ihre Kredite, sodass die Wirtschaft effektiv schrumpfe (vgl. Binswanger 2009: 369).

Zur Bestimmung der minimal nötigen Wachstumsrate sei zu berücksichtigen, dass die Unternehmen ihre Zinsen bei den Banken mittels ihres dortigen Sichtguthabens bezahlen, was in einem Geldschwund resultiere, der wiederum weiteres Wachstum und damit weitere Geldschöpfung nötig mache. Durch die Zahlung der Zinsen reduziere sich das Sichtguthaben des Unternehmens, also das bei

der Kreditaufnahme von der Bank geschaffene Buchgeld. Da das Sichtguthaben Geld sei, verringere sich dadurch die Geldmenge in dem Umfang, wie die Bank die Zinseinnahmen zur Erhöhung ihres Eigenkapitals und nicht zur Aufrechterhaltung ihrer allgemeinen Banktätigkeit verwende. Da das Eigenkapital der Bank selbst kein Geld mehr darstelle, entspreche diese Umbuchung von Sichtguthaben (Geld) in Eigenkapital der Bank (kein Geld) einer Reduktion der Geldmenge. Dieser Geldschwund müsse durch weitere Kredit- und Geldschöpfung ausgeglichen werden, um die Wachstumsspirale und mit ihr das reale Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten (vgl. Binswanger 2009: 369).

Der wahre Grund für das Wachstumsparadigma liege also jenseits geläufiger Begründungen, wie der Finanzierung des Sozialsystems oder ähnlichem, sondern in der Funktionsweise der Wirtschaft selbst, die in ihrer heutigen kapitalistischen Form auf Wachstum ausgerichtet sei. Dabei gehe es allerdings nicht darum, eine möglichst hohe, sondern eine minimal notwendige globale Wachstumsrate aufrechtzuerhalten (vgl. Binswanger 2009: 371). Ein Nullwachstum sei dementsprechend nicht mehr möglich:

„[...] der Wachstumsprozess kann, wenn er einmal begonnen hat, nicht einfach in eine stationäre Wirtschaft mit Null-Wachstum einmünden, es sei denn nach einer Regression in Richtung einer einfachen Selbstversorgungs- und Tauschwirtschaft. Ein blosses Beharren auf dem einmal Erreichten, eine Sättigung, ist in der modernen Wirtschaft, wie sie sich historisch entwickelt hat, nicht (mehr) möglich. Sie steht vielmehr ständig – in jedem ‚heute‘ – vor der Alternative: Wachstum oder Schrumpfung [...]“ (Binswanger 2006: 263)

Binswanger führt schließlich Annahmen über die langfristige Zinsentwicklung, das Fremd- und Eigenkapitalverhältnis und die Höhe der minimalen Gewinnrate zusammen und berechnet eine reale minimale Wachstumsrate der Weltwirtschaft von 1,8% (vgl. Binswanger 2009: 370).

Das Modell behandelt die Welt als einen einzigen Währungsraum. Da sich Kapital heute weltweit investieren lasse und sich örtlich unterschiedliche Wachstumsraten ausgleichen, sei eine globale Wachstumsrate – der weltweit gewichtete Durchschnitt der Wachstumsraten der Länder – der einzig sinnvolle Indikator (vgl. Binswanger 2009: 345, 370).

Allerdings liege die tatsächliche reale Wachstumsrate der Weltwirtschaft seit langem über dem ermittelten Minimum. Mittlerweile sei das Wachstum des Wohlstands in Form realer Güter durch ökologische und soziale Kollateralschäden bedroht. Grund dafür sei der absolute Vorrang des Wachstums der Geld- und Kapitalwerte und der sich daraus ergebende kompromisslose Wachstumswang. Unabhängig von den damit verbundenen Schäden müsse die Wirtschaft unendlich weiterwachsen. Dabei laufe sie Gefahr, die endliche Welt und damit die gemeinsame Lebensgrundlage aller Wirtschaftsakteure zu zerstören (vgl. Binswanger 2006: 265f).

Um dem Wachstumswang am Ansatz der Geldschöpfung im Sinne einer ökologisch nachhaltigeren Wirtschaft zu begegnen, schlägt Binswanger vier Instrumente vor: eine Neustrukturierung des Geld-

systems, die Regulierung von Aktiengesellschaften bei gleichzeitiger Stärkung nachhaltigkeitsorientierter Unternehmensverfassungen, eine Reform des Eigenstumsrechts sowie Gemeinschaftsdienste zur Ergänzung der Lohnarbeit.

Einen Ansatz zur *Neustrukturierung des Geldsystems* sieht Binswanger in der Rolle, die der Zentralbank bei der Refinanzierung der Geschäftsbanken zukommt. Zwar bestimme der Staat, wie sich das Buchgeld der Geschäftsbanken vermehre und damit auch die Geldmenge. Letztlich ermögliche aber die Zentralbank die Geldschöpfung, indem sie die von den Geschäftsbanken ausgegebenen Wertpapiere, insbesondere verbriefte Kredite, übernehme und Zentralbankgeld als Guthaben bei sich zur Verfügung stelle. Der Umfang der Geldschöpfung hänge also davon ab, ob die Zentralbank zur Refinanzierung der Geschäftsbanken bereit sei. In der Regel sei sie das, schließlich müssten Banknoten nicht mehr in Gold umtauschbar sein, sondern könnten unbegrenzt gedruckt werden (vgl. Binswanger 2010: 140). Problematisch sei allerdings, dass die Zentralbank die Geldschöpfung der Geschäftsbanken nicht aktiv kontrollieren könne. Mit dem Leitzins als ihrem Hauptinstrument könne sie nur reaktiv handeln, was zu einer ständigen Instabilität zwischen Deflation und Inflation führe. Ziel einer Umstrukturierung des Geldsystems müsse also eine aktive Kontrolle der Geldschöpfung durch die Zentralbank sein (vgl. Binswanger 2010: 141). Dabei sollte die Geldschöpfung weiterhin unabhängig vom Staat und damit unabhängig von politischer Einflussnahme organisiert bleiben.

Eine Möglichkeit sei Irving Fishers (2007) Konzept des „100%-Geldes“. Indem die Geschäftsbanken verpflichtet würden, ihre Sichtguthaben zu 100% mit Zentralbankguthaben oder Banknoten – der 100%-Barreserve – zu decken, erhalte die Zentralbank das alleinige Recht zur Geldschöpfung (vgl. Binswanger 2010: 142f). Die Zentralbank würde demnach zusätzliches Geld schöpfen, mit dem den Geschäftsbanken Anleihen, Schuldtitel oder andere Vermögenswerte abgekauft oder ihnen das Geld geliehen würde. Die Vermögenswerte würden zu Sicherheiten (vgl. Binswanger 2010: 143).

Alternativ sei auch eine „Vollgeld“-Reform nach Joseph Huber & James Robertson (2008) denkbar. Die staatlichen Zahlungsmittel würden dabei über das Bargeld hinaus auf Sichtguthaben auf Girokonten erweitert. Im EU-Kontext wäre eine entsprechende Änderung der Satzung der Europäischen Zentralbank (EZB) denkbar⁹ (vgl. Huber & Robertson 2008: 23f). Auf diese Weise würde die Geldschöpfung durch die ständige Schaffung neuen Buchgeldes verhindert (vgl. Binswanger 2010: 143). Die Sichtguthaben der Geschäftsbanken würden automatisch zu Zentralbankgeld, das von den Geschäftsbanken nur noch verwaltet, aber nicht mehr geschöpft werden könnte. Dazu würde die Zent-

⁹ Artikel 16 der EZB-Satzung bestimmt, dass „[...] der EZB-Rat das ausschließliche Recht [hat], die Ausgabe von Banknoten innerhalb der Gemeinschaft zu genehmigen. Die EZB und die nationalen Zentralbanken sind zur Ausgabe von Banknoten berechtigt. Die von der EZB und den nationalen Zentralbanken ausgegebenen Banknoten sind die einzigen Banknoten, die in der Gemeinschaft als gesetzliches Zahlungsmittel gelten“ (EZB 2004). Huber & Robertson schlagen unter anderem vor, „Banknoten“ durch die Formulierung „[...] Münzen, Banknoten und Sichtguthaben [...]“ (Huber & Robertson 2008: 23f, Hervorhebung übernommen) zu ersetzen.

ralbank die Aktiva der Geschäftsbanken kaufen, wodurch diese in ihren Bilanzen Guthaben bei der Zentralbank erhielten. Kredite dürften nur noch im Rahmen des verfügbaren Zentralbankgeldes gegeben werden. Im Endeffekt sei eine Veränderung der umlaufenden Geldmenge nur noch durch die Geldschöpfung der Zentralbank möglich und nicht mehr durch die Kreditvergabe der Geschäftsbanken (vgl. Binswanger 2010: 144).

Beide Konzepte würden es der Zentralbank ermöglichen, das Geld zur Gewinnausweitung und Kompensation des Geldabflusses selbst zu schöpfen, das Ausmaß dieser Geldschöpfung selbst zu kontrollieren und damit Deflation und Inflation, einer spekulativen Aufblähung der Geldmenge und wirtschaftlichem Wachstum jenseits der ökologischen Grenzen aktiv entgegenzuwirken (vgl. Binswanger 2010: 146).

Das zusätzlich geschaffene Geld könne schließlich auf verschiedene Weise verteilt werden. Eine Zuteilung an die Geschäftsbanken würde die Vergabe von Krediten über das zuvor Ersparte hinaus ermöglichen. Der Staat könnte mit dem zusätzlichen Geld, da er selbst keine Zinsen zahlt, Schulden tilgen, den Konsum fördern, investieren oder es für zusätzliche Ausgaben verwenden. Um letzteres zu verhindern sei es umso bedeutender, dass die Zentralbank die Geldschöpfung unabhängig vom Staat steuern könne (vgl. Binswanger 2010: 146f). Als dritte Möglichkeit sei auch eine Zuteilung als Zusatzeinkommen, nicht als bedingungsloses Grundeinkommen, an die Privathaushalte denkbar, beispielsweise direkt durch die Zentralbank oder im Sinne einer ausgeglicheneren geographischen Entwicklung durch die Gemeinden als Regionalgeld (vgl. Binswanger 2010: 147). Letzteres sollte als Schwundgeld¹⁰ ausgelegt sein, das mit der Zeit seine Kaufkraft verlöre, wenn es gehortet würde, anstatt es beispielsweise an gemeinnützige Institutionen oder zu Bildungszwecken auszugeben. Da es dementsprechend keine Zinsen auf das Regionalgeld gäbe, sollten die Haushalte diesen Kaufkraftverlust nach dieser Zeit als Teuerungsausgleich zurückerhalten (vgl. Binswanger 2010: 147f).

Neben der Neustrukturierung des Geldsystems sieht Binswanger weiteren Handlungsbedarf bei der *Regulierung von Aktiengesellschaften* und der *Stärkung nachhaltigkeitsorientierter Unternehmensverfassungen*. Die Orientierung von Aktiengesellschaften an zukünftig erwarteten Gewinnen bedeute, dass die Gewinne mit der Dauer der Gewinnerwartung wachsen. Eine „unendliche“ Dauer entspreche also den höchsten Gewinnen, setze aber auch eine „unendliche“ Folge von Investitionen und damit „unendliches Wachstum“ voraus (vgl. Binswanger 2010: 150f). Die derzeitige Haftungsbeschränkung durch den Status der juristischen Person ermögliche die Bildung von marktbeherrschenden Großkonzernen, Monopolen und Oligopolen, insbesondere durch Gesellschaften, die sich ohne großen Kapitalaufwand an anderen Kapitalgesellschaften beteiligen. So werde der Wettbewerb ein-

¹⁰ Die Idee des Schwundgeldes ist ursprünglich Teil des „Freigeld“-Konzepts von Silvio Gesell (1949), das in Kapitel 4.2.2 genauer dargestellt wird.

geschränkt (vgl. Binswanger 2010: 154). Zudem ermögliche die stetige Reinvestition der Gewinne mit weiteren Gewinnsteigerungen im Durchschnitt aller Unternehmen die Spekulation auf eine „unendliche“ Steigerung der Aktienwerte, was angesichts der damit verbundenen Unsicherheiten zur Entstehung und dem Platzen von Spekulationsblasen führen könne (vgl. Binswanger 2010: 155f; s. Kap. 2.3.2).

Angesichts dieser wachstumstreibenden und destabilisierenden Eigenschaften der Aktiengesellschaften fordert Binswanger eine Rückbesinnung auf die Regulierungen des 19. Jahrhunderts, insbesondere bezogen auf die derzeitige Form von Aktien, denen er zwei neue Konzepte gegenüberstellt: Namensaktien sollten demnach ihre derzeitige unendliche Laufzeit behalten, jedoch nicht an der Börse handelbar sein. Für den Wiederverkauf im außerbörslichen Handel sei eine dreijährige Sperrfrist einzuführen. Inhaberaktien sollten eine Laufzeit von 20-30 Jahren erhalten und an der Börse weiter handelbar bleiben. Um Aktienwertausschläge zu begrenzen, erfolge die Rückzahlung des Nennbetrags erst nach Laufzeitende. Damit würden Inhaberaktien zu einer Mischform aus heutigen Aktien und Obligationen. Sie seien befristet, hätten aber eine längere Laufzeit. Statt einem fixen Zins bestehe eine Gewinnbeteiligung (vgl. Binswanger 2010: 158). Um die Marktdominanz einzelner Gesellschaften zu unterbinden, sei der Erwerb von Aktien einer Gesellschaft durch eine andere zu verbieten (vgl. Binswanger 2010: 157). Mit derartigen Maßnahmen ließen sich Wachstumsdrang, Spekulationen und übersteigerte Ressourcenverbräuche einschränken (vgl. Binswanger 2010: 158).

Darüber hinaus sei es notwendig, Unternehmensformen mit persönlicher Haftung und zweckgebundener Kapitalverwendung zu stärken. Das Prinzip der persönlichen Haftung sei derzeit in Personengesellschaften und kleineren Unternehmen umgesetzt, wo der Wachstumsdrang durch das höhere persönliche Risiko geringer sei. Nach wie vor werde der wirtschaftliche Kurs aber von Aktiengesellschaften vorgegeben, sodass kleinere Unternehmen gezwungen seien nachzuziehen (vgl. Binswanger 2010: 158). Die Zweckbindung des Kapitals finde sich heute bereits in Genossenschaften und Stiftungen. Zwar bestehe hier keine persönliche Haftung der Kapitalgeber*innen, da das Kapital aber nicht mehr den ursprünglichen Kapitalgeber*innen gehöre, seien die Kapitalanteile auch nicht an der Börse handelbar. Es bestehe Nutzungs- statt Eigentumsrecht, sodass sich Unternehmen mit Nutzungsrecht langfristige Ziele setzen könnten, beispielsweise die Schonung von Umwelt und Ressourcen (vgl. Binswanger 2010: 159).

Genossenschaften vereinen diese Vorteile als personenbezogene Solidargemeinschaften mit gleichen Genossenschaftsanteilen und gleichem Stimmrecht, wobei die Gewinne überwiegend im Unternehmen verblieben und höchstens teilweise an die Genossenschafter*innen ausgeschüttet würden (vgl. Binswanger 2010: 159).

Stiftungen seien auf einen konkreten Stiftungszweck ausgerichtet, der die Kapitalverwendung vorschreibe, wobei das Kapital den Bürger*innen des Staates gehöre, in dem sich die Stiftung befindet. Eine Reprivatisierung sei nicht möglich. Die Stiftung sei frei, im Sinne ihres Stiftungszwecks – dessen Erfüllung behördlich überwacht werde – zu wirtschaften und die Gewinne diesem Zweck entsprechend zu reinvestieren. Die Stifter*innen könnten eine Rente erhalten, möglich sei zudem eine Erfolgsbeteiligung der Mitarbeiter*innen (vgl. Binswanger 2010: 159f).

Die Langfristorientierung dieser Unternehmensverfassungen ermögliche eine bessere Kooperation zwischen Produzent*innen, Handel und Konsument*innen, wodurch sich Bedürfnisse besser erkennen ließen. Zudem sinke die Anfälligkeit für Spekulationen (vgl. Binswanger 2010: 160).

Schließlich sieht Binswanger die Möglichkeit, eine nachhaltigere Ressourcennutzung durch eine *Reform des Eigentumsrechts* zu erreichen. Da ohne das Eigentum an einem Gut keine Preisbildung und folglich auch kein Markt möglich seien – „Knappheit allein schafft keinen Markt. Es muss jemand da sein, der das Gut oder die Nutzung eines Gutes auf dem Markt anbieten und dafür einen Preis verlangen kann“ (Binswanger 2010: 181) –, böten die rechtlichen Regelungen, die Markt, Preisgestaltung und Güternutzung bestimmen, Ansatzpunkte für Reformen (vgl. Binswanger 2010: 180f).

Das derzeitige moderne Eigentumsrecht, das *Dominium* (von lat. „dominus“: der Herr), sei im Grunde ein Herrschaftseigentum römischen Ursprungs, das sich im Anschluss an die Französische Revolution weltweit als Teil des bürgerlichen Rechts ausgebreitet habe und zur Grundlage des wirtschaftlichen Wachstums geworden sei. Das *Dominium* verleihe der Eigentümer*in das alleinige Recht, das Eigentum so zu nutzen, wie sie will, unabhängig davon, ob andere diesen Gebrauch als sinnvoll oder missbräuchlich bewerten. Dabei dürfe das Gut nicht nur *gebraucht*, sondern auch *verbraucht* werden. Die Verwendung des Eigentums sei nur durch das Eigentumsrecht anderer und das Recht der Menschen auf Leben und Unversehrtheit des Körpers begrenzt (vgl. Binswanger 2010: 182f). Die Rechtsordnung schütze das Eigentumsrecht, dürfe es aber nur teilweise einschränken:

„Eigentum wird als vorkonstitutionelles Menschenrecht angesehen, als Naturrecht, das einen Absolutheitsanspruch genießt, der von der positiven Gesetzgebung des Staates nur insoweit eingeschränkt werden darf, als dies aus der Eigentumsordnung selbst oder aus anderen Grundrechten erfolgt.“ (Binswanger 2010: 183)

Demgegenüber stehe das traditionelle Eigentumsrecht, das *Patrimonium* (von lat. „pater“: der Vater), das im Gegensatz zum *Dominium* einen schonenden Umgang mit der eigenen Sache sowie ihre Pflege und ihren Erhalt betone. Historisch sei alles Recht vor der Durchsetzung des römisch-rechtlichen Eigentums sowie bis zu dessen Wiederentdeckung nach der Neuzeit *patrimonial* gewesen und finde sich in Teilen auch heute noch in der modernen Rechtsordnung wieder, beispielsweise in den Regalrechten (vgl. Binswanger 2010: 183f). *Patrimoniales* Eigentum sei „[...] Eigentum, das vom

Vater geerbt, aber auch an die Kinder vererbt werden und dementsprechend wohl gebraucht, aber nicht verbraucht werden soll“ (Binswanger 2010: 183).

Offensichtlicher Weise komme das Patrimonium dem Nachhaltigkeitsgedanken näher, da die Eigentumsnutzung ursprünglich technisch und durch geringere Mobilität begrenzt war und der erreichte Besitz als Lebensgrundlage zu bewahren gewesen sei (vgl. Binswanger 2010: 185). Die dominialen Eigentumsansprüche des Menschen hingegen stellten die Natur in den Dienst der Produktion, was enormes Wirtschaftswachstum ermögliche, aber zum Verbrauch der Natur führe (vgl. Binswanger 2010: 184). Das Dominium habe sich durchgesetzt, als der technische Fortschritt die natürlichen Grenzen der Eigentumsnutzung aufgehoben und es ermöglicht habe, ständig neue Besitztümer durch Kriege oder die Ausbeutung der Natur anzuhäufen. Der Anreiz zur Bewahrung des Erreichten sei damit verschwunden (vgl. Binswanger 2010: 185).

Zwar sei die patrimoniale Idee heute nicht mehr vollständig auf die Gesellschaft übertragbar, sie könne aber zur Orientierung dienen, um die Idee der Knappheit, die zwar angeblich den Markt konstituiere, eigentlich aber zusammen mit diesem dem Eigentumsrecht des Dominiums untergeordnet sei, mit dem Eigentumsrecht zu verbinden. Die ökologische Knappheit solle so wieder zur Geltung kommen (vgl. Binswanger 2010: 189).

Letztlich müsse das Eigentumsrecht patrimoniale Bestandteile erhalten, sodass statt einem „[...] ein für alle Mal definierte[n] Zugriff auf die Natur“ (Binswanger 2010: 189) die „[...] Relationen zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Eigentümer [...]“ (Binswanger 2010: 189) im Mittelpunkt stünden. Dazu müssten die Eigentumsrechte von vornherein entsprechend der Tragkapazität der Umwelt festgelegt werden und nicht wie ihre aktuelle Form allumfassend, um sie dann nachträglich durch Vorschriften zu begrenzen (vgl. Binswanger 2010: 189). „Die Eigentumsrechte [...] müssen von den Patrimonialeigentümern, die die Umwelt genossenschaftlich als Patrimonium verwalten und besitzen, inhaltlich nach Maßgabe der Umweltnutzung bestimmt werden“ (Binswanger 2010: 189).

Ein vom Gesetzgeber zu lösendes Problem stellten dabei konkurrierende Eigentumsrechte aus dem Anspruch auf Marktökonomie und dem Anspruch auf Lebensqualität dar (vgl. Binswanger 2010: 194). So setze der Markt individuelles Eigentum voraus, das die klare Zuordnung von Aufwand, Ertrag und Verantwortung zulasse. Wäre das nicht der Fall, würde der eigene Aufwand auf Kosten anderer minimiert und Güter vergeudet werden (vgl. Binswanger 2010: 194). Demgegenüber stehe der Anspruch, Lebensqualität mit Nachhaltigkeit zu begründen, was das Haben als Teilhaben voraussetze: „Man ‚hat‘ gesunde Luft und frisches Wasser, eine schöne Aussicht [...] und eine wohnliche Stadt nur dann wirklich und dauerhaft, wenn auch andere sie besitzen [...]“ (Binswanger 2010: 194). Einschränkungen der Gemeinnutzung solcher Güter bedeuteten ihre Vernichtung, weshalb sie im Gemeinbe-

sitz bleiben müssten (vgl. Binswanger 2010: 194). Dies sei jedoch nicht ohne weiteres mit dem Anspruch auf Marktökonomie vereinbar.

Darüber hinaus schlägt Binswanger *Gemeinschaftsdienste zur Ergänzung der Lohnarbeit* vor, um soziale Werte zu stärken, dem Trend zur Automatisierung und Entpersonalisierung der Arbeit entgegenzuwirken und insbesondere Jugendlichen Sachwissen und Sozialkompetenz zu vermitteln. Ziel sei es, notwendige Leistungen wie Fürsorge, Umweltschutz, Bildung und Erziehung, deren gemeinwohlorientierte Bereitstellung von der wachstumsfokussierten Wirtschaft vernachlässigt werde, der Gesellschaft stattdessen durch freiwilliges Engagement oder einen obligatorischen Pflichtdienst bereitzustellen (vgl. Binswanger 2010: 197-201). Binswangers Ansatz ähnelt dabei stark dem in Deutschland bereits bestehenden Bundesfreiwilligendienst oder dem Freiwilligen Sozialen und Ökologischen Jahr (FSJ und FÖJ).

4.2 Wachstumsneutralität

Das Prinzip der Wachstumsneutralität bedeutet eine Wirtschaft im Stillstand bzw. im stationären Zustand des Nullwachstums, unter dem Wachstum nur noch möglich ist, wenn dadurch die Gesamtproduktion der Wirtschaft nicht weiter erhöht wird. Wachstum wird also selektiv abgelehnt, ein reformorientierter Ansatz zur Qualifizierung des Wachstums, wie Binswanger ihn vertritt, allerdings auch. Qualitatives oder selektives quantitatives Wachstum ist je nach Modell weiterhin möglich, letzterer Fall setzt jedoch den gleichzeitigen Rückbau anderer Wirtschaftsbereiche voraus, um den Zustand des Nullwachstums einzuhalten.

In seiner ursprünglichen Form bildet das von Herman Daly entwickelte Steady-State-Konzept die Vorlage für Niko Paechs Postwachstumsökonomie. Beide Konzepte bauen aufeinander auf, setzen jedoch unterschiedliche Schwerpunkte. Grundsätzlich kann Paechs Postwachstumsökonomie ein radikalerer Bruch mit dem Wachstumsparadigma unterstellt werden, da hier dem stationären Zustand noch eine Phase des gesamtwirtschaftlichen Rückbaus – kurz: der Schrumpfung – vorgelagert ist. Dalys Konzept setzt dagegen darauf, die Wirtschaftsleistung auf einem einmal erreichten Niveau „einzufrieren“.

4.2.1 Die Steady-State Economy

Herman Daly (1973) entwickelte als erster das makroökonomische Modell einer stationären Wirtschaft ohne Wachstum – die Steady-State Economy (SSE). Anschließend an seine Kritik der Unwirt-

schaftlichkeit quantitativen Wachstums begreift er die Ökonomie als ein Subsystem der Erde, das mit weiterem materiellem Wachstum stetig an die Grenzen der übergeordneten Biosphäre stoße und sich daher an die physikalische Verhaltensweise der Erde anzupassen habe. Diese Verhaltensweise sei der stationäre Zustand, der zwar qualitative Entwicklung erlaube, aber kein weiteres quantitatives Wachstum (vgl. Daly 2008: 1):

„There is no reason to limit the qualitative improvement in design of products, which can increase GDP without increasing the amount of resources used. The main idea behind sustainability is to shift the path of progress from growth, which is not sustainable, toward development, which presumably is.“ (Daly 2005b: 103)

Historisch ist die Idee der stationären Wirtschaft nichts Neues. Daly orientiert sich insbesondere an der klassischen Nationalökonomik von John Stuart Mill (1909 [1848]), für den dieser Zustand das anzustrebende Ende eines kräftezehrenden Konkurrenzkampfes war und den Menschen schließlich zu größerem Lebensglück verhelfen sollte (vgl. Daly 2005b: 101f; Radkau 2010: 42):

„[...] a well-paid and affluent body of labourers; no enormous fortunes, except what were earned and accumulated during a single lifetime; but a much larger body of persons than at present, not only exempt from the coarser toils, but with sufficient leisure, both physical and mental, from mechanical details, to cultivate freely the graces of life, and afford examples of them to the classes less favourably circumstanced for their growth. This condition of society, so greatly preferable to the present, is not only perfectly compatible with the stationary state, but, it would seem, more naturally allied with that state than with any other.“ (Mill 1909 [1848]: IV.6.7)

Ganz anders die pessimistische Einstellung von Adam Smith, der diesen Zustand als „dull“ und „[...] the declining melancholy“ (Smith 2005 [1776]: 71) beschrieb und, wie Kerschner (2010: 545) ausführte, schließlich die Grundlage lieferte für das neoklassische Wachstumsparadigma und dessen Ablehnung einer stationären Wirtschaft.

Daly unterscheidet ein klassisches und ein neoklassisches Verständnis des stationären Zustands anhand unterschiedlicher Auffassungen des Verhältnisses von menschlichem Anspruch und biophysischen Möglichkeiten bestimmt durch die Bevölkerungszahl und den Bestand an Produktions- und Konsumgütern. Aus klassischer Sicht gehe es darum, Technologien und Ansprüche den gegebenen biophysischen Dimensionen anzupassen: „[...] man is a creature who must ultimately adapt to the limits of the Creation of which he is a part [...]“ (Daly 2008: 3). In der Neoklassik entspreche die stationäre Wirtschaft dem proportionalen Wachstum von Bevölkerung und Kapitalbestand. Die biophysischen Grenzen würden unter der Annahme unbegrenzter Bedarfe ausgeweitet und so an die als gegeben angenommenen Technologien und Ansprüche angepasst: „[...] man, the creator, will surpass all limits and remake Creation to suit his subjective individualistic preferences, which are considered the root of all value“ (Daly 2008: 3). Indem das ökonomische Subsystem immer mehr natürliches Kapital in menschengemachtes umwandle, dabei ersteres verbrauche und der Biosphäre zugleich die

dann nutzlosen Abfälle dieser Transformation übergebe, nähere es sich den Grenzen der Biosphäre immer mehr an (vgl. Daly 1996: 67). Diese „Ökonomik der leeren Welt“ (Daly 2005b: 101), in der die Leistungen der Natur als Gratisleistungen begriffen würden, müsse durch eine klassisch orientierte „Ökonomik der vollen Welt“ (Daly 2005b: 101) ersetzt werden, die die Produktion nicht zum Wachstum des menschengemachten Kapitals, sondern zum Erhalt des natürlichen Kapitals einsetze (vgl. Daly 1996: 66f; 2005b: 101).

Als Reaktion entwickelt Daly das makroökonomische Modell der Steady-State Economy (vgl. Kerschner 2010: 544):

„[...] an economy with constant stocks of people and artefacts, maintained at some desired, sufficient levels by low rates of maintenance ‚throughput‘, that is, by the lowest feasible flows of matter and energy from the first stage of production (depletion of low entropy materials from the environment) to the last stage of consumption (pollution of the environment with high entropy wastes and exotic materials).“ (Daly 1992: 16)

Das erwünschte Maß des Durchsatzes („throughput“) bestimmt er als „[...] within the regenerative and assimilative capacities of the ecosystem“ (Daly 2008: 3). Daraus folge die Notwendigkeit eines Gleichgewichts von niedriger Geburten- und Sterberate, von niedriger Produktions- und Verbrauchsrate sowie eine lange Nutzungs- und Lebensdauer von Gütern (vgl. Daly 2008: 3).

Als ehemaliger Schüler Georgescu-Roegens, welcher einen stationären Zustand selbst strikt ablehnte, orientiert Daly sich stark an dessen ökologischer Wachstumskritik, passt dessen Bioökonomik allerdings an einen stationären Zustand an (vgl. Daly 2005b: 101f; Kerschner 2010: 544). Georgescu-Roegens Unterscheidung zwischen Strömen und Fonds hebt er auf und führt stattdessen den Begriff des Durchsatzes ein (vgl. Kerschner 2010: 545). Er formalisiert sein Modell wie folgt:

$$\frac{\text{service}^{(1)}}{\text{throughput}} \equiv \frac{\text{service}^{(2)}}{\text{stock}} \times \frac{\text{stock}^{(3)}}{\text{service}}$$

(Daly 1996: 69, Ergänzungen übernommen aus Kerschner 2010: 546)

Der stationäre Zustand ist demnach die Identität des Verhältnisses (1) von Leistung („service“) und materiellem Durchsatz („throughput“) und dem Produkt der Verhältnisse (2) und (3) von Leistung und Kapitalbestand („stock“) sowie Kapitalbestand und Leistung (Daly 1996: 69; Kerschner 2010: 546). Daly definiert die einzelnen Komponenten:

„Stock is the total inventory of producers’ goods, consumers’ goods and human bodies [...].
 Service is the satisfaction experienced when wants are satisfied [...]. The quantity and quality of the stock determine the intensity of service [...].
 Throughput is the entropic physical flow of matter-energy from nature’s sources, through the human economy, and back to nature’s sinks, and it is necessary for the maintenance and renewal of stocks [...].“ (Daly 2005a: 142, Hervorhebungen übernommen)

Die Ökonomie entspreche damit einem konstanten Kapitalbestand von Menschen und Dingen, der Leistungen bereitstelle und durch den Durchsatz eines konstanten Flusses von physischem Material und Energie erhalten werde. Leistungen spiegeln den Nutzen der ökonomischen Aktivitäten wider, der Durchsatz ihre zu minimierenden Kosten. Wohlstand werde damit zu einer Funktion der zu erhaltenden natürlichen Kapitalbestände, da sich die Leistungen – im Grunde die Bedürfnisbefriedigung – aus der Konstanz des Kapitalbestandes selbst ergeben und nicht aus seinem Verbrauch (Konsum) oder seiner Expansion (Produktion) (vgl. Daly 1996: 68; Kerschner 2010: 546).

Verhältnis (2) der Identität entspricht der „stock-service-efficiency“ (Kerschner 2010: 546) und zielt auf die Produktion maximaler Leistung unter minimalem Kapitalverbrauch ab, während die „stock-maintenance-efficiency“ (Kerschner 2010: 546) in Verhältnis (3) den Erhalt eines möglichst großen Kapitalbestandes bei minimalem Durchsatz anstrebt (vgl. Kerschner 2010: 546; Daly 1996: 69).

Physisches Wachstum bedeute demnach eine Erhöhung des Durchsatzes bei Konstanz beider Effizienzen. Leistungssteigerungen durch die Erhöhungen dieser Effizienzen entsprechen bei konstantem Durchsatz einer qualitativen Entwicklung. Wirtschaftliches Wachstum im Sinne einer BIP-Zunahme sei die Gleichzeitigkeit von physischem Wachstum und qualitativer Entwicklung. Anzustreben sei jedoch ein nachhaltiger stationärer Zustand, also qualitative Entwicklung ohne physisches Wachstum bzw. ein materieller Durchsatz, der die biosphärischen Kapazitäten, unbearbeitete Ressourcen bereitzustellen und das abfallförmige Endprodukt wieder aufzunehmen, nicht übersteige (vgl. Daly 1996: 67, 69; Daly 2005b: 103).

Zur Herstellung und Erhaltung eines stationären Zustands seien staatliche Regulierungen notwendig, da Märkte nur die Ressourcenallokation – die Verteilung knapper Ressourcen unter konkurrierenden Nutzer*innen – effizient regeln könnten, bei der Bestimmung des ökologisch nachhaltigen Ausmaßes dieser Allokation aber versagen würden. Dies sei nur durch staatliche Markteingriffe möglich (vgl. Daly 2005b: 104).

Nötig seien diese auch im Umgang mit den Folgen des Nullwachstums. Insbesondere die Verteilung der in einer SSE konstant zu haltenden Kapitalbestände – Verhältnisse (2) und (3) – erfordere Maßnahmen gegen Armut und Ungleichheit. Zur Begrenzung von Einkommensungleichheiten spricht sich Daly (2008: 4) für die Einführung eines *Maximal- und Minimaleinkommens* aus, dessen Grenzen schrittweise angenähert werden sollten. Ziel sei es, die Einkommensungleichheit auf ein Niveau zu reduzieren, das tatsächliche Leistungsunterschiede statt bestehender Privilegien belohne und zugleich erneute Wachstumsanreize unterbinde. Daly schlägt in einem ersten Schritt ein Ungleichheitsverhältnis von 1:100 vor. Auf globaler Ebene wendet er sich gegen eine Argumentation, wie sie unter anderem die Weltbank vertrete, wonach die Industrieländer so schnell wie möglich wachsen und

Kapital akkumulieren sollten, um den sogenannten Entwicklungs- und Schwellenländern Märkte bereitzustellen und in ihnen zu investieren zu können (vgl. Daly 2008: 3). Nach der Idee der SSE sollten die Industriestaaten das Wachstum ihres Durchsatzes vielmehr so weit reduzieren, dass den armen Ländern die Nutzung von Ressourcen und ökologischem Raum eröffnet werde, während sich der globale Norden qualitativ weiterentwickle, um die erlangten sozialen und technischen Verbesserungen frei mit dem Süden zu teilen (vgl. Daly 1996: 61; 2008: 2f).

Die Abkehr vom unwirtschaftlichen Wachstum mache zudem die Schaffung neuer Bedürfnisse und damit das dazu dienende Instrument – die Werbung – überflüssig. Statt der derzeitigen steuerlichen Absetzbarkeit als Teil der Produktionskosten sei eine strenge *Besteuerung von Werbung* als eine Form des öffentlichen Ärgernisses denkbar (vgl. Daly 2008: 4). „If economists really believe that the consumer is sovereign then she should be obeyed rather than manipulated, cajoled, badgered, and lied to“ (Daly 2008: 4).

Im Anschluss an diese Bedürfnisreduktion sei es zur Aufrechterhaltung eines konstant niedrigen Durchsatzes zudem nötig, die *Lebens- und Nutzungsdauer von Produkten zu verlängern*. Dies setze voraus, dass die Güterproduktion nicht mehr als per se nützlich und gewinnbringend begriffen werde, sondern als ein zu minimierender Kostenfaktor des Bestandserhalts. Beispielsweise ermögliche der Erhalt von 1000 Autos, wenn von diesen pro Jahr statt 100 nur 50 ersetzt werden, eine Halbierung des Durchsatzes bei konstantem Kapitalbestand und unveränderter Transportleistung (vgl. Daly 2008: 7).

Insbesondere der Transportsektor wirft die Frage nach dem Verhältnis der SSE zu *technischen Effizienzerhöhungen* auf. Gegenüber der Argumentation der Fortschrittsbefürworter*innen nimmt Daly (2008: 7) hier eine differenzierte Haltung ein: Da Effizienzerhöhungen die Materialintensität des BIP-Wachstums immer weiter senken würden, sollte ein derartiges qualitatives Wachstum so weit wie möglich vorangetrieben werden. Problematisch sei jedoch, dass auch Wirtschaftssektoren, denen rein qualitatives Wachstum unterstellt werde, wie die Informationstechnologie, auf immense Materialverbräuche, unter anderem von Schwermetallen, angewiesen seien (vgl. Daly 2008: 7). Zur Verringerung der globalen Ungleichheit müsse sich weiteres Wachstum zudem an den Bedürfnissen der Armen orientieren, die zuerst materiell und quantitativ seien. Darüber hinaus könne ein immer weniger materialintensives Wachstum dazu führen, dass das steigende Angebot entsprechender Güter die Preise materialintensiver Güter erhöhe und damit die Produktion weiterer weniger materialintensiver Güter unattraktiv mache (vgl. Daly 2008: 7).

Die Verlängerung der Produktnutzungsdauer in Verbindung mit einer *Umstrukturierung der Arbeit* eröffne die Chance auf langfristige Beschäftigungssicherheit, da der Arbeitsaufwand von Wartungs-

und Reparaturleistungen hoch sei und sich derartige Tätigkeiten nicht ohne weiteres in andere Länder verlagern ließen (vgl. Daly 2008: 8). Da Automatisierung und Auslagerung von Arbeitsplätzen offenbar nur zur Steigerung von Profiten führten, nicht aber zu Lohnsteigerungen, sei die Einkommensverteilung über Lohnarbeit grundsätzlich zu hinterfragen. Alternativ könnten Einkommen auch aus Unternehmensteilhabe statt aus Vollzeitbeschäftigung generiert werden. Der Befürchtung, eine SEE sei nicht in der Lage Vollbeschäftigung zu gewährleisten, begegnet Daly: „[...] in fairness one must also ask if full employment is achievable in a growth economy driven by free trade, off-shoring practices, easy immigration of cheap labor, and widespread automation?“ (Daly 2008: 7f).

Im internationalen Freihandel seien SSEs gegenüber Wachstumswirtschaften, die ihre ökologischen Kosten weiterhin externalisierten, nicht konkurrenzfähig.¹¹ Notwendig sei daher eine *Regulierung des internationalen Handels* mittels kompensatorischer Zölle. Freihandel dürfe nur zwischen SSEs möglich sein, um unter konstantem Durchsatz komparative Kostenvorteile auszunutzen (vgl. Daly 2008: 4). Zum Schutz dieser Kostenvorteile sei zudem eine *Begrenzung der internationalen Kapitalmobilität* nötig. Möglich wäre dies unter anderem durch die Einführung einer Mindestverweildauer ausländischer Investitionen, um Kapitalflucht und Spekulationen zu verhindern, oder eine Finanztransaktionssteuer zur Belastung kurzfristiger Kapitalbewegungen (Tobinsteuer) (vgl. Daly 2008: 5f).

Analog zu Binswanger plädiert Daly ebenfalls für die Umsetzung einer *Geldreform* zum „100%-Geld“, scheint eine strikte Trennung von Staat und Zentralbank aber nicht für notwendig zu halten. Vielmehr solle die Geldschöpfung wieder in Regierungshände gelegt und das zusätzlich geschöpfte Geld einem öffentlichen Nutzen zugeführt werden. Geschäftsbanken sollten ihre Einkommen aus ihrer ursprünglichen Vermittlerrolle – dem Verleihen von Erspartem im Auftrag der Sparer – und Kontoführungsdienstleistungen erwirtschaften (vgl. Daly 2008: 9).

Zur Begrenzung des materiellen Durchsatzes sei eine *ökologische Steuerreform* denkbar, die statt der derzeitigen Besteuerung von Mehrwert, also von Einkommen durch Arbeit und Kapital, an der Ressourcenausbeutung zu Beginn des Durchsatzflusses ansetze: „Taxing what we want less of (depletion and pollution), and ceasing to tax what we want more of (income, value added) [...]“ (Daly 2008: 8).

¹¹ Daly kritisiert den IWF, die Weltbank und die Welthandelsorganisation (WTO) dafür, mit dem Instrument des Freihandels transnationalen Unternehmen die Umgehung nationaler Regulierungen – wie sie auch in einer SSE nötig wären – zu ermöglichen. Freihandel werde mit dem Ziel gefördert, komparative Kostenvorteile auszunutzen. Die gleichzeitige Förderung der freien internationalen Kapitalmobilität widerspreche aber der Grundannahme des Modells, wonach sich Kapital nur frei zwischen nationalen Industrien, nicht aber zwischen Ländern bewege. International bewegliches Kapital würde sich schließlich nicht damit zufriedengeben, die komparativen Vorteile im Ursprungsland auszunutzen, sondern absolute Vorteile – die global geringsten Produktionskosten – anstreben. Freihandel ermögliche den Verkauf von Produkten überall, auch im Ursprungsland. Folglich könne es keine Garantie für gegenseitige Kostenvorteile zwischen Ländern geben, einige Länder müssten verlieren (vgl. Daly 2008: 4f). Durch die gleichzeitige Förderung von Freihandel und freier Kapitalmobilität ermöglichten IWF, Weltbank und WTO das Umgehen nationaler Regulierungen ohne Kontrolle einer globalen Regierung: „The nearest thing we have to a global government (IMF-WB-WTO) has shown no interest in regulating transnational capital for the common good. Their goal is to help these corporations grow, because growth is presumed good for all—end of story“ (Daly 2008: 5).

Die Umsetzung sollte schrittweise erfolgen und einkommensneutral sein. Letztlich sollten die Preise der natürlichen Ressourcen und dadurch die Effizienz ihrer Nutzung steigen. Erreichbar sei dies auch durch den Handel mit Emissions- und Abbaurechten („cap-auction trade“), nach der Festlegung einer Grenze für die Entnahme physischer Ressourcen. Regierungseinnahmen ließen sich so erhöhen und anschließend verteilen (vgl. Daly 2008: 8; Kerschner 2010: 546).

Zur Erhaltung eines konstanten Kapitalbestandes hält Daly Maßnahmen zur *Stabilisierung der Bevölkerungszahl* für notwendig, um – wie bereits oben genannt – ein Gleichgewicht zwischen Geburten und Immigration sowie Todesfällen und Emigration zu erhalten. Der Brisanz dieser neo-malthusianistisch geprägten Argumentation ist er sich durchaus bewusst: „It is hard to say which is more politically incorrect, birth limits or immigration limits? Many prefer denial of arithmetic to facing either one“ (Daly 2008: 6). Auch Georgescu-Roegen beschäftigte sich mit der Bevölkerungsfrage und bestimmte die maximale Bevölkerungszahl durch die Kapazitäten der ökologischen Landwirtschaft, diese zu ernähren (vgl. Georgescu-Roegen 1987: 53). Konkrete politische Maßnahmen schlug er jedoch nicht vor. Daly sieht einen Weg der Stabilisierung in Bouldings (1964) Konzept der transferierbaren Geburtenlizenzen. Demnach erhält jedes Paar entsprechend der einfachen Reproduktionsrate 2,1 Geburtenlizenzen, die auf einem Markt gehandelt werden könnten. Bestehe der Wunsch nach mehr als zwei Kindern, müssen die entsprechenden Lizenzen von anderen Paaren erworben werden (vgl. Boulding 1964; Kerschner 2010: 546). Eine Idee, die auch von Fürsprechern des SSE-Konzepts, wie Kerschner (2010), wegen ihres Top-Down-Charakters stark abgelehnt wird (vgl. Kerschner 2010: 546).

Weniger umstritten dürfte demgegenüber die *Ablehnung des BIPs als Wohlstandsindikator* sein. Daly bevorzugt stattdessen eine Doppellösung: ein Indikator zur Messung des Nutzens physischen Wachstums ergänzt um einen weiteren für die Wachstumskosten. Zum Wachstumsstopp müsse es kommen, sobald sich – analog zu seinem Konzept des unwirtschaftlichen Wachstums – ein Gleichgewicht von Grenznutzen und Grenzkosten einstelle (vgl. Daly 1996: 67). Daly verwendet hier das Einkommenskonzept von John Richard Hicks (1968 [1939]):

„[...] the maximum amount that a community can consume in a year, and still be able to produce and consume the same amount next year. In other words, income is the maximum that can be consumed while keeping productive capacity (capital) intact. Any consumption of capital, manmade or natural, must be subtracted in the calculation of income.“ (Daly 2008: 9f)

Darüber hinaus dürften Defensivkosten („anti-bads“) nicht mehr dem BIP zugerechnet werden, ohne dass vorher die dadurch bekämpften Ereignisse („bads“) abgezogen würden (vgl. Daly 2008: 10). Eine mögliche Alternative stelle Daly & Cobbs (1989) Index of Sustainable Economic Welfare (ISEW) dar,

das Haushaltsarbeit, wachsende internationale Verschuldung, Wohlstandseinbußen durch Einkommenskonzentration, langfristige Umweltschäden und Verschmutzung berücksichtigt (vgl. Daly & Cobb 1989; Daly 2005: 105).

4.2.2 Die Postwachstumsökonomie

Im Anschluss an Dalys SSE entwickelt Niko Paech (2005) das stärker mikroökonomisch orientierte Modell einer wachstumsneutralen Postwachstumsökonomie. Ähnlich wie Daly geht Paech davon aus, dass Wachstumsneutralität erst durch eine Annäherung der konsumtiven Bedarfsansprüche an die zu ihrer Erfüllung notwendigen ökologischen Mittel möglich werde. Die unter dem Wachstumsparadigma vorherrschende Logik der bedingungslosen Bedarfsbefriedigung durch entsprechend zu optimierende Mittel offenbare eine Diskrepanz zwischen dem, was auf Konsumenten*innen- und Produzent*innenseite für nötig gehalten werde, und dem, was angesichts begrenzter ökologischer Ressourcen möglich sei (vgl. Paech 2005: 439).

Zur Lösung dieses Ziel-Mittel-Konflikts reiche das Hervorbringen immer effizienterer und konsistenterer materieller Innovationen zur Entkopplung von ökonomischem und ökologischem Kapital nicht aus. Die industrielle Wertschöpfung werde dadurch nicht reduziert, sondern zu weiterem quantitativem Wachstum angeregt (vgl. Paech 2005: 440).

Da innerhalb des kapitalistischen Systems keine Wohlstandszuwächse mehr zu verteilen seien, bedürfe es „[...] anderer Allokationsmechanismen, insbesondere ‚deglobalisierter‘ Versorgungsstrukturen, um eine bescheidenere Ressourcenbeanspruchung mit sozialer Stabilität vereinen zu können“ (Paech 2008: 10). Paech bezeichnet sein Alternativkonzept einer Postwachstumsökonomie auch als „Ökonomie der Bestandsoptimierung“ (Paech 2014: 96), innerhalb derer Wachstumsimpulse durch konstante Wertschöpfungsströme auf niedrigem Niveau abgelöst werden.

Die Postwachstumsökonomie zielt auf die Ausschaltung der strukturellen Wachstumszwänge und der kulturellen Wachstumstreiber ab. Ihren Kern bilden die Prinzipien der Subsistenz und der Suffizienz sowie eine Steigerung der Lebenszufriedenheit durch „Zeitwohlstand“ (vgl. Paech 2014: 10f). Anders als Daly geht Paech davon aus, dass die industrielle Produktion vor Erreichen eines stationären Zustands zunächst auf ein Niveau innerhalb der biosphärischen Grenzen reduziert werden müsse, lässt

das genaue Ausmaß dieser Reduktion jedoch offen.¹² Die vollständige Abschaffung jeglichen Wachstums hält er für illusorisch (vgl. Paech 2005: 28).

Zur Erreichung eines stationären Zustands sei zunächst ein *kultureller Wandel* nötig, in dessen Zuge „[...] Bedarfsausprägungen, die mit übermäßigem materiellem Konsum [...] einhergehen, durch attraktive Alternativen unterminier[t] [...]“ (Paech 2005: 447) würden. In der aktiven Gestaltung dieses Prozesses sieht Paech unternehmerisches Potenzial. Auf der Ebene eines *systemischen Wandels* ließen sich diese Ansprüche umsetzen, indem bestehende materielle Gebrauchsgüter zunächst durch Dienstleistungen ersetzt würden (Exnovation). Wo dies nicht möglich sei, könnten letztere entweder zur Verlängerung der Nutzungsdauer mittels Sanierung und Reparatur oder zur Rückführung gebrauchter materieller Produkte in den Konsumkreislauf (Rezyklierung) beitragen. Ein *technischer Wandel* bedeute schließlich die technische Erweiterung materieller Gebrauchsgüter zur Steigerung ihrer Nutzungsdauer und Effizienz (Renovation) sowie ihre Ersetzung durch materielle Innovationen, wo eine Renovation nicht mehr möglich sei. Voraussetzung hierfür sei, dass ein solcher Ersatz zu tatsächlichen Umweltentlastungen führe und die abgelösten Ver- und Gebrauchsgüter ökologisch rückführbar seien. Um weitere stoffliche Zuwächse zu vermeiden, sei die Vorgängertechnologie vollständig abzuschaffen (vgl. Paech 2005: 442, 447f).

Paech bezeichnet diese Prozesse als „stoffliche Nullsummenspiele“ (Paech 2014: 131). Die Kombination von Rezyklierung, Renovation, Exnovation und Innovation ermögliche zusammen mit ökologisch erfüllbaren Konsumansprüchen die schrittweise Lösung des Ziel-Mittel-Konflikts und forme die physisch-materielle Dimension der Wachstumsneutralität (vgl. Paech 2005: 252ff; 2014: 131f).

Die Basis der Postwachstumsökonomie bilden schließlich drei einander ergänzende Versorgungssysteme (vgl. Paech 2014: 118ff):

Entmonetarisierte Lokalversorgung: Voraussetzung hierfür sei ein ausbalancierter Rückbau der Industrieproduktion bei gleichzeitigem Aufbau von Subsistenzstrukturen, die zu kürzeren Wertschöpfungsketten führen sollten. Wo möglich, erfolge die Versorgung mit Gütern und insbesondere Nahrungsmitteln in Eigenproduktion. Dienstleistungen würden getauscht und Güter gemeinschaftlich genutzt, was ihre Zahl verringere, zugleich würde ihre Nutzungsdauer durch Pflege und Reparatur verlängert. Aus fremdversorgten Konsument*innen würden eigenständig handelnde „Prosumenten“ (Paech 2014: 123), die die von ihnen konsumierten Güter unter Einsatz von Zeit, praktischen Kompetenzen und in Improvisation sowie mithilfe sozialer Beziehungen selbst produzierten. Paech nennt

¹² Damit ist Paech sehr nahe an der Degrowth-Perspektive, die allerdings stärker auf das Ziel einer umfangreichen gesamtgesellschaftlichen Transformation ausgerichtet ist. Da die Postwachstumsökonomie als ökonomisches Konzept auf Wachstumsneutralität abzielt, wird sie hier trotz dieser großen Schnittmengen der entsprechenden Diskursperspektive zugeordnet.

dies „kreative Subsistenz“ (Paech 2014: 120) und schließt damit an die Idee der „modernen Subsistenz“ von Ivan Illich (1978) an:

„Let us call modern subsistence the style of life that prevails in a post-industrial economy in which people have succeeded in reducing their market dependence, and have done so by protecting – by political means – a social infrastructure in which techniques and tools are used primarily to generate use-values that are unmeasured and unmeasurable by professional need-makers.“ (Illich 1978: 93f)

Eine Verkürzung der Arbeitszeit – Paech plädiert für eine 20-Stunden-Woche – könnte die dazu benötigte Zeit freisetzen und das Arbeitsangebot der schrumpfenden Industrieproduktion anpassen. Durch die Entkommerzialisierung der fortan in Subsistenz bewirtschafteten Bereiche würde Geld schließlich immer überflüssiger (vgl. Paech 2014: 120-125).

Regionale Ökonomien: Nach dem Prinzip „[s]o regional wie möglich, so global wie nötig“ (Paech 2014: 118) würde die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung in kleinräumigen Zusammenhängen erfolgen. Den Hauptvorteil einer solchen Versorgung sieht Paech in der kürzeren Distanz zwischen Kapitalgeber*innen und Kapitalnehmer*innen, wodurch die Ansprüche des Kapitals gesenkt und Unsicherheiten abgebaut würden. Wenn die Produktnachfrager*innen zugleich Kapitalgeber*innen ihrer regionalen Produzent*innen seien, sinke zudem das Risiko des Kapitaleinsatzes und hohe Zinsen zu dessen Kompensation würden überflüssig. Informelle soziale Direktbeziehungen zwischen den Akteur*innen könnten das Paradigma der Nutzenmaximierung schwächen, außerdem bestehe Interessenkongruenz: Erhöhten Kapitalgeber*innen, die zugleich Produktnachfrager*innen und Kapitalverwender*innen wären, in einer regionalen Ökonomie ihre Rendite- bzw. Zinsansprüche, würden sie damit sich selbst schaden, da die Kapitalverwender*innen die Preise erhöhen müssten. Hingegen würde eine Mäßigung dieser Ansprüche im regionalen Kontext nicht automatisch einen Verlust bedeuten. Kapitalgeber*innen, die die Verwendung ihres Kapitals selbst kontrollierten, erführen vielmehr Erfüllung durch Förderung ihnen wichtiger ethischer Bereiche. Mittels zinsloser Komplementärwährungen, die unter dem Dach einer Hauptwährung in den regionalen Ökonomien ausgegeben würden, könnte die regionale Nachfrage gestärkt und Transportwege verkürzt werden, indem regionale Unternehmen vorzugsweise bei regionalen Zulieferern einkauften. Konsistente Stoffkreisläufe würden so vereinfacht und Produktionskapazitäten verringert, wodurch kapitalintensive Wertschöpfungsstufen wegfielen. Zudem würden weniger kapitalintensive Technologien rentabel, was die Chancen von Technologien mit geringerem Spezialisierungsgrad erhöhen würde. Diese ebenfalls von Illich (1973) entwickelten „konvivialen Technologien“ dienen als „use-value-oriented engineered artifacts“ (Illich 1978: 94) dazu, die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, ohne die Arbeit selbst durch Technologien zu ersetzen (vgl. Paech 2014: 58f). In Kombination mit einer Verkürzung der Arbeitszeit ließe sich so Beschäftigungssicherheit herstellen und das Streben nach maximaler Arbeitsproduktivität umkehren (vgl. Paech 2014: 114-119).

Leistungen aus globaler Arbeitsteilung: Wo sich die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung nicht mittels subsistenter Lokalversorgung oder durch die regionale Wirtschaft gewährleisten lässt, müsse sie nach wie durch global organisierte Fremdversorgung erfolgen, allerdings entsprechend der Auswirkungen von kulturellem, systemischem und technischem Wandel in kleinerem Maßstab (vgl. Paech 2014: 118).

Infolge dieser „partiellen Deglobalisierung“ (Paech 2014: 119) würden sich die relativen Preise zugunsten regional erzeugter Güter verändern, was sich allerdings auch erreichen ließe, indem alle industriell erzeugten Produkte entlang ihrer Wertschöpfungsketten mit ihren externen Kosten belastet würden. Zudem sei eine Verringerung der materiellen Kaufkraft zu erwarten, deren Folgen jedoch durch kreative Subsistenz aufgefangen würden.

Das Zusammenspiel von quantitativer Reduktion und qualitativem „Anders“ entspreche dem Nachhaltigkeitsprinzip der Suffizienz und gehe auf kultureller Ebene mit der Befreiung von Selbstdarstellungszwängen durch positionalen Konsum einher. Lebensstile würden entschleunigt und vom konsumtiven Überfluss „entrümpelt“ (Paech 2009: 29). Suffizienz bedeute demnach keinen Verzicht, sondern eine Steigerung der Lebensqualität: „Souverän ist nicht, wer viel hat, sondern, wer wenig braucht“ (Paech 2014: 130).

Der Einklang von Versorgungsansprüchen, eigenen produktiven Fähigkeiten und lokalen Ressourcen ermögliche schließlich ökonomische Souveränität, die sich als Balance zwischen Selbst- und Fremdversorgung ausdrücke (vgl. Paech & Paech 2008: 56f). Die gegenseitige Ergänzung von kreativer Subsistenz und Suffizienz mache derartige Lebensstile resilienter (vgl. Paech 2014: 130).

Unter dem Primat von Subsistenz und Suffizienz bestehe die Rolle der Unternehmen in einer Postwachstumsökonomie darin, Leistungen anzubieten, die die Prosumenten nicht selbst erbringen können. Daraus entstünden neue Unternehmen, die im Kontext regionaler Ökonomien zwar nach wie vor auf einem Markt agierten, deren Leistungen sich aber am Prinzip der stofflichen Nullsummenspiele orientierten: *Instandhalter* warten und beraten, um Verschleiß vorzubeugen und die Lebensdauer eines möglichst konstanten Hardwarebestandes zu verlängern. *Reparaturdienstleister* verhindern frühzeitige Entsorgung durch Reparatur, während *Renovierer* vorhandene Güter an aktuelle Bedürfnisse anpassen. *Umgestalter* kombinieren und konvertieren vorhandene Hardware und Infrastruktur in neue Nutzungsmöglichkeiten. *Provider* ersetzen zuvor eigentumsgebundene Konsumformen durch Dienstleistungen. *Intermediäre* senken die Transaktionskosten im Gebrauchtgüterhandel, um diese möglichst lange im Nutzungskreislauf zu halten, während *Designer* notwendige Neuentwicklungen auf Dauerhaftigkeit und Multifunktionalität ausrichten (vgl. Paech 2014: 133).

Zur Erreichung einer Postwachstumsökonomie sei der schrittweise Rückbau der industriell-arbeitsteiligen Versorgungssysteme und Infrastrukturen durch eine entsprechende Postwachstumspolitik zu begleiten. Dabei entsprechen Paechs Ansätze in vielen Punkten denen von Daly und Binswanger. Insbesondere seine Forderung nach einer *Geld- und Finanzmarktreform* orientiert sich mit der Einführung von „100%-Geld“ und „Vollgeld“ stark an letzterem. Bei der Geldschöpfung sieht Paech aber wie Daly den Staat und nicht die Zentralbank als zentralen Akteur. Das vom Staat neu geschöpfte Geld sei schließlich durch öffentliche Ausgaben in Umlauf zu bringen. Zudem spricht er sich ebenfalls für eine Finanztransaktionssteuer und die Stärkung von Genossenschaftsbanken aus, da letztere eine sozial-ökologische Orientierung ermöglichen.

Besondere Bedeutung misst Paech *regionalen Komplementärwährungen* bei, deren regional begrenzter Gültigkeitsradius zur Verkürzung von Wertschöpfungsketten beitragen könne. Wie bereits bei Binswanger angeregt, sei es notwendig, Anreize zur Hortung und Spekulation mit diesen Währungen zu unterbinden. Eine zinslose Umlaufsicherung könne dies gewährleisten, indem das Regionalgeld grundsätzlich zinslos konstruiert werde und automatisch an Wert verliere, wenn es nicht in einem bestimmten Zeitraum ausgegeben wird. Eine Gebühr bei Rücktausch in die weiterhin bestehende Hauptwährung hielte es im regionalen Kreislauf. Möglich sei es auch, Löhne zu einem Teil in der Regionalwährung auszuzahlen, dazu seien diese von den Finanzämtern zu akzeptieren. Mit der zinslosen Umlaufsicherung orientiert sich Paech an Silvio Gesells¹³ (1949) Konzept des „Freigeldes“, dessen ursprünglicher Gedanke darin besteht, dass Geld als Tauschmittel nur dann effektiv funktionieren könne, wenn es die Eigenschaften der gehandelten Waren teile, also verderblich sei und damit selbst keinen größeren Wert als den Wert dieser Waren darstelle. Damit entfallen der Anreiz zur Hortung und der Wachstumszwang des Geldes (vgl. Gesell 1949: 179ff):

„Die Waren im Allgemeinen [...] können nur dann sicher gegenseitig ausgetauscht werden, wenn es allen Leuten völlig gleichgültig ist, ob sie Geld oder Ware besitzen, und das kann nur dann der Fall sein, wenn das Geld mit all den üblen Eigenschaften belastet wird, die unseren Erzeugnissen ‚eigen‘ sind. Es ist das ganz klar. Unsere Waren faulen, vergehen, brechen, rosten, und nur wenn das Geld körperliche Eigenschaften besitzt, die jene unangenehmen, verlustbringenden Eigenschaften der Waren aufwiegen, kann es den Austausch schnell, sicher und billig vermitteln, weil dann solches Geld von niemand, in keiner Lage und zu keiner Zeit vorgezogen wird. [...] Wir müssen also das Geld als Ware verschlechtern, wenn wir es als Tauschmittel verbessern wollen.“ (Gesell 1949: 181f)

Paech schlägt zudem eine *Bodenreform* vor, die Boden als eine nicht-produzierbare endliche Ressource bestimmt, die von vorangegangenen Generationen übergeben wurde und entsprechend zu

¹³ Silvio Gesells Arbeiten zur Freiwirtschaftslehre, deren Bestandteil das hier verwendete „Freigeld“-Konzept ist, werden regelmäßig mit dem Vorwurf konfrontiert, antisemitische und sozialdarwinistische Tendenzen aufzuweisen (vgl. Altwater o.J.). Auch wenn derartige Vorwürfe umstritten sind (vgl. Onken 2004), distanziert sich der Verfasser dieser Arbeit hiermit ausdrücklich von jeglichen antisemitischen, sozialdarwinistischen, rassistischen oder anderweitig menschenverachtenden und diskriminierenden Positionen, ohne die rein technische Bedeutung des „Freigeld“-Konzeptes für den Postwachstumdiskurs in Frage zu stellen.

erhalten ist. Damit ist er nahe an Binswangers Forderung nach einem stärker patrimonial geprägten Eigentumsrecht, geht allerdings noch einen Schritt weiter. Boden dürfe nicht länger Privateigentum sein, vielmehr müssten private Investoren den Boden von der Gesellschaft – unter Berücksichtigung der ökologischen Begrenztheit dieser Ressource – pachten. Spekulationen ließen sich so verhindern. Die dadurch abgeschöpften Bodenrenten könnten schließlich an die Gesellschaft zurückverteilt werden.

Ein daran anknüpfendes Instrument sei die Versteigerung von Emissionsrechten. Dabei hält Paech den Ansatz des „cap and dividend“ von Peter Barnes (2008) für sinnvoller als Dalys cap-auction trade. Nach Barnes' Prinzip bestimmen die Regierungen nationale Emissionslimits und versteigern unter dieser Grenze jährlich handelbare Emissionsrechte, deren Zahl pro Jahr sinke und so die Emissionen reduziere. Die Gewinne dieser Auktionen verbleiben allerdings nicht bei der Regierung, sondern werden an die Gesellschaft zu gleichen Anteilen pro Kopf ausgeschüttet. Während das bei Daly und im europäischen Emissionshandel verwendete Prinzip eine Gratisausgabe von Emissionsrechten vorsehe, was dazu führe, dass private Unternehmen die zusätzlichen Energiekosten an die Konsument*innen weitergäben, wodurch sich die Profite der Verschmutzer*innen erhöhten, gleiche die Ausschüttung der Dividende an die Gesellschaft diese Belastungen aus. Von der Ausschüttung zu gleichen Teilen profitierten diejenigen besonders, die aufgrund ihres Emissionsverhaltens keine Emissionsrechte ersteigern müssten, wodurch weniger ressourcenintensive Lebensstile und damit vor allem ärmere Bevölkerungsgruppen unterstützt würden (vgl. Barnes 2008).

Zur Umverteilung sei zudem die Einführung eines *Minimal- und Maximaleinkommens* denkbar, sowie eine Verteilungs- und Steuerpolitik, die Arbeitszeitverkürzungen bzw. Arbeitsumverteilungen im privaten und öffentlichen Sektor erleichtere. Möglich sei auch ein Grundeinkommen, das an gemeinnützige Tätigkeiten zu binden und nach Bedürftigkeit zu staffeln sei.

Paech fordert außerdem ein *Moratorium für weitere Bodenversiegelungen* und ein Rückbauprogramm für versiegelte Flächen bzw. ihre Renaturierung oder Umnutzung, wo nicht anders möglich. Beispielsweise könnten wirtschaftlich obsolet gewordene Industrieflächen, wie stillgelegte Atomkraftwerke, zur Gewinnung erneuerbarer Energien genutzt werden, statt weitere Bodenflächen zu versiegeln. Entsprechend seiner Idee, Innovationen nur unter der Voraussetzung gleichzeitiger Exnovationen zu gestatten, sollte die Nutzung unberührter Böden mit der Renaturierung von Ausgleichsflächen einhergehen.

Nötig sei zudem der *Abbau staatlicher Subventionen*, sofern diese ökologisch und sozial schädlich seien und nur dazu dienten, ein lahmendes Wachstum aufrechtzuerhalten. Die Staatsverschuldung ließe sich so verringern.

Zur Abkehr von den Idealen des Fortschrittsoptimismus und der globalen Mobilität müsste der *Erziehungs- und Bildungssektor reformiert* werden, um den Wert von ergänzenden handwerklichen Fähigkeiten und von Sesshaftigkeit zu vermitteln sowie über den globalen Maßstab des eigenen Handelns aufzuklären.

Auch Paech tritt für *nachhaltigere Unternehmensformen*, wie Genossenschaften, Stiftungen und Non-Profit-Unternehmen, ein. Unternehmen sollten zudem verpflichtet werden, ihre Produkte im Einzelhandel entsprechend der Ökobilanz ihrer Lebenszyklen zu kennzeichnen. Werbung sei grundsätzlich einzuschränken (vgl. Paech 2014: 99-101).

4.3 Degrowth

Gegenüber Wachstumsneutralität und Wachstumsreduktion nehmen die Anhänger der Degrowth-Bewegung eine wesentlich radikalere Position zum Wachstumsparadigma ein. Der in seiner heutigen Form erst seit der Jahrtausendwende bestehende Ansatz hat seine Ursprünge in Frankreich und stellt im Gegensatz zum Großteil der bisher betrachteten Ansätze kein geschlossenes ökonomisches Konzept dar, sondern lässt sich treffender als eine soziale Bewegung an der Schnittstelle von Aktivismus und Wissenschaft charakterisieren. Wirtschaftswachstum zur Erreichung gesellschaftlicher Wohlfahrt wird hier nahezu vollständig abgelehnt, im Zentrum steht vielmehr eine umfassende gesellschaftliche Transformation, die unter anderem eine Reduktion der wirtschaftlichen Tätigkeit voraussetzt, in ihren lebenspraktischen Implikationen aber weit darüber hinausgeht und auch die Frage nach der Eignung des kapitalistischen Systems offen stellt.

Demaria et al. (2013) definieren Degrowth als „[...] a democratically led redistributive downscaling of production and consumption in industrialised countries as a means to achieve environmental sustainability, social justice and well-being“ (Demaria et al. 2013: 209).

Der Ansatz lässt sich grob anhand von vier Zieldimensionen strukturieren: 1. Georgescu-Roegens Bioökonomik folgend sollen der Energie- und Materialdurchsatz von Produktion und Konsum auf ein Niveau zurückgeführt werden, das die biophysikalischen Grenzen des globalen Ökosystems nicht überschreitet; 2. Marktbestimmtheit und Wachstumsorientierung des Sozialen sollen ersetzt werden durch die Idee des bescheidenen Wohlstands („frugal abundance“); 3. Demokratische Institutionen sollen auf Bereiche ausgeweitet werden, die sie heute nicht erfassen, unter anderem auf Technologien; 4. Wohlstand und Reichtum sollen grundsätzlich gleich verteilt werden, sowohl zwischen globalem Norden und Süden als auch zwischen gegenwärtigen und zukünftigen Generationen (vgl. Demaria et al. 2013: 209).

Seinem Selbstverständnis nach ist Degrowth kein Wirtschaftsmodell, sondern zuallererst „[...] a political slogan with theoretical implications“ (Latouche 2010: 519), unter dem sich eine Vielfalt von Akteur*innen versammelt, deren individuelle Zielvorstellungen sich den genannten Dimensionen zumindest annähern. Im Anschluss an Erving Goffman (1974) verstehen Demaria et al. die Gesamtheit der diesem „politischen Slogan“ zugrundeliegenden Ideen als ein gemeinsames Framing der Bewegung, das eine geteilte handlungsleitende Interpretation der jeweils individuell wahrgenommenen gesellschaftlichen Verhältnisse ermögliche (vgl. Demaria et al. 2013: 194). Die politisch-aktivistischen Forderungen konzentrieren sich so in einer sozialen Bewegung, die den ursprünglichen Aktivismus mit real praktizierten alternativen Lebensentwürfen vereine und seit kurzem auch wissenschaftliche Aufmerksamkeit erhalte, insbesondere aus der ökologischen Ökonomik, die sich das im aktivistischen Spektrum angesammelte Praxiswissen zunutze mache (vgl. Demaria et al. 2013: 193f). Martínez-Alier et al. (2011) bezeichnen dies als „activist led science“ (Martínez-Alier et al. 2011: 18) und problematisieren die Folgen für die wissenschaftliche Ethik.¹⁴

Als philosophischer und ökonomischer Vordenker der Bewegung in ihrer heutigen Form gilt Serge Latouche, der seinen Entwurf einer postindustriellen Ökonomie unter Rückbesinnung auf die ursprünglichen Grundlagen menschlichen Wohlbefindens in seinem Werk *Farewell to Growth* (2009) formuliert. Möglich werde eine solche ökologisch wie sozial nachhaltige Gesellschaft durch die Umsetzung der acht „R’s“ – „[...] re-evaluate, reconceptualize, restructure, redistribute, relocalize, reduce, re-use and recycle [...]“ (Latouche 2009: 33) –, die gemeinsam einen „virtuous circle of quiet contraction“ (Latouche 2009: 33) bilden. Egoismus, Wettbewerb, Fremdbestimmung und Herrschaft über die Natur seien als gesellschaftliche Werte zu ersetzen durch Altruismus, Kooperation, Selbstbestimmung und Einklang mit der Natur („re-evaluate“). Das bestehende Konzept einer Ökonomie, die natürlichen Reichtum in künstliche Knappheiten umwandle, sei mittels einer Neudefinition von Armut und Wohlstand abzuschaffen („reconceptualize“). Die Produktionsweise sei den neuen Werten zu unterwerfen, was in ihrer kapitalistischen Form nicht möglich sei – der Kapitalismus gehöre überwunden („restructure“). Daraus folge notwendigerweise die Umverteilung des Wohlstands und des Zugangs zu natürlichen Ressourcen („redistribute“). Lokale Produktion sei gegenüber globalen Ver-

¹⁴ Sekulova et al. (2013) begegnen dem Vorwurf, die wissenschaftliche Degrowth-Debatte sei zu normativ, damit, dass die Suche nach Alternativen zum derzeit politisch Möglichen an sich schon nicht neutral und rein analytisch sein könne. Die Annahme eines unbegrenzten und erstrebenswerten wirtschaftlichen Wachstums sei demgegenüber nicht weniger normativ, werde aber höchstens hinter vorgehaltener Hand hinterfragt: „The concept of sustainable degrowth has not been seriously considered or embraced by politicians, not even mainstream environmental NGOs, because many people find taboo to discuss it openly, even while agreeing with many of the ideas behind it, not least the impossibility and unsustainability of eternal economic growth“ (Sekulova et al. 2013: 5). Degrowth biete die Möglichkeit, aus den Denkstrukturen des Status Quo auszubrechen. Ein Beispiel für die Gleichzeitigkeit von Wissenschaft und Aktivismus ist François Schneider, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Umweltwissenschaft und -technologie der Autonomen Universität Barcelona und Mitgründer der wissenschaftlichen Vereinigung Research & Degrowth (siehe <http://www.degrowth.eu>). Ab dem Jahr 2004 reiste er für 14 Monate durch Frankreich, um den Degrowth-Gedanken zu verbreiten – zu Fuß und in Begleitung eines Esels (vgl. Demaria et al. 2013: 193).

sorgungsketten zu stärken („relocalize“). Übermäßiger Konsum, der die Kapazitäten der Ökosphäre überschreite, sei zu reduzieren („reduce“) und die Wiederverwertung und Weiternutzung von Gütern auszubauen („re-use“ und „recycle“) (vgl. Latouche 2009: 33ff; 2012: 75; Pennekamp 2011: 36). Die acht Rs zusammengenommen führten schließlich zu einer Gesellschaft der modernen Subsistenz, wie sie auch Paech im Anschluss an Illich verwendet (vgl. Latouche 2010: 522; 2012: 77f).

Latouche sieht die theoretischen Ursprünge der Degrowth-Bewegung zum einen in der ökologischen Wachstumskritik und Georgescu-Roegens Bioökonomik, zum anderen in der Kritik des französischen Postdevelopmentalismus an Entwicklungspolitik und Technologieglauben unter anderem von Ivan Illich und André Gorz (vgl. Latouche 2010: 520).

Der französische Begriff *Décroissance* sei vermutlich zuerst in französischen Übersetzungen der Werke von Georgescu-Roegen verwendet worden und im weiteren Verlauf der 1970er Jahre immer wieder im Rahmen der ökologischen Wachstumskritik aufgetaucht, allerdings in der negativen Verwendung von Schwund oder Rezession, was nicht dem heutigen Selbstverständnis der Bewegung entspreche (vgl. Demaria et al. 2013: 195; Latouche 2010: 519). Die teilweise nahezu verzweifelt anmutende Suche nach dem passenden Begriff, der den positiven Aspekt der Befreiung vom „[...] heavy blanket of economic totalitarianism“ (Latouche 2010: 520) gegenüber der geläufigen Assoziation von ausbleibendem Wachstum mit Armut und Verwahrlosung in den Vordergrund stellt, kann heute als stellvertretend für die widersprüchliche Außenwahrnehmung der Bewegung gesehen werden. Die von Seidl & Zahrnt (2010a) verwendete deutsche Übersetzung als Wachstumsrücknahme scheint dieses Problem ebenso wenig lösen zu können wie das englische Degrowth, das sich schließlich als Kompromiss durchgesetzt hat. Beide implizieren eine Gleichsetzung von Degrowth und negativem Wachstum, was Latouche als eine „[...] paradoxical expression and absurdity which represents the domination of our imagination by growth [...]“ (Latouche 2010: 521) ablehnt. Degrowth sei umfassender als eine bloße Schrumpfung des BIPs. Für Latouche folgt aus dem ungebrochenen Wachstumsglauben, der sich nicht durch eine qualitative Steigerung des Wohlstands rechtfertigen lasse, dass die Ökonomie eine Religion sei (Latouche 2010: 522). Eine Ansicht, die auch von Daly geteilt wird (vgl. Daly 2008: 3). Analog zum Atheismus-Begriff schlägt Latouche daher den Begriff „a-growth“¹⁵ (Latouche 2010: 522) vor:

¹⁵ Latouches provokative Verwendung von a-growth ist nicht zur Verwechslung mit demselben Begriff bei Bergh & Kallis (2012). Bergh leitet aus seiner Kritik am BIP (vgl. Bergh 2009; s. Kap. 2.2.2) eine Alternative zum Degrowth-Ansatz ab, die nicht per se auf die Verkleinerung der Wirtschaft abzielt, sondern darauf, das BIP als Wohlstandsindikator vollständig zu ignorieren, um wirksame soziale und ökologische Regulierungen durchzusetzen, die sich nicht an der Allgegenwärtigkeit des BIPs messen müssen: „Following an a-growth strategy, we would, in some periods, be willing — without even realizing it — to give up some GDP growth for a better environment, more employment, more leisure time, and improved public services; that is, when this approach yields improvements in individual well-being and overall social progress. In other periods, desirable economic change might well be consistent with growth, but nobody should really care. The most important thing is that an a-growth view could enhance the social-political acceptability of such key public policies that matter for welfare“

„It is not a question of substituting a ‚good economy‘ for a ‚bad‘, a good growth or a good development with a bad one by repainting them in green, or social, or equitable, with a more or less strong dose of official regulation, or hybridization by the logic of gifts and solidarity, but a question of just leaving the economy.“
(Latouche 2010: 522)

In Frankreich wurde *Décroissance* ab 2001 in Lyon im Zuge von Protesten für autofreie Städte, Nahrungsmittelkooperativen und gegen Werbung zu einem aktivistischen Slogan, gefolgt von Italien in 2004 (*Decrescita*) sowie Katalonien (*Decreixement*) und Spanien (*Decrecimiento*) in 2006 (vgl. Demaria et al. 2013: 195). Mit der seit 2004 in Frankreich monatlich erscheinenden Zeitschrift *La Décroissance*¹⁶ erhielt die Bewegung landesweite Aufmerksamkeit. Beachtung als wissenschaftliches Forschungsfeld erfuhr sie in größerem Rahmen erstmals 2008 mit der ersten Degrowth-Konferenz in Paris, aus der eine Erklärung der Ziele der Bewegung hervorging (vgl. Demaria et al. 2013: 195; Research & Degrowth 2010: 523):

- „[...] an emphasis on quality of life rather than quantity of consumption;
- the fulfilment of basic human needs for all;
- societal change based on a range of diverse individual and collective actions and policies;
- substantially reduced dependence on economic activity, and an increase in free time, unremunerated activity, conviviality, sense of community, and individual and collective health;
- encouragement of self-reflection, balance, creativity, flexibility, diversity, good citizenship, generosity, and non-materialism;
- observation of the principles of equity, participatory democracy, respect for human rights, and respect for cultural differences [...].“ (Research & Degrowth 2010: 523)

Seither fanden alle zwei Jahre weitere internationale Konferenzen statt, zuletzt 2014 in Leipzig, auf denen – begleitet von einer wachsenden Zahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen und einigen Sonderausgaben internationaler Journals – unter anderem Versuche unternommen wurden, aus den einzelnen Strömungen der Bewegung Ansätze für praktisch umsetzbare und theoretisch fundierte „Economics of Degrowth“ (Kallis et al. 2012) herauszuarbeiten.

Einem Schema von Flipo (2007) folgend identifizieren Demaria et al. sechs nicht-konkurrierende inhaltliche Strömungen, an deren Schnittpunkten das Framing der Degrowth-Bewegung entstehe:

Ökologie: Ökosysteme werden nicht als bloße Rohstoffquellen, sondern als an sich wertvoll und schützenswert angesehen. Zwischen Ökosystemen, industrieller Produktion und Konsum besteht demnach Konkurrenz. Eine absolute Entkopplung von industriellem Wachstum und ökologischer Zerstörung sei nicht absehbar, daher müsse der Druck auf die Ökosysteme durch menschliche Verhaltensänderungen reduziert werden. Natürliche Güter werden als erhaltenswerte Gemeingüter betrachtet, die nicht verbraucht werden dürfen (vgl. Demaria et al. 2013: 196).

(Bergh & Kallis 2012: 912). Bergh bezeichnet seinen Ansatz – vermutlich in Abgrenzung zu Latouches Wachstumsatheismus – als „agnostisch“ (Bergh & Kallis 2012: 910). Da sich a-growth hauptsächlich in seinem Verhältnis zum BIP von Degrowth unterscheidet, nicht aber in seinen Reform- und Umsetzungsmaßnahmen, wird es an dieser Stelle nicht als eigenständige Diskursperspektive eingeführt, sondern als eine Erweiterung des Degrowth-Ansatzes aufgefasst.

¹⁶ siehe <http://www.ladecroissance.net>

Developmentalismuskritik und Anti-Utilitarismus: Degrowth wird hier als „missile word“ (Demaria et al. 2013: 196) verstanden, „[...] which strikes down the hegemonic imaginary of both development and utilitarianism“ (Demaria et al. 2013: 196). Aus postdevelopmentalistischer Sicht wird eine Uniformisierung von Kulturen durch den Export von Technologien, Konsumverhalten und Produktionsweisen des globalen Nordens kritisiert. Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung wird in seiner konventionellen Lesart als Oxymoron kritisiert und abgelehnt. Zur Ablösung des utilitaristischen Modells des Homo Oeconomicus wird im Anschluss an Latouches re-evaluate-Begriff ein Wertewandel gefordert, „[...] giving importance to economic relations based on gifts and reciprocity, where social relations and conviviality are central“ (Demaria et al. 2013: 197).

Sinn des Lebens und Wohlbefinden: Ausgehend vom Easterlin-Paradox steht hier ein möglichst suffizienter, konsumreduzierter Lebensstil der „voluntary simplicity“ (Demaria et al. 2013: 197) im Zentrum, dessen materielle Einfachheit und Bescheidenheit nicht als Einschränkung, sondern als Befreiung von bestehenden Konsumzwängen begriffen wird (vgl. Demaria et al. 2013: 197).

Bioökonomik: Die Strömung folgt der bioökonomisch fundierten Wachstumskritik von Georgescu-Roegen und ist eng mit der Ökologie-Strömung verflochten, mit der sie ihre Skepsis gegenüber technologischen Effizienz- und Entkopplungsmaßnahmen teilt. Angesichts von Jevons-Paradox und Rebound-Effekten werden nicht-technische Wege der Reduktion von Material- und Energieflüssen bevorzugt (vgl. Demaria et al. 2013: 198).

Demokratie: „[D]egrowth is a response to the lack of democratic debates on economic development, growth, technological innovation and advancement“ (Demaria et al. 2013: 199), fassen Demaria et al. diese Strömung zusammen, die von einem inneren Konflikt zwischen eher reformorientierten und stärker postkapitalistischen, revolutionär motivierten Positionen gekennzeichnet ist. Während Anhänger der ersteren dafür plädieren, die bestehenden demokratischen Institutionen zu erhalten, um Erreichtes nicht aufs Spiel zu setzen, fordern letztere die Neuschaffung von direkt- und basisdemokratischen Institutionen (vgl. Demaria et al. 2013: 199).

Gerechtigkeit: Anstatt zur Armutsbekämpfung auf Wirtschaftswachstum zu hoffen, sei es wirksamer, Konkurrenz zu verringern, umfangreich umzuverteilen, Güter zu teilen und exzessive Einkommen zu reduzieren. Degrowth sei in der Lage, soziale Vergleiche und Neid zu reduzieren, beispielsweise indem Konsumzwänge mithilfe von Einkommensbegrenzungen geschwächt, durch die Öffnung von Staatsgrenzen ein Instrument zum Erhalt internationaler Ungleichheiten abgeschafft werde, oder durch eine Senkung des Lebensstandards der reichsten Bevölkerungsgruppen des globalen Nordens. Ungerechtigkeiten der Vergangenheit seien auszugleichen, beispielsweise im Sinne einer ökologischen Verschuldung des globalen Nordens gegenüber dem Süden oder Ausgleichszahlungen für die

vergangene koloniale Ausbeutung. Eine globale Umverteilung von Ressourcen und Wohlstand innerhalb und zwischen den Ökonomien müsse auch soziale und ökologische Kosten beinhalten. „Degrowth of resource exploitation to secure basic access to ecosystem services in the Global South and poorer fringes everywhere is consensual among authors“ (Demaria et al 2013: 200).

Wie die Darstellung der historischen Wurzeln und gegenwärtigen Strömungen verdeutlicht, lässt sich die Degrowth-Bewegung nicht auf Forderungen nach einem negativen Wirtschaftswachstum reduzieren. Das „redistributive downscaling of production and consumption“ (Demaria et al. 2013: 209) dürfte zwar zumindest in den Industriestaaten mit einem negativen Wachstum des BIPs einhergehen. Das BIP wird als Wohlfahrtsindikator jedoch abgelehnt und sein Schrumpfen lediglich als ein mögliches Nebenprodukt der sozialen, kulturellen und ökonomischen Transformation von der „growth society“ zur „degrowth society“ (Latouche 2010: 521) hingenommen, ohne den Erfolg oder Misserfolg der Bewegung von seiner Entwicklung abhängig zu machen (vgl. Sekulova et al. 2013: 2). „The movement has an urgent pending task: to elaborate a transition [...] path in rich societies from the actual crisis of economic growth to socially accepted degrowth“ (Demaria et al. 2013: 207).

Die wichtige Rolle, die Goergescu-Roegen sowohl in der Begriffsgeschichte als auch in der theoretischen Fundierung der Bewegung zukommt, hat allerdings dazu geführt, dass dessen radikale Haltung gegenüber jeglichem Produktionswachstum auch in der Degrowth-Forschung lange Zeit übernommen wurde und mit ihr auch die strikte Ablehnung eines wie auch immer gearteten stationären Zustands (vgl. Kerschner 2010: 544). Diese Position verbaut jedoch die Sicht auf einen anzustrebenden Zielzustand, in dem sich die Forderungen der Bewegungen manifestieren. Implizit finden sich Vorstellungen eines solchen Zustands zwar in den acht Rs von Latouche und in der Degrowth-Erklärung. Wie die Wirtschaft einer Degrowth-Gesellschaft funktionieren könnte, bleibt so jedoch offen, was innerhalb der Bewegung auch kritisch reflektiert wird. Latouche selbst führt an, dass Degrowth in einer Wachstumsgesellschaft zum wirtschaftlichen und sozialen Kollaps führen müsse, was die oben genannte Transformation zur Degrowth-Gesellschaft notwendig mache (vgl. Latouche 2010: 521). Kallis et al. (2012) werden konkreter:

„Economic degrowth can be unstable. It can lead to unemployment, therefore to a lack of effective demand, resulting in even more unemployment, more state expenditures for unemployment benefits and a fiscal crisis of the state [...].“ (Kallis et al. 2012: 173)

Sie fügen hinzu, „[h]owever, nobody in the [...] literature is preaching degrowth forever“ (Kallis et al. 2012: 173). Dieser Konsens ist unter anderem auf Kerschner zurückzuführen, der den Degrowth-Gedanken schließlich mit Dalys makroökonomischem Modell einer Steady-State Economy zusammenführte. Degrowth wird damit zu einem Prozess, der fortwährend nach dem Ideal einer SSE strebt, ohne diesen Zustand je erreichen zu können:

„In my view it is therefore important not to define the SSE as a goal that can actually be arrived at in terms of an end-point. This is practically impossible due to the difficulties in resisting entropic dissipation of materials over the long run and the socioeconomic, political and ecological complexity involved in determining and deciding upon a steady-state throughput level. Instead I shall [...] define a SSE as an ‚unattainable goal‘, thereby embracing that complexity, without taking away the validity of the goal itself.“ (Kerschner 2010: 548)

Auf diese Weise werde die makroökonomische Schwäche von Degrowth zu einem Teil ausgeglichen und zugleich der Top-Down-Charakter der SSE um die Praxisorientierung des Degrowth-Aktivismus erweitert (vgl. Kerschner 2010: 549).

Nach Sekulova et al. (2013) stellt die Idee des bescheidenen aber dadurch „reicheren“ Lebens, die dem Degrowth-Gedanken zugrundeliegt, die Bewegung aber vor ein grundsätzliches Problem: Ohne von einem Großteil der Gesellschaft geteilt und durch entsprechende Institutionen unterstützt zu werden, würde ein solcher Lebensstil für die Menschen, die ihn in die Praxis umsetzen, zu große Opfer bedeuten. Degrowth stehe damit vor der doppelten Herausforderung, zum einen die soziale und ökonomische Komplexität der Gesellschaft reduzieren und zum anderen Wege finden zu müssen, um mit dieser Komplexität im Sinne des Degrowth-Gedankens umzugehen und den gesellschaftlichen Kontext zu beeinflussen (vgl. Sekulova et al. 2013: 5).

Ersteres bedürfe Ansätzen auf der Mikroebene, wie der Relokalisierung der Produktion, der Verringerung von Wertschöpfungsstufen, der Reduktion der Geräte und der Güter, die pro Haushalt genutzt oder konsumiert werden, und die Einführung einfacherer Technologien. Der zweiten Herausforderung sei auf der Makroebene zu begegnen, wobei die Maßnahmen auf die bestehende Komplexität reagieren müssten. Die Regulierung von Werbung, eine Verrechtlichung von Jobsharing, ein Minimal- und Maximaleinkommen, nicht-handelbare Emissions- und Ressourcenausbeutungsrechte, die bewusste Nichtnutzung fossiler Ressourcen, Infrastrukturinvestitionen weg vom schnellen Individualverkehr und die Stärkung sozialer und ökologischer Standards seien entsprechende Makromaßnahmen (vgl. Sekulova et al. 2013: 5).

Diese erste Aufzählung macht bereits die großen Überschneidungen zwischen Degrowth und den wachstumsneutralen Modellen von Daly und Paech deutlich. Im Folgenden wird daher nur noch auf zentrale Inhalte eingegangen, insbesondere auf den Bereich Arbeit.

Unter der Annahme einer durch knappe fossile Ressourcen sinkenden Energieversorgung sehen Sekulova et al. in einer *Neustrukturierung der Arbeit* eine Möglichkeit, die beiden Herausforderungen zu verbinden. Durch die Organisation von Arbeit im informellen Rahmen von Haushalt und Gemeinschaft sowie durch soziale Unternehmensverfassungen ließe sich eine Entkommerzialisierung sozialer Beziehungen erreichen (vgl. Sekulova et al. 2013: 5).

Neben der bereits bei Paech genannten Arbeitsverkürzung stehen dabei die Ideen einer Jobgarantie und das Jobsharing im Mittelpunkt. Vorausgesetzt eine Verringerung von Lohnarbeit sei gesellschaftlich tragbar, könnten beide Maßnahmen Arbeitslosigkeit entgegenwirken (vgl. Sekulova et al. 2013: 5). Dabei stelle die Jobgarantie eine dauerhafte Ergänzung zur privaten Lohnarbeit dar und ziele darauf ab, Beschäftigungssicherheit vom wirtschaftlichen Wachstum zu entkoppeln. Arbeit werde damit zu einem politischen Recht (vgl. Sekulova et al. 2013: 4). Jobsharing, die Aufteilung eines Jobs auf mehrere dann kürzer arbeitende Personen, die sich den Lohn der zuvor einzeln besetzten Arbeitsstelle teilen, könne dieses Recht ergänzen und Arbeitslosigkeit – in der Theorie – trotz ausbleibenden Wachstums verhindern. Sekulova et al. begreifen Jobsharing als Umsetzung der Jobgarantie. Ohne die gleichzeitige Umverteilung der Arbeit sei eine Jobgarantie mit enormem administrativem und finanziellem Aufwand verbunden, um unterschiedlichsten Fähigkeiten entsprechende Jobs zuzuordnen. Die Aufteilung des Lohnes bei gleichzeitiger Arbeitszeitverkürzung begegne dem Kostenproblem und impliziere zudem die Einführung eines Minimal- und Maximizeinkommens (vgl. Sekulova et al. 2013: 4).

Kallis et al. stellen diesen Annahmen eine kritischere Perspektive gegenüber. Angesichts schwindender fossiler Energiereserven und des Mangels an Alternativen, die ausreichen würden, um weiteres Wachstum zu ermöglichen, werde sich die Arbeitsproduktivität absehbar nicht weiter steigern lassen. In einer Degrowth-Gesellschaft sei Arbeitslosigkeit demnach kein besonderes Problem, es müsse sogar mehr statt weniger gearbeitet werden. Sie wehren sich jedoch dagegen, Degrowth auf die Aspekte Bescheidenheit und Arbeitszeitverkürzung zu reduzieren (vgl. Kallis et al. 2012: 176). Langfristig möge die Energieknappheit mehr Arbeit notwendig machen, diese müsse aber nicht zwingend die Form formalisierter Lohnarbeit annehmen (vgl. Sekulova et al. 2013: 5).

Das Konzept der „amateur economy“ (Sekulova et al. 2013: 4) zielt auf eine aktive Reduktion der Arbeitsproduktivität ab. Ähnlich wie Illichs konviviale Technologien wird hier Beschäftigungssicherung durch arbeitsintensive Tätigkeiten, darunter auch gemeinschaftliche Subsistenzwirtschaft und Selbstversorgung, mit hohem sozialem Wert angestrebt – unbezahlt, freiwillig und persönlich motiviert. Die aus dem Jobsharing resultierende Arbeitszeitverkürzung setze die dazu nötige Zeit frei. Bei geringerem physischen Output und reduzierter Energieintensität steigere diese Form der Arbeit das Wohlbefinden (vgl. Sekulova et al. 2013: 4). Zu berücksichtigen sei allerdings, dass die aus der Arbeitszeitverkürzung resultierende Freizeit konsum- und ressourcenintensives Verhalten fördern könne, was das wirtschaftliche Wachstum zusätzlich ankurbelt, statt es zu dämpfen (vgl. Kallis et al. 2012: 176). Dennoch seien derartige arbeitsintensive Tätigkeiten in Ergänzung zur regulären Lohnarbeit dringend notwendig, um angesichts der größeren Freizeit Lebenssinn zu stiften. Grundlage für eine Steigerung des Wohlbefindens sei die Anerkennung der unentgeltlichen Arbeit (vgl. Kallis et al.

2012: 176). Dabei komme der weiterhin unterbewerteten und überwiegend von Frauen verrichteten Haushaltsarbeit besondere Bedeutung zu, da die dort erbrachten Leistungen weniger energie- und ressourcenintensiv seien als dieselben Leistungen im monetären Sektor. Aufgrund ihrer anti-utilitaristischen Ausrichtung sei eine Kommodifizierung hier aber unbedingt zu vermeiden (vgl. Sekulova 2013: 4).

Da nicht davon auszugehen sei, dass die Möglichkeiten zur unentgeltlichen Arbeit und damit der Zugang zur ihrer Anerkennung gesellschaftlich gleich verteilt sind, sei die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens denkbar, dass allen Bürger*innen ab der Geburt ausgezahlt und über Steuern finanziert würde. Dadurch ließe sich eine zumindest minimale finanzielle Sicherheit gewährleisten, der Zwang zur Lohnarbeit würde verringert und damit die soziale Not bei Arbeitslosigkeit. Zudem würden nicht-kommodifizierte, weniger ressourcenintensive Tätigkeiten gefördert. In der Folge würde vermutlich die Gesamtproduktion sinken, was jedoch wünschenswert sei, solange die daraus resultierenden Wohlstandseinbußen durch mehr Freizeit ausgeglichen würden (vgl. Kallis et al. 2012: 176).

Auch aus der Degrowth-Perspektive werden neue Geldformen, insbesondere die Nutzung *regionaler Komplementärwährungen*, angeregt, um unter einer weiterhin von der Zentralbank ausgegeben Referenzwährung die bei Paech ausgeführten Vorteile zu nutzen (vgl. Kallis et al. 2012: 175; Douthwaite 2012: 192). Douthwaite (2012) begründet das Potenzial regionaler Währungen mit den regional unterschiedlichen Auswirkungen sinkender fossiler Energiereserven. Während Regionen mit eigenen Ressourcenvorkommen ihr Wohlstandsniveau halten könnten, seien andere gezwungen, Energie zu importieren. Eine eigene Komplementärwährung könnte in ressourcenärmeren Regionen zur Stärkung der Exporte entwertet werden (vgl. Douthwaite 2012: 191f). Grundsätzlich sollten Regionalgelder nicht durch Versprechungen abgesichert sein, um sie schuldfrei zu halten (vgl. Douthwaite 2012: 192f).

Ein weiterer Vorschlag betrifft die Einführung einer *zinslosen Geldform* nicht nur auf regionaler, sondern auf gesamtwirtschaftlicher Ebene – auch hier steht Gesells „Freigeld“ Pate –, um einen stationären Zustand des Nullwachstums herbeizuführen, in dem weder gespart noch investiert, sondern der Kapitalbestand konstant gehalten werde (vgl. Kallis et al. 2012: 175f). Eine aggregierte Sparquote von Null würde schließlich die von Keynes so bezeichnete „[...] euthanasia of the rentier [...]“ (Keynes 2003 [1930]: 24.II) bedeuten und damit das Ende der Kapitalakkumulation (vgl. Kallis et al. 2012: 175f).

Zur Emissionsbegrenzung regt Douthwaite das Prinzip des „cap and share“ (vgl. FEASTA 2008) an, das im Grunde Barnes' cap and dividend auf die globale Ebene ausdehne. Auch hier werde eine Emis-

onsgrenze festgelegt, die unterhalb des Angebots fossiler Brennstoffe liegen müsse und jährlich zu senken sei. Die globale Bevölkerung erhalte pro Kopf denselben Anteil an den globalen Emissionen zugesprochen. Dieser Anteil könne an einen „Global Climate Trust“ (Douthwaite 2012: 190), gebildet von den UN oder G20-Staaten, verkauft werden, der die Emissionsrechte wiederum jährlich an die Förderer und Nutzer fossiler Brennstoffe zur Deckung ihres Emissionsbedarfs, der sich aus dem Umfang der Verbrennung fossiler Ressourcen ergebe, verkaufe. Die Einkommen, die die Weltbevölkerung aus dem Verkauf der Emissionsanteile generiere, dienen dem Ausgleich der steigenden Energiekosten und sollen verhindern, dass ärmere Gruppen durch die Preissteigerungen von der Energieversorgung abgeschnitten würden, was die Folge wäre, wenn die fossile Energie über den Markt verteilt würde (vgl. Douthwaite 2012: 190).

Der Global Climate Trust entspreche einer Art Kartell der Energieproduzenten und Ressourcenausbeuter, deren Anreiz, einem solchen System beizutreten, darin bestünde, dass ihr Output zwar jährlich sinke, die steigenden Energiepreise aber ihr Einkommen stabilisierten. Eine kurzfristige Gewinnorientierung würde somit durch langfristige Stabilität abgelöst. Die Einnahmen des Trusts könnten verwendet werden, um steigende Energie- und Lebensmittelpreise zu kompensieren, oder für Anreizzahlungen an Länder, die fossile Ressourcen bewusst nicht ausbeuten oder Wälder, die zugleich CO₂-Speicher seien, nicht zur Produktion von Biokraftstoffen opferten. Außerdem sei ein Härtefall-Fonds denkbar für Menschen, die besonders hart vom Klimawandel betroffen sind oder für die eine Einschränkung der Nutzung fossiler Ressourcen unverhältnismäßige Opfer bedeutete. Auch Investitionen in erneuerbare Energien seien möglich (vgl. Douthwaite 2008: 190f).

Der ursprünglichen Praxisorientierung der Bewegung entsprechend komme zudem der Förderung *innovativer lokaler Lebensstile*, den sogenannten „Nowtopias“ (Carlsson & Manning 2010), besondere Bedeutung zu (vgl. Kallis et al. 2012: 176). Derartige Gemeinschaften verfolgen die Schaffung postkapitalistischer Räume, indem sie sich bewusst dem Kapitalismus und seinen Institutionen, wie Privatbesitz und Lohnarbeit, entziehen. Dies geschehe in Form von Konsument*innen-Produzent*innen-Kooperativen, Urban Gardening, Pirate Programming, geldlosen Märkten sowie diversen Varianten des Teilens, wie Cohousing, Hausbesetzungen, Couchsurfing, Carsharing oder dem Teilen von Werkzeugen (vgl. Lietaert 2010; Kallis et al. 2012: 176).

Kallis et al. merken an, dass viele dieser Praktiken, insbesondere der Eigenanbau von Nahrungsmitteln oder Tauschhandel, bereits seit Langem von Bedürftigen und gesellschaftlich an den Rand Gedrängten genutzt würden, was dem Kapitalismus insofern in die Hände spiele, als dieser seit jeher versuche, die Reproduktion der Arbeitskräfte auf den häuslichen Bereich abzuwälzen. Aus Degrowth-Perspektive seien derartige Praktiken interessant, weil sie sich der Logik der Kommodifizierung ent-

zögen, auf gemeinschaftlichem Zusammenleben basierten und weniger ressourcenintensiv seien als ihre Äquivalente am Markt (vgl. Kallis et al. 2012: 176).

4.4 Zentrale Diskursinhalte

Ein vergleichender Blick auf die drei Perspektiven des Postwachstumsdiskurses macht deutlich, dass zwischen den Zielen und Instrumenten von Wachstumsneutralität und Degrowth große Schnittmengen bestehen. Schlüsselinhalt, wie der bescheidene Wohlstand, moderne Subsistenz und konviviale Technologien, finden sich ähnlich oder gleichlautend in Paechs Postwachstumsökonomie. Als jüngster Ansatz profitiert die Degrowth-Bewegung klar von der Vorarbeit der Wachstumsreduktion und Wachstumsneutralität, wie bei der Betrachtung der Reformansätze und Instrumente deutlich wurde. Degrowth vereint den größten Teil der Instrumente und Maßnahmen dieser Ansätze unter sich, so auch die der Perspektive der Wachstumsreduktion. Auf der Ebene der praktischen Umsetzung finden also alle drei Perspektiven im Degrowth-Gedanken zueinander, bleiben im Grad ihrer Ablehnung von Wirtschaftswachstum aber klar getrennt. Dies gilt insbesondere für die weit auseinanderklaffenden Ansichten der reformorientierten Wachstumsreduktion und der – auch in der Haltung zum kapitalistischen System – radikaleren Degrowth-Bewegung.

Abbildung 5 stellt das Verhältnis der drei Diskursperspektiven bezogen auf den Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum dar. Entsprechend der Zielsetzung, weiteres Wachstum lediglich reduziert auf ein globales Maximum von 1,8% aufrechtzuerhalten, weist die Perspektive der Wachstumsreduktion den niedrigsten Grad der Ablehnung auf. Die Fokussierung auf einen stationären Zustand unter Nullwachstum schiebt die Perspektive der Wachstumsneutralität dagegen etwas über die Mitte des Spektrums hinaus. Hier muss allerdings zwischen Dalys SSE und Paechs Postwachstumsökonomie (PWÖ) differenziert werden. Während erstere zwar nicht notwendigerweise eine Schrumpfung der Gesamtwirtschaft, sondern einen stationären Zustand anstrebt, der lediglich qualitative Zuwächse erlaubt, sieht Paech zunächst die Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Rückbaus, der schließlich in ein stationäres Nullwachstum mündet, unter dem qualitatives und auch selektives quantitatives Wachstum erlaubt bleiben, allerdings unter der Bedingung einer ausgleichenden Dematerialisierung, um das nach der Schrumpfung erreichte Nullwachstum einzuhalten. Innerhalb der Perspektive der Wachstumsneutralität lehnt Paech weiteres Wachstum also stärker ab als Daly, während seine Postwachstumsökonomie große Schnittmengen mit der Degrowth-Bewegung aufweist. Letztere nimmt schließlich die relativ zu den anderen Modellen radikalste Position ein. Indem sie die Schrumpfung der Wirtschaft zwar nicht als Selbstzweck betrachtet aber dennoch in den Mittelpunkt ihres Trans-

formationsziels stellt, stimmt sie zunächst mit der Postwachstumsökonomie überein, entwickelt allerdings – anders als Paech – kein geschlossenes Wirtschaftsmodell, sodass sie zur Formalisierung eines anzustrebenden Zielzustands auf Dalys SSE-Modell angewiesen ist.

Um die im Postwachstumdiskurs enthaltenen Instrumente und Maßnahmen effektiv auf ihr Verhältnis zum kapitalistischen System untersuchen zu können, werden sie zunächst anhand zentraler Inhalte und grundlegender Prinzipien systematisiert. Dabei ist zu beachten, dass sich die einzelnen Instrumente nicht immer eindeutig einem einzigen übergeordneten Prinzip zuordnen lassen. Die Systematisierung erfolgt dementsprechend, indem die schwerpunktmäßige Zielsetzung jedes Instruments aus den vorangegangenen Erläuterungen der Diskursübersicht abgeleitet wird. Ein gewisser Grad der Unschärfe wird dabei zugunsten einer pragmatischen Operationalisierung für die anschließende Analyse in Kauf genommen. Tabelle 1 schlüsselt die im Folgenden erläuterte Systematisierung

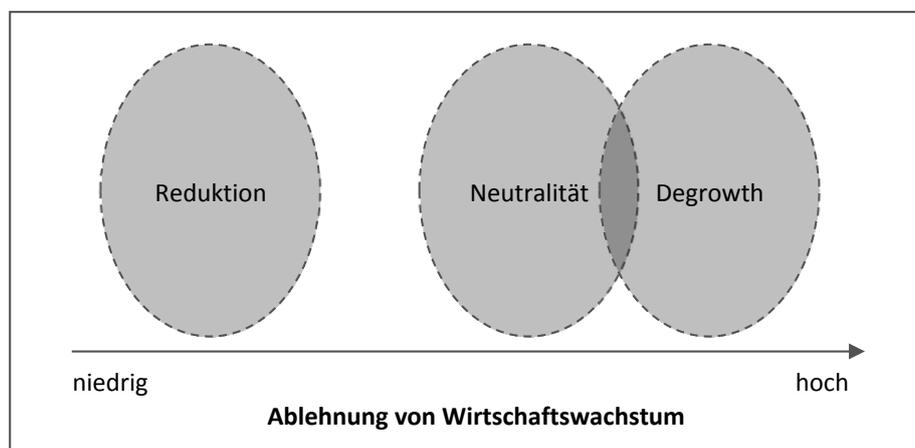


Abb. 5: Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum im Postwachstumdiskurs

nach den einzelnen Diskursperspektiven auf.

Geldsystem- und Finanzmarktreform: Zugeordnet werden die Maßnahmen zur Regulierung der Geldschöpfung und -hortung, also das „100%-Geld“, das „Vollgeld“ und das „Freigeld“, sowie die Instrumente zur Begrenzung der Kapitalmobilität, wie Komplementärwährungen, neue Aktienformen und die Finanztransaktionssteuer.

Entkommerzialisierung: Diesem Prinzip liegen die Dekommodifizierung und die Entmonetarisierung zugrunde, die gemeinsam die Eindämmung des Marktprinzips bewirken sollen. Konkrete Instrumente sind Praktiken des Tauschens und Teilens, die Regulierung von Werbung, nachhaltigkeitsorientierte Unternehmensformen, Bildungsreformen und die Forderung nach Alternativen zum BIP, die nicht ausschließlich auf monetäre Werte begrenzt sind und auch soziale und ökologische Kosten berücksichtigen.

Suffizienz, Subsistenz und Dematerialisierung: Grundsätzlich ließen sich Suffizienz und Subsistenz ebenso der Entkommerzialisierung zuordnen. Der Postwachstumsdiskurs hebt allerdings ihre Bedeutung für die Dematerialisierung von Produktion und Konsum hervor. Die Verflechtung mit der Entkommerzialisierung wird entsprechend berücksichtigt. Hierzu zählen die Reduktion des Konsums und ein bescheidener Lebensstil, die lokale Selbstversorgung, Nowtopias und postkapitalistische Lebensstile, die Verlängerung der Nutzungsdauer von Produkten sowie unter Vorbehalt auch technologische Effizienzerhöhungen.

Deglobalisierung: Dieses Prinzip leitet sich aus dem Ziel ab, die globale Fremdversorgung zu verringern und Wertschöpfungsketten zu verkürzen. Letztlich kann unter Deglobalisierung die Rückabwicklung der Globalisierung verstanden werden. Nach Hillebrand (2010) ist sie gekennzeichnet von „[...] reduced trade interdependence, reduced capital flows, and reduced migration [...]“ (Hillebrand 2010: 14). Paechs Konzept der partiellen Deglobalisierung ist darin enthalten, indem es eine Deglobalisierung durch die Rückführung der Versorgung in den Kontext regionaler Ökonomien erreichen soll. Hinzu kommen internationale Handelsregulierungen.

Erhalt natürlicher Ressourcen: In Orientierung an der ökologisch begründeten Wachstumskritik umfasst dieses Ziel die Nichtnutzung fossiler Ressourcen, eine ökologische Steuerreform, Konzepte zur Eigentumsrechtsreform, ein Moratorium für Bodenversiegelungen, Geburten- und Migrationsregulierungen, Subventionsabbau sowie die verschiedenen Formen der Emissionsdeckelung bzw. des Emissionshandels.

Neuorganisation von Arbeit: Enthalten sind hier die allgegenwärtige Verkürzung der Arbeitszeit, konviviale Technologien, Jobsharing und Jobgarantie, unentgeltliche Gemeinschaftsdienste und informelle Haushaltsarbeit. Die beiden letztgenannten Instrumente sind über die Dekommodifizierung wiederum eng mit dem Prinzip der Entkommerzialisierung verknüpft.

Umverteilung: Hierzu zählen das Minimal-, Maximal- und Zusatzeinkommen sowie die verschiedenen Formen des Grundeinkommens.

Zentrale Inhalte und Prinzipien	Diskursperspektiven			
	Reduktion	Neutralität		Degrowth
SSE		PWÖ		
Geldsystem- und Finanzmarktreform				
„100%-Geld“	+	+	+	+
„Vollgeld“	+	-	+	+
„Freigeld“	+	-	+	+
Komplementärwährungen	+	-	+	+
Geldschöpfung durch Zentralbank	+	-	-	+/-
Geldschöpfung durch Regierung	-	+	+	+/-
Neue Aktienformen	+	-	-	-
Finanztransaktionssteuer	-	+	+	+
Entkommerzialisierung				
Praktiken des Tauschens und Teilens	-	-	+	+
Regulierung von Werbung	-	+	+	+
Nachhaltigkeitsorientierte Unternehmensformen	+	-	+	+
Bildungsreform	-	+	+	+
BIP-Alternativen	-	+	-	+
Suffizienz, Subsistenz und Dematerialisierung				
Konsumreduktion und bescheidener Lebensstil	-	+	+	+
Lokale Selbstversorgung	-	-	+	+
Nowtopias und postkapitalistische Lebensstile	-	-	+/-	+
Technologische Effizienzerhöhungen	+	+	+	-
Nutzungsdauerverlängerung von Produkten	-	+	+	+
Deglobalisierung				
Regionale Ökonomien	+	-	+	+
Internationale Handelsregulierungen	-	+	+/-	+/-
Erhalt natürlicher Ressourcen				
Nichtnutzung fossiler Ressourcen	-	+	+	+
Ökologische Steuerreform	+	+	+	+
Eigentumsrechtsreform	+	-	+	+/-
Moratorium für Bodenversiegelung	-	-	+	-
Geburten- und Migrationsregulierung	-	+	-	+/-
Subventionsabbau	-	+	+	+
cap-auction trade	-	+	-	-
cap and dividend	-	-	+	-
cap and share	-	-	-	+
Neuorganisation von Arbeit				
Arbeitszeitverkürzung	-	+/-	+	+
Konviviale Technologien	-	+/-	+	+
Jobsharing	-	+/-	+	+
Jobgarantie	-	-	-	+
Unentgeltliche Gemeinschaftsdienste	+/-	-	+	+
Informelle Haushaltsarbeit	-	-	+	+
Umverteilung				
Minimal- und Maximaleinkommen	-	+	+	+
Zusatz Einkommen	+	-	-	-
Bedingungsloses Grundeinkommen	-	+/-	-	+
Bedürftigkeitsorientiertes Grundeinkommen	-	-	+	-

+ wird befürwortet +/- keine eindeutige Positionierung - wird abgelehnt oder nicht thematisiert

Tab. 1: Zentrale Inhalte und Prinzipien des Postwachstumsdiskurses in den vier untersuchten Diskursperspektiven

5. Das Verhältnis von Postwachstum und Kapitalismus

Zur Untersuchung des Verhältnisses von Postwachstum und kapitalistischem System muss zunächst die Beziehung dieses Systems zum Wirtschaftswachstum und daran anknüpfend das Verhältnis von Kapitalismuskritik und Wachstumskritik konkretisiert werden. Zu Beginn von Kapitel 2.2 wurde bereits darauf hingewiesen, dass sich mit Harvey argumentieren lässt, dass die Kapitalakkumulation notwendigerweise mit exponentiellem Wachstum einhergeht, woraus sich schließen ließe, dass dieses Wachstum, da es dem „Motor“ des kapitalistischen Systems entstammt, eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren dieses Systems ist. Dieser Zusammenhang lässt sich mit einem erneuten Blick auf das zuvor bereits erläuterte Prinzip der Kapitalzirkulation verdeutlichen (s. Kap. 2.1):

$$M - C - (M + \Delta M)$$

(Harvey 1982: 21)

Indem Geld (M) zur Produktion von Waren (C) eingesetzt wird, die mit einem Geldgewinn (ΔM) verkauft werden, vergrößert sich der Kapitalbestand. Die Kapitalakkumulation basiert auf der Mehrwertschöpfung, die wiederum der Steigerung der materiellen oder immateriellen Produktionsmenge unter Ausbeutung der Arbeiter*innen entspricht. Das BIP misst den Wert dieser Produktionsmenge bzw. es bildet den Umfang dieser Wertschöpfung ab. Aus diesem einfachen Zusammenhang lässt sich schließen, dass die Kapitalakkumulation gezwungenermaßen mit einem Anstieg des BIPs einhergehen muss. Die Notwendigkeit, exponentielles Wachstum zu erzeugen, ergibt sich schließlich aus der Bedingung der Kapitalreproduktion, die ebenfalls auf dem Prozess der Kapitalzirkulation beruht. Um eine Entwertung des akkumulierten Kapitals zu verhindern, darf die Kapitalzirkulation niemals zum Stillstand kommen. Dies setzt den immer wieder neuen Einsatz von Geld zur Warenproduktion und den gewinnbringenden Verkauf dieser Waren voraus, wodurch die Mehrwertschöpfung ständig wiederholt und ausgeweitet wird. Aufgabe des technologischen Fortschritts ist es dabei, auf Produktionsseite für eine möglichst effiziente Ausbeutung der Arbeiter*innen zu sorgen oder diese zu ersetzen und auf Realisierungsseite durch die künstliche Schaffung von Bedürfnissen und die Entwicklung neuer Güter und Dienstleistungen für eine Nachfrage zu sorgen, die mindestens ausreicht, um die aus der Produktivitätssteigerung hervorgehende größere Produktionsmenge zu absorbieren. Am Leben erhalten wird dieser Prozess schließlich durch den konkurrenzbedingten Zwang zur Profitmaximierung nach dem Prinzip „grow or die“ (Smith 2010: 31). Die Notwendigkeit, exponentielles Wachstum zu erzeugen, kann folglich als Ausdruck der zur Kapitalreproduktion notwendigen unendlichen Kapitalzirkulation interpretiert werden und ist letztlich das Ergebnis der Kapitalakkumulation.

Indem die Kapitalakkumulation das oberste Ziel der kapitalistischen Produktionsweise und damit des kapitalistischen Systems darstellt, lässt sich schließen, dass das exponentielle Wachstum ein untrennbarer Bestandteil dieses Systems und eine Voraussetzung für dessen Existenz ist. Latouche bringt diesen Zusammenhang auf den Punkt:

„If it is well to say that growth or accumulation of capital is the essence of capitalism, its final objective can also be said to be founded on the search for profit. Ends and means here are interchangeable. Profit is the objective of the accumulation of capital as capital accumulation is the objective of profit.“ (Latouche 2012: 76)

Die hier dargestellten Wachstumserklärungen lassen sich weitestgehend konfliktlos in diesen Zusammenhang einordnen: Die neoklassische Wachstumstheorie stellt im Grunde eine verkürzte Version der Kapitalzirkulation dar, (über)betont aber unter dem Gleichgewichtsprinzip die Bedeutung des technologischen Fortschritts zur Produktivitätserhöhung, während sie die Notwendigkeit des Wachstums selbst vernachlässigt. Das Modell der Wachstumsspirale stellt diese hingegen in den Vordergrund, betont zudem die Seite der Wertrealisierung und erweitert das hier verwendete einfache Zirkulationsmodell um die Rolle der Geldschöpfung und weitere Wachstumszwänge, die sich auf das Streben nach Profitmaximierung zurückführen lassen. Die Rolle der Konsumförderung für die Wertrealisierung wurde oben bereits berücksichtigt.

Dieser scheinbar klare Zusammenhang von Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum ist allerdings Gegenstand einer Kontroverse um die Vereinbarkeit des Kapitalismus mit der Idee einer stationären Wirtschaft wie sie Dalys SSE-Modell darstellt.

Lawn (2011) argumentiert, dass ein stationärer Zustand trotz der Voraussetzung von Nullwachstum auch unter der kapitalistischen Logik der Profitmaximierung möglich sei, kurz: Profitmaximierung müsse nicht mit Wachstum einhergehen. Dabei geht er davon aus, dass einem Unternehmen grundsätzlich drei Optionen offenstehen, um Profitmaximierung zu erreichen: 1. Durch die Erhöhung der Produktionsmenge und den Verkauf von mehr Waren zu gleichbleibenden Preisen, 2. durch die Produktion qualitativ hochwertigerer Waren und den Verkauf einer unveränderten Produktionsmenge zu höheren Preisen und 3. durch die effizientere Produktion einer unveränderten Produktionsmenge zu geringeren Kosten und den Verkauf zu gleichbleibenden Preisen (vgl. Lawn 2011: 10). Lawn zufolge würde nur Variante 1 zu Wachstum führen.

Wie Blauwhof (2012) ausführt, stößt diese Argumentation aber schnell an ihre Grenzen: Variante 3 bedeute zwar tatsächlich kein Wachstum, gehe aber zulasten der Nachfrage, sodass sich der Wert eines Teils der konstanten Produktionsmenge nicht mehr realisieren lasse. Daraus könne schließlich sogar eine Reduktion des BIPs resultieren. Allerdings lasse sich der Produktionsmitteleinsatz zur Aufrechterhaltung der Gewinnrate nicht unbegrenzt verringern. Das gelte insbesondere für die Redukti-

on von Löhnen und Arbeitsstunden pro Wertseinheit. Darüber hinaus müsse diese Variante langfristig an der Konkurrenz der Wettbewerber scheitern, die danach streben, die Effizienzvorteile auszugleichen (vgl. Blauwhof 2012: 256).

Variante 2 würde durch die höheren Preise bei gleichbleibendem Produktionsmitteleinsatz zu höheren Gewinnen und damit zu Wachstum führen, dafür bliebe aber der materielle Durchsatz konstant, was eine Argumentation im Sinne der SSE überhaupt erst möglich macht. Allerdings übersehe Lawn, dass die Preiserhöhung bei konstanter Produktionsmenge zu einer Vergrößerung der Lücke zwischen dem zu realisierenden Mehrwert und den konstanten Löhnen, mit denen die teureren Produkte gekauft werden sollen, führt. Blauwhof sieht zwei Wege, diesem Problem zu begegnen: Die zusätzlichen Einnahmen könnten zur Stärkung der Nachfrage nicht den Gewinnen, sondern den Löhnen der Arbeitskräfte zugutekommen, oder alternativ zum Konsum von Gütern eingesetzt werden, anstatt sie erneut zu investieren. Beide Optionen würden aber dem kapitalistischen Streben nach Profitmaximierung im Wettbewerb widersprechen: „Investors are if anything interested in lowering wages, and firms need to reinvest profits to stay ahead of competition“ (Blauwhof 2012: 256).

Im Anschluss an Blauwhof wird die Annahme der Untrennbarkeit von kapitalistischem System und Wachstum hier beibehalten. Daraus darf jedoch nicht der vorschnelle Schluss gezogen werden, dass eine wachstumskritische Haltung automatisch einer kompromisslosen Ablehnung des kapitalistischen Systems entsprechen muss. Dies wird besonders deutlich, wenn die einzelnen Vertreter*innen der verschiedenen Perspektiven des Postwachstumdiskurses und ihr Umgang mit der Systemfrage in den Blick genommen werden:

Für Latouche und viele Anhänger*innen der Degrowth-Bewegung scheinen Wachstumskritik und Kapitalismuskritik untrennbar zusammenzugehören. Nicht zuletzt formuliert Latouche das Ziel der Überwindung des Kapitalismus in seinem restructure-Begriff. Kallis et al. nehmen eine differenziertere Position ein, verknüpfen ihre Wachstumskritik aber ebenfalls mit einer Kritik am Gesamtsystem und fragen, „[...] how a capitalist economy would work without a positive profit rate, a positive interest rate or discounting“ (Kallis et al. 2012: 177). Demaria et al. wenden sich insbesondere gegen die neo-liberale Ausformung des Kapitalismus (vgl. Demaria et al. 2013: 192).

Dem stehen einige eher ambivalente Positionen gegenüber, wie Jackson (2013) und Paech sie einnehmen. Ersterer hält die Frage nach dem System grundsätzlich für irrelevant und schließt seine Wachstumskritik mit der Feststellung, letztlich spiele es keine Rolle, welchen Titel eine Gesellschaft ohne Wachstum sich gebe (vgl. Jackson 2013: 179). Paech scheint den Zusammenhang von Wachstums- und Kapitalismuskritik weitestgehend zu umgehen. Entsprechende Bezüge lassen sich nur implizit finden, beispielsweise indem er seine Postwachstumsökonomie unter anderem damit begrün-

det, dass es unter dem kapitalistischen System keine Wohlstandszuwächse mehr zu verteilen gebe (s. Kap. 4.2.2).

Ein weiteres Beispiel für diese Unklarheit ist der von Seidl & Zahrnt herausgegebene Sammelband *Postwachstumsgesellschaft – Konzepte für die Zukunft* (2010a), in dem ein großer Teil der hier thematisierten Kerninhalte und Prinzipien des Diskurses unter ein Postwachstumsverständnis gefasst wird, das gegenüber dem kapitalistischen System im Grunde keine Haltung einnimmt und auch keine Verbindung von Wachstumskritik und Kapitalismuskritik zulässt.

Am deutlichsten ist diese Trennung in Binswangers Reformansatz zu erkennen, der zwar auf einer umfassend begründeten Wachstumskritik basiert, aber explizit zum Ziel hat, die Funktionsweise der modernen Wirtschaft, und damit kann nur der Kapitalismus gemeint sein, zu erhalten.

In der folgenden Analyse wird bewusst eine klare Gegenposition zur Nichtbeachtung des Verhältnisses von Postwachstum und kapitalistischem System eingenommen. Dieses Verhältnis und die darin zu erwartenden Spannungen lassen sich schon allein deshalb nicht ignorieren, weil davon ausgegangen werden muss, dass die im Postwachstumdiskurs angestrebten Veränderungen – sollten sie jemals ihren Weg in die Realität finden – ihre Wirkung zunächst unter den bestehenden kapitalistischen Verhältnissen entfalten müssten, vorausgesetzt sie werden nicht in Reaktion auf einen kompletten Systemzusammenbruch mobilisiert. Doch selbst in einem solchen Extremfall bleibt das Verhältnis relevant, wenn die angestrebten Verbesserungen der Verhältnisse als Veränderungen relativ zum aktuellen Zustand aufgefasst werden. Das angestrebte „Besser“ impliziert schließlich die Existenz eines im Vergleich dazu „Schlechteren“. Wie soll eine Alternative zu Verbesserungen führen, wenn ihr Verhältnis zum Bestehenden unklar bleibt?

Die Frage muss also sein, ob sich die Annahme einer weitestgehenden Gleichsetzung von Wachstums- und Kapitalismuskritik auch in dem Verhältnis der zentralen Inhalte und Prinzipien des Postwachstumdiskurses zum kapitalistischen System widerspiegelt. Demnach lässt sich die Hypothese aufstellen, dass die Konflikthaftigkeit und Widersprüchlichkeit dieses Verhältnisses mit dem Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum bzw. dem Grad der Radikalität, zu dem mit dem Wachstumsparadigma gebrochen wird, steigt. Diese Hypothese zu überprüfen, ist das Ziel der nachfolgenden Analyse, an die eine Bewertung des untersuchten Verhältnisses anschließt.

In diesem Kapitel soll es allerdings ausdrücklich nicht darum gehen, Spekulationen über die möglichen Konsequenzen einer Umsetzung der Postwachstumsprinzipien innerhalb des bestehenden kapitalistischen Systems anzustellen. Diese werden lediglich am Rande thematisiert. Vielmehr sollen die Prinzipien auf Konflikte, Spannungen und Widersprüche mit dem hier zugrundegelegten Verständnis des kapitalistischen Systems untersucht werden. Die Analyse ist auf dieses Verständnis begrenzt.

Dabei kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich einzelne Instrumente und Maßnahmen, denen aufgrund dieses Verständnisses eine scheinbar unlösbarer Widersprüchlichkeit attestiert wird, unter bestimmten Bedingungen dennoch im Rahmen einer möglicherweise stark regulierten Kapitalismusform umsetzen lassen. Ein Beispiel hierfür ist die in Kapitel 2.2.1 thematisierte Existenz kapitalistischer Wirtschaften mit stagnierendem oder schrumpfendem Wachstum.

5.1 Geldsystem- und Finanzmarktreform

Grundsätzlich kann davon ausgegangen werden, dass eine Begrenzung der Geldschöpfung zwar einen massiven Einschnitt in die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation bedeuten, das kapitalistische System in seiner Gesamtheit aber nicht in Frage stellen würde. Pragmatisch ließe sich argumentieren, dass Akkumulation und Wachstum auch vor Aufhebung der Edemetallbindung der Währungen in nicht unerheblichem Maße stattfanden. Allerdings vermutet Harvey:

„Die Geldschöpfung wurde von ihren Warengeld-Einschränkungen Anfang der Siebzigerjahre befreit, also zu einem Zeitpunkt, als die Profitaussichten im Produktionssektor zurückgingen und das exponentielle Wachstum einzuknicken drohte.“ (Harvey 2015: 279)

Insofern lässt sich die unbegrenzte Geldschöpfung weniger als Grundvoraussetzung zur Funktion des kapitalistischen Systems verstehen, sondern als ein Instrument zur Stabilisierung des Systems im Krisenfall.

Tokic (2012) verdeutlicht dies, indem er die möglichen Reaktionen der Finanzmärkte auf die Prognose ausbleibender positiver oder gar negativer Wachstumsraten und ihre Folgen für die Realwirtschaft untersucht. Er argumentiert, dass aufgrund der Bewertung von Geldanlagen nach dem Gegenwartswert ihrer zukünftig erwarteten Erträge, bereits die Ankündigung eines solchen Szenarios zu einer sinkenden Bewertung des Aktienmarktes führen würde. Angesichts ausbleibender Gewinne zur Risikokompensation hätten Investor*innen keinen Anreiz mehr, Unternehmen Kapital zur Verfügung zu stellen und würden zum Schutz ihrer Vermögen ihre Aktienanlagen liquidieren (vgl. Tokic 2012: 51). Der Crash der Aktienmärkte ginge mit verschärftem Deleveraging einher, die Unternehmen müssten zur sofortigen Rückzahlung ihrer Schulden ihr Eigenkapital einsetzen. Die daraufhin fallenden Aktienpreise bedeuteten zugleich die Entwertung des Eigenkapitals und veränderten das Verhältnis von Schulden zu Eigenkapital zugunsten der Schulden, woraus ein sogenanntes „fire-sale-scenario“ (Tokic 2012: 52) resultieren könnte: Die Unternehmen versuchen sich gleichzeitig von möglichst vielen Kapitalbeständen zu trennen und entwerten diese dadurch. Lokale und nationale Regierungen wären dazu gezwungen, Vermögensteile zur Vorauszahlung ihrer Schulden zu liquidieren, wenn der Crash

der Aktienmärkte zu geringeren Steuereinnahmen oder zur Entwertung anderer Posten in ihrem Portfolio führt. Durch die Entwertung der Kapitalbestände entstünde die Gefahr eines „credit crunch“ (Tokic 2012: 52), da unter anderem den Banken das Risiko der Vergabe weiterer Kredite zu hoch erscheinen würde. Von den Krediteinschränkungen wären schließlich auch die Konsument*innen betroffen, was zur Schwächung der Nachfrage führen und in einem Deflationskreislauf münden könnte: Die fallenden Preise würden zum Aufschub des Konsums anregen – „[...] why buy a car now if you can buy it cheaper in a few months?“ (Tokic 2012: 52) –, was die Nachfrage weiter schwächen würde. Der Aufschub des Konsums zwänge die Unternehmen zur Reduktion des Inventars sowie zu Produktionskürzungen und Stellenabbau. Die entstehende Arbeitslosigkeit würde die Nachfrage zusätzlich schwächen, wodurch sich die Krediteinschränkungen verschärften, die Preise noch weiter sanken und sich der Deflationskreislauf fortsetzen würde (vgl. Tokic 2012: 52).

In einer solchen Situation könne der Staat versuchen, fiskalpolitisch gegenzusteuern, beispielsweise durch öffentliche Ausgaben für Sozialprogramme, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Infrastrukturprojekte und ähnliches. Zentral sei jedoch die Rolle der Zentralbanken, die der Deflation mithilfe der Geldschöpfung entgegenwirken können, indem sie positive Inflation erzeugen. Möglich sei auch eine Abwertung der nationalen Währung bzw. der Währung des jeweiligen Währungsraumes. In diesem Sinne kommt der Geldschöpfung eine potenziell systemerhaltende Rolle zu.

Die eigentlichen Spannungen treten hier also weniger zwischen der Geldschöpfung und dem kapitalistischen System als ganzem auf, sondern zwischen der Begrenzung der Geldschöpfung und der Aussicht auf ein Ausbleiben wirtschaftlichen Wachstums. Letztlich ist Tokics Prognose vielmehr ein weiterer Hinweis darauf, dass das kapitalistische System ohne wirtschaftliches Wachstum nicht bestehen kann und ihm ohne die unbegrenzte Geldschöpfung einer von mehreren Wegen zur Selbsterhaltung verstellt wird. Besondere Relevanz erhält diese Beobachtung, wenn sie in die Bewertung des Postwachstumsdiskurses einbezogen wird. Nach Tokics Argumentation ist es letztlich völlig unerheblich, in welchem Ausmaß das Wachstumsparadigma abgelehnt wird. Durch die Zukunftsorientierung der Finanzmärkte muss es zum Crash kommen, sobald gesamtwirtschaftlich Einigkeit darüber besteht, dass das BIP zukünftig nicht wachsen wird. Denn wie Binswanger ausführt funktioniert das Prinzip der Risikokompensation durch Gewinnerwartungen nur, wenn diese Gewinnerwartungen mit Blick auf die Vergangenheit gesamtwirtschaftlich immer erfüllt wurden, also wenn die Einnahmen aller Unternehmen in der Vergangenheit stets größer waren als die Ausgaben. Im Zentrum steht die Erhöhung der Gewinne. Folglich dürfte nicht nur das von Tokic betrachtete Degrowth-Szenario zu den beschriebenen Folgen führen, sondern auch eine Reduktion oder ausbleibendes Wachstum bzw. ein stationärer Zustand, was wiederum Binswangers Reformansatz widersprechen würde, wonach das kapitalistische System lediglich auf ein Minimalwachstum angewiesen ist, auf das sich die wirtschaft-

lichen Aktivitäten reduzieren lassen. Diese Probleme entstehen allerdings nicht durch Binswangers Konzept selbst, sondern während des Reformprozesses, dessen Einleiten den Finanzmärkten geringere Wachstumsraten signalisieren würde. Für Binswangers Vorschlag, die zeitliche Kapitalmobilität mithilfe neuer Aktienformen zu begrenzen, lässt sich vermuten, dass diese Maßnahme das Grundproblem der Zukunftsorientierung nicht lösen könnte, wenn die neuen Aktien mit dem Ziel eingeführt werden, das Wachstum zu reduzieren.

Tokic geht noch einen Schritt weiter und warnt, dass ein Degrowth-Szenario bei erfolgreicher Anwendung der fiskal- und geldpolitischen Instrumente in einem weiteren Wachstumskreislauf enden könnte, der ressourcenintensiver und aggressiver sei als der Ausgangszustand, weil sowohl Effizienzmaßnahmen als auch Marktregulierungen während des Crash zugunsten der Wachstumsförderung in den Hintergrund treten würden (vgl. Tokic 2012: 54). Letztlich kommt er zu dem Schluss, dass insbesondere negatives Wachstum in einer Marktwirtschaft ökonomisch nicht nachhaltig und eine Alternative nur nach vollständigem Versagen des kapitalistischen Systems denkbar sei. Die Geldschöpfung bezeichnet er als „[...] the key safeguard of capitalism [...]“ (Tokic 2012: 56).

Eine wesentlich größere Herausforderung für das kapitalistische System selbst dürfte die Idee des „Freigeldes“ darstellen (s. Kap. 4). Indem dieses die Wert- bzw. Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes und damit die Grundlage der Kapitalisierung und Akkumulation aufhebt – Geld kann nicht mehr gehortet, sondern muss zeitnah ausgegeben werden –, tritt das „Freigeld“ in direkten Konflikt mit dem „Motor“ des Systems. Da der aus dem Prozess der Kapitalzirkulation resultierende Mehrwert wertlos werden würde, wäre die Akkumulation dieses Mehrwerts ausgeschlossen. Die Vermögen könnten nicht steigen, müssten sofort verbraucht werden oder würden bei Hortung entwertet. Wie Keynes bereits anmerkte, wäre dies das Ende des Rentiers und seiner gesellschaftlichen und politischen Machtposition, die auf dem gehorteten Vermögen fußt. All dies setzt jedoch voraus, dass eine entsprechende Geldreform nicht nur auf regionale Komplementärwährungen beschränkt bliebe, sondern global umgesetzt werden würde – auch um Ungleichheiten zwischen Regionen, in denen eine Hortung weiterhin möglich wäre, und solchen, deren regionales „Freigeld“ dies unmöglich machen würde, zu verhindern. Die Einführung lediglich regional begrenzt gültiger Komplementärwährungen dürfte die Dynamik der Kapitalzirkulation zwar bremsen und die Möglichkeiten der Kapitalakkumulation geographisch begrenzen, aber nicht zum Stillstand bringen.

Ein ähnliches Spannungsverhältnis lässt sich für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vermuten. Wirklich wirksam kann diese angesichts der internationalen Kapitalmobilität nur in globalem Maßstab sein. Indem Spekulationen auf Basis elektronisch beschleunigter Kapitalbewegungen verteuert würden, ließe sich die globale Ausbreitung lokal oder national entstandener Krisen verlangsamen.

men. Auch hier würde die Kapitalzirkulation gebremst aber keineswegs aufgehoben. Das kapitalistische System wäre weiterhin funktionsfähig.

Zusammenfassend lässt nur die globale Umsetzung des „Freigeld“-Prinzips auf einen unlösbaren Widerspruch zum kapitalistischen System bzw. zu dessen Kernprozessen der Kapitalzirkulation und -akkumulation schließen. Eine Geldreform in diesem Umfang – die Hürden ihrer Umsetzung dürften technisch wie politisch beträchtlich sein – wird allerdings nur in der Degrowth-Bewegung thematisiert. Die Perspektiven der Wachstumsreduktion und -neutralität beschränken dieses Instrument auf die regionale Ebene, wo die Spannungen weniger stark sein dürften. Größere Spannungen bestehen zwischen der Begrenzung der Geldschöpfung und den kapitalistischen Strategien zur Krisenvermeidung. Dieser Widerspruch ist allerdings anders gelagert und betrifft nicht direkt die Funktionsweise des kapitalistischen Systems, sondern seine Reaktionsfähigkeit angesichts sinkender Wachstumsraten, für die angenommen werden kann, dass sie die tatsächlich bestimmenden Größen für dessen Funktionsfähigkeit sind. Ergänzend ließe sich hier argumentieren, dass die Dynamik des Systems nicht zuletzt auf dessen Krisenhaftigkeit beruht, insbesondere auf dem ständigen Wechsel von Auf- und Abwertung, und die unbegrenzte Geldschöpfung daher zum Systemerhalt nicht weniger relevant ist als eine möglichst uneingeschränkte Kapitalzirkulation. Die Vergangenheit macht aber deutlich, dass der Akkumulationsprozess auch unter einer Edelmetallbindung des Geldes funktioniert, die Begrenzung der Geldschöpfung also nicht der Funktionsweise des kapitalistischen Systems an sich widersprechen dürfte. Im heutigen Kontext von Kapitalisierung, Finanzialisierung und wachsender Verschuldung wären allerdings gravierende Folgen einer solchen Begrenzung zu erwarten, deren Ausmaße sich kaum abschätzen lassen.

5.2 Entkommerzialisierung

Das Prinzip der Entkommerzialisierung lässt einen grundsätzlichen Widerspruch zum kapitalistischen Prinzip der Profitmaximierung und dem Streben, den Einflussbereich des Marktes mittels Kommerzialisierung, Kommodifizierung und Monetarisierung auf immer mehr Gesellschafts- und Lebensbereiche auszuweiten, erkennen. Am deutlichsten wird dies, wenn die im Postwachstumsdiskurs geforderten Entkommerzialisierungsinstrumente den einzelnen Bestandteilen des Entkommerzialisierungsprinzips zugeordnet werden, die ihrer Natur nach die Gegenbegriffe zur kapitalistischen Kommerzialisierungslogik bilden.

Die Praktiken des Tauschens und Teilens zielen folglich darauf ab, vom Markt beherrschte Gesellschaftsbereiche zu dekommodifizieren und entmonetarisieren. Das Teilen und Tauschen von Gütern

und Dienstleistungen, die dadurch nicht mehr mit Geld gekauft werden müssen, bedeutet letztlich, dass diese dem Markt als gewinnbringende materielle und immaterielle Waren entzogen, also dekommodifiziert werden und damit auch aus dem geldbasierten Prozess der Kapitalzirkulation verschwinden, da für ihre Inanspruchnahme kein Geld bezahlt wird – sie werden entmonetarisiert. Werden Güter und Dienstleistungen von mehreren Personen genutzt, ohne dabei einen Geldfluss zu erzeugen, also entsprechend ihres Gebrauchswerts getauscht, anstatt mit ihrem Tauschwert gehandelt zu werden, wirkt dies der Macht des Marktes und damit der zentralen Institution des kapitalistischen Systems entgegen. Da sich durch die Gemeinschaftsnutzung und das Teilen sowohl die Nutzungsdauer von Produkten verlängert, als auch der Bedarf nach einer größeren Anzahl weiterer dieser Produkte reduziert wird, entsteht ein weiterer Widerspruch zur kapitalistischen Notwendigkeit der Wertrealisierung. Konsum und Nachfrage werden bezogen auf die geteilten Güter geschwächt. Im Tauschen und Teilen offenbart sich schließlich ein grundsätzlicher Widerspruch zur kapitalistischen Krisenvermeidung. Nachfrage- und Realisierungskrisen stellen das System vor das Problem der Überakkumulation, die es aus Sicht der Kapitalisten*innen um jeden Preis zu verhindern gilt, um nicht die Entwertung des akkumulierten Kapitals aufs Spiel zu setzen. Dekommodifizierte Güter und Dienstleistungen sind aber nicht nur den Marktkräften, sondern auch den Instrumenten der Konsumförderung entzogen. Indem diese darauf abzielt, den Konsum von Produkten und Dienstleistungen anzutreiben, die im Prozess der Kapitalzirkulation mit Geld gekauft werden müssen, kann sie auch nur auf die Nachfrage solcher mit Geld erhältlicher Güter einwirken. Selbiges gilt für die Einschränkung der Konsumförderung und Bedürfniserzeugung durch eine Einschränkung von Werbung. Angesichts der gedeckten Grundbedürfnisse, zumindest in den Industriestaaten, entsteht hier ein weiterer Widerspruch zu einem Lösungsweg des Realisierungsproblems. Besonders deutlich dürfte dieser Konflikt im Falle der Entkommerzialisierung des öffentlichen Raumes werden, der eine wichtige Projektionsfläche der Bedürfnisschaffung darstellt und zugleich den immateriellen Spektakeln als Bühne dient. Dekommodifizierung und Entmonetarisierung laufen dem kapitalistischen System also gleich in mehrfacher Hinsicht entgegen.

Vermutlich ist es eher unwahrscheinlich, dass sich eine reine Tauschwirtschaft gegenüber einem geld- bzw. tauschmittelbasierten System über lokale und regionale Räume hinaus ohne weiteres aufrechterhalten ließe, schon allein angesichts ganz praktischer Hindernisse wie dem Problem der doppelten Koinzidenz der Bedürfnisse. Wachstumsneutrale und Degrowth-Befürworter*innen sehen Tausch- und Teilpraktiken daher vor allem als Ergänzung zu regionalen Ökonomien, die zur Nutzung der praktischen Vorteile von Geld als Tauschmittel jedoch nicht vollständig dekommodifiziert und entmonetarisiert sind.

Der Ansatz, über eine Reform des Bildungswesens nichtkommerzielle Werte, wie Solidarität oder ein Bewusstsein für die ökologischen Folgen des eigenen Handelns, zu vermitteln, dürfte zu einem Widerspruch zum Akteursmodell des kapitalistischen Systems und insbesondere seiner neoklassischen Erklärung führen, dem Homo Oeconomicus. In einem System, dessen Handlungsgrundlage – der Markt – auf dem individualistischen Streben nach Profit- und Nutzenmaximierung beruht, dürfen Werte wie Solidarität keine Rolle spielen, es sei denn, sie werden ebenfalls kommodifiziert. Die ethischen Aspekte einer solchen Orientierung, wie die genannten ökologischen Handlungsfolgen, können folglich nur im Kontext der Kapitalzirkulation berücksichtigt werden, also im kommodifizierten Warenzustand, mit dem sich monetäre Gewinne erzielen lassen. Die Konstruktion des Bruttoinlandsprodukts verdeutlicht dies ebenfalls. Aus diesem Widerspruch folgt eine Spannung zwischen gemeinschaftsorientierten und kapitalistisch-individualistischen Werten, die nicht nur auf den Kontext des Postwachstumsdiskurses beschränkt sein dürfte, sondern auch die regulierende Rolle des Staates und das Ausmaß der Umverteilung innerhalb des kapitalistischen Systems betrifft.

Allerdings dürfen die zahlreichen – und teilweise recht dramatisch anmutenden – Konflikte und Widersprüche, die aus dem Prinzip der Entkommerzialisierung folgen, keineswegs zur Unterschätzung der Kommerzialisierungsdynamik und Anpassungsfähigkeit des kapitalistischen Systems führen. Die Kommerzialisierung des Nachhaltigkeitsbegriffs unter der Green Economy oder neuerdings die „Sharing Economy“ (Bergt 2015) sind Beispiele dafür, dass sich diese Dynamik auch von alternativen bzw. ursprünglich solidarisch orientierten Wirtschafts- und Versorgungsformen nur schwer aufhalten lässt. Schließlich hängt von ihr nicht zuletzt die Sicherung der Kapitalzirkulation und damit auch der Kapitalakkumulation ab, indem sie neue Räume – geographisch wie psychologisch, materiell wie immateriell – zur Wertrealisierung und damit zur „Unterbringung“ des unter exponentiellem Wachstum geschaffenen Mehrwerts erschließt, unabhängig davon, ob diese aus wachstumskritischer Sicht begrenzt sind oder nicht.

BIP-Alternativen, die umweltgerechtes Wirtschaften sowie soziale und ökologische Kosten betonen, statt sich auf Geldwerte zu fixieren, könnten aufgrund der von Bergh angeführten Orientierungsfunktion eines solchen Indikators – sofern dieser ein ähnliches Informationsmonopol erreicht wie das BIP – möglicherweise positiven Einfluss nehmen. Da die Konstruktion des BIPs aber die kapitalistischen Werte widerspiegelt und insbesondere die Kommodifizierung belohnt, dürfte die Effektivität eines alternativen Indikators ebenfalls ein System voraussetzen, dessen Werte sich in ihm widerspiegeln.

5.3 Suffizienz, Subsistenz und Dematerialisierung

Durch die enge Verknüpfung mit dem Prinzip der Entkommerzialisierung ergeben sich aus Suffizienz und Subsistenz annähernd dieselben Spannungen. Die bewusste Reduktion des Konsums, unter anderem auch durch die genannten Möglichkeiten der Dekommodifizierung, tritt genauso in Konflikt mit der Realisierung des geschaffenen Mehrwerts wie die Ablösung der Fremdversorgung durch die Selbstversorgung, ebenfalls eingebettet in ein solidarisches Teil- und Tauschsystem.

Während die Entkommerzialisierung aber in erster Linie darauf abzielt, die Versorgung den Kräften des Marktes zu entziehen, sind Suffizienz und Subsistenz stärker auf die Dematerialisierung dieser Versorgung ausgerichtet. Dies kann dementsprechend durch die absolute Reduktion der Zahl der genutzten materiellen Güter geschehen – hier gehen suffiziente Konsumreduktion und subsistente Selbstversorgung Hand in Hand – oder durch eine Ablösung des materiellen durch immateriellen Konsum, zumindest in der Theorie. Bei oberflächlicher Betrachtung scheint letzterer Weg durchaus im Rahmen der Möglichkeiten des kapitalistischen Systems zu liegen. Grundsätzlich dürfte es für das Gesamtsystem keine Rolle spielen, ob die Kapitalakkumulation auf Basis materieller oder immaterieller Güter stattfindet, solange sie stattfindet. Dementsprechend dürfte auch eine rein immaterielle Realisierung des Mehrwerts keinen Widerspruch zur Funktionsweise des Systems darstellen. Die aktuell angesichts gesättigter materieller Bedürfnisse zu beobachtende Entwicklung zur Erzeugung von Spektakeln und der Ware Wissen, die aufgrund ihrer angeblichen Immaterialität beliebig oft konsumiert werden können, scheint dies zu bestätigen. Folgt man aber der Argumentation der ökologischen Wachstumskritik, kann eine vollständige Dematerialisierung der Wertschöpfung und -realisierung nicht möglich sein, da sowohl Spektakel als auch Wissenswirtschaft zu ihrer Funktion Materialverbräuche voraussetzen. Daraus lässt sich also durchaus ein Konflikt zwischen Dematerialisierung und Kapitalakkumulation ableiten. Erstere ist nur durch eine absolute Konsumreduktion sowohl materieller wie immaterieller Güter möglich, während die Kapitalakkumulation auf Realisierungsseite vom Konsum abhängig ist, auf Produktionsseite nach dieser Argumentation aber nicht vollständig immateriell werden kann. Eine Dematerialisierung auch durch technische Effizienzerhöhungen anzustreben, scheint zunächst keinen Konflikt zwischen Postwachstumdiskurs und kapitalistischem System zu bedeuten, wohl aber das Potenzial, das diesem Weg zugeschrieben wird. Während dem technologischen Fortschritt aus kapitalistischer Sicht die Rolle eines Allheilmittels zugeschrieben wird, das klar auf die Erzeugung weiteren Wachstums abzielt, gilt er aus der Postwachstumsperspektive vielmehr als ein gefährliches Instrument, das lediglich wohl dosiert zur Senkung des Materialverbrauchs eingesetzt werden darf, wenn es dazu überhaupt in der Lage ist, was von der Degrowth-Bewegung wiederum abgelehnt wird.

Folglich lässt sich spekulieren, ob die Kombination aus Suffizienz und Subsistenz ab einem Ausmaß, das zu einer ernsthaften Realisierungskrise führt, Reaktionen hervorrufen könnte, die letztlich das Ziel der Dematerialisierung verfehlen. Die aus der Realisierungskrise folgende Krise der Überakkumulation würde schließlich zum einen zur Entwertung insbesondere von materiellem bzw. fixem Kapital führen und könnte zum anderen in Reaktion auf diese Krise mit höheren Emissionen, zusätzlicher Bodenversiegelung, Verstädterung und forcierter Ressourcenausbeutung einhergehen, um das überschüssige Kapital so schnell wie möglich einem wie auch immer gearteten räumlich-zeitlichen Fix zuzuführen, auch wenn dies bei langfristiger Konsumreduktion nur kurzfristigen Erfolg mit enormen Schäden bedeuten würde. Letzteres würde wiederum der auf Kurzfristigkeit und Profitmaximierung ausgerichteten Orientierung des kapitalistischen Systems entsprechen. Letztlich gilt auch hier, dass die Fähigkeiten dieses Systems, sich ihm entgegengesetzte Initiativen einzuverleiben oder ins Gegenteil zu verkehren, nicht unterschätzt werden dürfen.

Dies dürfte auch für die Nowtopias gelten, also für Lebensstile, die den Suffizienzgedanken bereits heute praktisch umsetzen. Sofern diese aktiv eine antikapitalistische Haltung einnehmen und versuchen, sich zentralen kapitalistischen Institutionen, wie Privateigentum oder Markt, zu entziehen, dürften die Konfliktlinien klar sein. Allerdings lässt sich für weniger radikale Varianten durchaus vermuten, dass diese ab einem ausreichenden Grad der Popularität von den Kommerzialisierungsbestrebungen des Systems vereinnahmt und ihre Werte und Insignien kommodifiziert werden können.

Abgesehen von der offensichtlichen Verbindung mit dem Prinzip der Entkommerzialisierung und den daraus folgenden Widersprüchen wird eine scharfe Trennung von Widersprüchen und Schnittmengen in diesem Zusammenhang dadurch erschwert, dass das Dematerialisierungsziel des Postwachstumsdiskurses mit den kapitalismuseigenen Dematerialisierungsbestrebungen verflochten zu sein scheint, obwohl beide grundsätzlich gegensätzliche Ziele verfolgen.

5.4 Deglobalisierung

Eine Deglobalisierung, wie sie im Postwachstumsdiskurs aus wachstumsneutraler und Degrowth-Perspektive angestrebt wird, also die Kombination von regionalen Ökonomien und internationalen Handelsregulierungen – die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer lässt sich hier noch ergänzen –, dürfte zunächst insofern zu Spannungen führen, als das kapitalistische System bzw. die Kapitalist*innen von einem segmentierten Arbeitsmarkt profitieren, um die Lohnforderungen der Arbeiter*innen einzudämmen und die Monopolisierung ihrer Arbeitskraft zu verhindern. Im Rahmen einer Deglobalisierung wäre mit den Handelsregulierungen vermutlich auch die Mobilität der globa-

len Reservearmee disponibler Arbeitskräfte eingeschränkt, auf die die Kapitalist*innen zur Disziplinierung der Arbeiter*innen und zur exponentiellen Produktionssteigerung angewiesen sind. Ergänzt um Einschränkungen der Kapitalmobilität würde zudem das Druckmittel der flexiblen Produktionsverlagerung, das sich nicht nur zur Disziplinierung der Arbeiter*innen, sondern auch gegen staatliche Regulierungen wirksam einsetzen lässt, geschwächt, was mit dem oligopolistischen bzw. monopolistischen Charakter der mit der Neuen Internationalen Arbeitsteilung entstandenen transnationalen Unternehmen kollidiert. Handels- und Finanzregulierungen widersprechen zudem der Ausnutzung komparativer Kostenvorteile und der freien Faktormobilität. Insbesondere die regionalen Ökonomien können als Bruch mit einem Grundmerkmal der heutigen Ausprägung des kapitalistischen Systems aufgefasst werden, das nach einer immer komplexeren Arbeitsteilung strebt, durch die sich auch auf globaler Ebene Kosten senken und die Arbeitsproduktivität erhöhen lassen und die zugleich die globale Segmentierung des Arbeitsmarktes möglich macht. Harvey sieht in der Globalisierung des Handels und der kapitalistischen Produktionsweise allerdings auch eine Grundlage der Versorgungssicherheit, insbesondere in den Industriestaaten, und warnt davor, die Idee der Nahrungsmittelautarkie, wie sie auch Teil der regionalen Ökonomien ist, zu romantisieren: „[...] sich im Namen der Antiglobalisierung vom Weltmarkt abzukoppeln, ist eine potentiell selbstmörderische Alternative“ (Harvey 2015: 150). Angesichts des Strebens zur Dematerialisierung des Kapitals in den Industriestaaten bzw. „im Westen“ sei dieser Teil der Welt zunehmend abhängig von dem Teil des produktiven Kapitals, der seinen räumlich-zeitlichen Fix derzeit vor allem in Ost-Asien, China und Indien findet (vgl. Harvey 2015: 149f; Coe et al. 2013: 68). Bezogen auf diesen Fix dürfte eine Begrenzung der Kapitalmobilität auch die Effektivität dieses Instruments bei der Reaktion auf eine Überakkumulationskrise einschränken, da globale Investitionen zirkulierenden Kapitals in unbewegliche Werte erschwert würden. Ähnlich dem Fall der Geldschöpfung lässt sich hier ein Konflikt zu einem Instrument der kapitalistischen Krisenvermeidung erkennen.

Im Rahmen eines Deglobalisierungsszenarios simuliert Hillebrand (2010) die Folgen, die eine Deglobalisierung angesichts der heutigen globalen Abhängigkeitsverhältnisse und Verflechtungen erwarten ließe: Dazu gehöre vor allem ein verringertes weltweites Wirtschaftswachstum (vgl. Hillebrand 2010: 14). In den Nicht-OECD-Staaten seien geringere Importe bei gleichzeitiger Stärkung der nationalen Güterproduktion und eine zumindest leichte Verbesserung der Einkommenssituation der Armen zu erwarten. Da die insgesamt sinkende Produktivität aber auch zur Senkung des durchschnittlichen Einkommensniveaus führe, werde dieser Zuwachs schließlich wieder aufgehoben. Insbesondere in Nicht-OECD-Demokratien bestehe in Folge einer Deglobalisierung die Gefahr einer Destabilisierung der Innenpolitik, außerdem von Staatsversagen und in der Folge von Bürgerkriegen (vgl. Hillebrand 2010: 14). Durch die Schwächung der internationalen Beziehungen infolge der Entflechtung des in-

ternationalen Handels steige zudem die Wahrscheinlichkeit zwischenstaatlicher Konflikte (vgl. Hillebrand 2010: 15). In den Staaten der OECD sei zu erwarten, dass ein kleiner Bevölkerungsanteil wirtschaftlich von der Deglobalisierung profitiere, was letztlich eine Verschärfung der Ungleichheiten bedeuten dürfte. Zudem sinke der durchschnittliche Lebensstandard. Für Nicht-OECD-Staaten besonders gravierend sei zudem, dass internationale Handelsabkommen unter Kompromisszwang neu verhandelt werden müssten, was vermutlich auf Kosten ärmerer Länder ginge (vgl. Hillebrand 2010: 15).

Das Ausmaß der Widersprüche zwischen Deglobalisierung und kapitalistischem System dürfte letztlich davon abhängen, in welchem Umfang erstere angestrebt wird. Paechs Postwachstumsökonomie sieht lediglich eine Teil- bzw. partielle Deglobalisierung vor. Die Versorgung mit Gütern und Leistungen, die sich nicht im lokalen bzw. regionalen Rahmen erzeugen und bereitstellen lassen, erfolgt demnach weiterhin nach dem Prinzip der globalisierten Fremdversorgung. Selbst bei Ablehnung von Hillebrands auf den ersten Blick apokalyptisch anmutendem Szenario dürften die Folgen angesichts der heutigen globalen Dominanz des kapitalistischen Systems auch bei begrenzter Deglobalisierung einschneidend sein. Wesentlich größere Konflikte ergeben sich in Paechs Modell allerdings erst aus der Kombination von Suffizienz, Subsistenz und Deglobalisierung. Ähnliches lässt sich für die Degrowth-Bewegung anführen, die zwar ebenfalls Handelsregulierungen und regionale Ökonomien anstrebt, aber kein konkretes Ausmaß der Deglobalisierung vor Augen zu haben scheint.

5.5 Erhalt natürlicher Ressourcen

Das Verhältnis von Ressourcenerhalt bzw. der Entlastung der Biosphäre zur kapitalistischen Produktionsweise dürfte vor allem davon abhängen, ob der technologische Fortschritt entgegen der Auffassung der ökologischen Wachstumskritik dazu in der Lage ist, eine absolute Entkopplung von Wachstum und Ressourcenverbrauch hervorzubringen. Wird dies zeitnah erreicht, dürfte sich die Spannung lösen. Zudem wäre damit ein wichtiger Grundpfeiler der ökologischen und ökonomischen Wachstumskritik hinfällig.

Wird die wachstumsneutrale und Degrowth-Argumentation zur Bewertung dieses Verhältnisses zugrundegelegt, entstehen allerdings gleich mehrere Widersprüche: Das Zweifeln an den Möglichkeiten des technologischen Fortschritts widerspricht dem weitestgehend uneingeschränkten kapitalistischen Fortschrittsoptimismus, der sich besonders deutlich in der neoklassischen Wachstumstheorie niederschlägt. Überspitzt ausgedrückt besteht aus kapitalistischer Sicht kein Grund, fossile Ressourcen bewusst ungenutzt zu lassen, solange diese unter dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung

rentabler und mit geringeren Investitionsrisiken behaftet sind als die Alternativen. Dem kommt zugute, dass die ökologischen Kosten eines solchen Verhaltens vom BIP und damit vom wichtigsten wirtschaftlichen Erfolgsindikator nicht abgebildet werden. Wie Binswanger ausführt, können die Leistungen der Natur also als Gratisleistungen bzw. als Geschenke verbucht werden. Indem die ökologischen Beschränkungen des Profitstrebens bei der Bewertung von Kapitalakkumulation und exponentiellem Wachstum keine Rolle spielen, gibt es scheinbar keinen Anlass, an der Leistungsfähigkeit des technologischen Fortschritts zu zweifeln. Demgegenüber steht, dass sich ressourcenschonende Effizienzinvestitionen wegen des größeren Risikos bei Erfolg mit einer höheren Risikokompensation und Gewinnrate auszahlen, bei Misserfolg aber zu höheren Verlusten führen. Dies ist einer der Ansatzpunkte der Idee von einer ökologischen Steuerreform und den verschiedenen Konzepten zur Deckelung von Emissionen und Ressourcenextraktion. Das ökologisch schädliche Verhalten wird bestraft, wodurch das Investitionsrisiko der belasteten „alten“ Technologien und damit das Volumen der nötigen Risikokompensation steigen, bis diese Technologien für Unternehmen und Investoren nicht mehr rentabel sind. Solche Maßnahmen dürften durchaus in der Lage sein, im Konkurrenzkampf der Unternehmen Effizienzsteigerungen zu erreichen, mit denen sich mittlerweile immerhin relative Entkopplungsziele umsetzen lassen. Ein Beispiel für diese marktvermittelte Form der ökologischen Problemlösung ist ein ums andere Mal die Green Economy (vgl. Dickel & Petschow 2013: 14). Im Postwachstumsdiskurs wird allerdings nicht auf eine möglichst profitträchtige relative Entkopplung abgezielt, sondern darauf, den absoluten Ressourcenverbrauch – darin enthalten sind Extraktion und Emissionen – auf das Niveau der ökologischen Tragkapazität zu reduzieren. Da eine absolute Entkopplung durch technologischen Fortschritt als unrealistisch abgelehnt wird, kann dieses Ziel nur durch die Reduktion bzw. mindestens das Konstanthalten der absoluten Produktionsmenge im Zusammenspiel mit den bisher genannten Instrumenten erreicht werden. Der darin enthaltene Konflikt mit dem kapitalistischen Streben nach Profitmaximierung und der Kapitalakkumulation dürfte hier offensichtlich sein.

Ein zweites Konfliktfeld betrifft die Konzepte der Eigentumsrechtsreform. Wie bereits dargestellt, setzt die Existenz und Effizienz des Marktes staatlich garantiertes Privateigentum voraus, ohne das sich Waren nicht verkaufen lassen bzw. durch den Verkauf die Eigentümer*in wechseln können. Dies ist der Kern der Kapitalzirkulation. Zur Kapitalakkumulation wird Kapital in die Produktion eines Mehrwerts investiert, der erst mit dem Verkauf der produzierten Waren realisiert werden kann. Dementsprechend steckt in jeder Einschränkung des Rechts auf privates Eigentum ein Konflikt mit dem Idealverlauf der marktbasieren Kapitalzirkulation. Paechs Vorschlag einer Bodenreform, mit der die Ressource Boden dem Privateigentum entzogen und in ein Gemeingut umgewandelt werden würde, dürfte genau in diesen Konflikt mit dem kapitalistischen System treten. Die von Binswanger vorgeschlagene Ergänzung des dominialen Eigentumsrechts um patrimoniale Bestandteile, die die

Bewahrung des Eigentums vorsehen bzw. dessen Verbrauch beschränken, bedeutet ein ähnliches Spannungsfeld, auch wenn sich daraus vermutlich nicht auf eine Unvereinbarkeit mit dem kapitalistischen System schließen lässt. Binswangers Modell tastet nicht das private Eigentumsrecht an sich an, sondern zielt darauf ab, dessen qualitative Ausformung zugunsten eines verringerten Ressourcenverbrauchs zu verändern. Der Zwang zum Erhalt des Eigentums schließt demnach nicht aus, dass dieses weitergegeben bzw. verkauft wird, womit die Kapitalzirkulation durch den ausbleibenden oder verlangsamten Verbrauch der Güter – je nachdem, worum es sich konkret handelt – nicht blockiert, sondern gebremst werden würde. Das Problem der konkurrierenden Eigentumsrechte, die sich aus dem Anspruch auf Marktökonomie, der nach einer klaren Zuordnung von Aufwand und Ertrag verlangt, und dem Anspruch auf Lebensqualität, der auf Nachhaltigkeit und Teilhabe basiert, ableiten lassen, überantwortet Binswanger legitimerweise dem Gesetzgeber. Die Gegensätzlichkeit dieser Ansprüche verdeutlicht das Konfliktpotenzial der Eigentumsfrage umso mehr und lässt zudem eine Verbindung zum Verbrauch natürlicher Ressourcen zu. Indem dieser Verbrauch als Gratisleistung verbucht werden kann, vom BIP nicht abgebildet wird und ohne staatliche Eingriffe niemand die Verantwortung für die daraus entstehenden Schäden übernimmt – Aufwand, Ertrag und Verantwortung können nicht klar zugeordnet werden –, kommt es zum Versagen des Marktes. In der grundlegenden Funktionsweise des kapitalistischen Systems ist ein Marktversagen aber nicht vorgesehen, vielmehr formt dieser den zentralen Dreh- und Angelpunkt der Kapitalzirkulation.

5.6 Neuorganisation von Arbeit

Qualitative Veränderungen der Arbeitsbedingungen, wie sie Arbeitszeitverkürzungen und Jobsharing darstellen, die sich nicht in einer veränderten Entlohnung ausdrücken, dürften das kapitalistische System vor eine Reihe von Problemen stellen: Die Arbeitskraft als Ware ist Ausdruck des Prinzips der Kommodifizierung. Demnach ist idealerweise alles in Geld messbar, mit der Geldwertmachung zusätzlicher Gesellschaftsbereiche steigt also jedesmal die Macht der Geldbesitzenden (vgl. Harvey 2015: 82, 319f). Diese Macht basiert aber auf der Ausbeutung der Arbeiter*innen, das heißt auf dem letztlich erzwungenen Kauf einer Ware, die selbst einen Mehrwert schafft, der ihren Reproduktionswert übersteigt und damit die Akkumulation zusätzlichen Kapitals ermöglicht. Indem eine Verkürzung der Arbeitszeit die Effizienz der Ausbeutung verringert und damit die Schaffung eines maximalen Mehrwerts blockiert, widerspricht sie der kapitalistischen Profitorientierung und schwächt die Kapitalakkumulation. Dies gilt umso mehr, wenn ein Teil der Lohnarbeit durch nicht-kommodifizierte

Gemeinschaftsleistungen ersetzt wird, wie es im Postwachstumsdiskurs mit der Arbeitszeitverkürzung angestrebt wird, sowie für die bewusst unproduktiven konvivialen Technologien.

Hinzu kommt, dass das kapitalistische System zwar das Arbeitsvolumen verringern kann, die freie Zeit aber nicht zur Entfaltung „freigeben“ darf, da dies seine Existenzgrundlage – den Konsumismus – bedroht. Die zusätzliche Zeit muss zum Konsum genutzt werden (vgl. Harvey 2015: 324f).

Ein weiterer Konflikt dürfte aus der Idee des Jobsharing resultieren. Indem sich mehrere Personen Lohn und Arbeitsvolumen einer Stelle teilen, würde der geschaffene Mehrwert zwar nicht beeinträchtigt – die geleistete Arbeit, der Lohn und damit die Effizienz der Ausbeutung blieben schließlich unverändert –, die Zahl der frei verfügbaren, also erwerbslosen Arbeitskräfte würde jedoch sinken. Dies würde wiederum zulasten der gesellschaftlichen Macht der Kapitalist*innen gehen, da zur Disziplinierung der Arbeiter*innen und zur Kostenreduktion eine möglichst große Zahl ständig verfügbarer Arbeitskräfte nötig ist, um eine Monopolisierung der Arbeitskraft und aus kapitalistischer Sicht zu hohen Lohnforderungen entgegenzuwirken. Eine Jobgarantie dürfte diesen Konflikt noch verschärfen.

Es lässt sich vermuten, dass dieser Widerspruch nicht nur auf die Produktionsseite beschränkt ist, sondern im Zusammenspiel mit Entkommerzialisierung, Suffizienz und Subsistenz, die durch solidarisch organisierte Selbstversorgung außerhalb des Marktes umgesetzt werden sollen, auch die Realisierungsseite betrifft. Nach dieser Argumentation bewirken Arbeitszeitverkürzung und Jobsharing eine Freisetzung von Zeit, die dazu genutzt werden kann, sich dem Markt zu entziehen. Dass dies nicht im Interesse des kapitalistischen Systems liegen kann, dürfte offensichtlich sein.

Allerdings ist auch bei dieser Bewertung die Flexibilität und Anpassungsfähigkeit des Systems zu berücksichtigen. Ein Beispiel dafür liefern Boltanski & Chiapello (2006; 2010), die das Scheitern der kapitalismuskritischen Bewegung in Frankreich in den 1970er Jahren untersuchen. Sie differenzieren diese Kritik in zwei Strömungen: Die Sozialkritik richtete sich demnach vor allem gegen soziale Ungleichheit, Armut, Ausbeutung und Individualismus, während die Künstlerkritik die Herrschaft des Marktes, die uniforme Massengesellschaft und die Kommodifizierung angriff und ihr Werte wie Einzigartigkeit, Authentizität und Freiheit gegenüberstellte (vgl. Boltanski & Chiapello 2010: 29). Nachdem die seit Mitte der 1960er Jahre gewachsenen Spannungen ab Mai 1968 in eine ernste Krise mündeten, die unter anderem einherging mit Studierenden- und Arbeiter*innenprotesten, Streiks, Gewalttaten, der Desorganisation der Produktion, sinkender Produktqualität, der Verdopplung der Lohnkosten und dem Verlust der Handlungsinitiative der Gewerkschaften, habe das kapitalistische System schließlich wieder Fuß fassen können, indem die Forderungen der Künstlerkritik in neue Unternehmensstrategien integriert und so entschärft wurden:

„So war es möglich, die Arbeiter erneut in den produktiven Prozess einzubinden und die Kosten der Kontrolle zu verringern, indem diese durch Prozesse der Selbstkontrolle ersetzt und Autonomie und Verantwortungsbewusstsein direkt an die Nachfrage der Kundschaft gebunden wurden.“ (Boltanski & Chiapello 2010: 30)

Mit der Integration der Künstlerkritik wurde schließlich auch die Sozialkritik untergraben, insbesondere durch die Niederlage der Gewerkschaften angesichts der Schließung der industriellen Ballungszentren, die Verteilung der Arbeit auf kleinere Unternehmen und den Dienstleistungsbereich, der gewerkschaftlich nicht abgesichert gewesen sei. Maßnahmen zur angeblichen „Verbesserung der Arbeitsbedingungen“ (Boltanski & Chiapello 2010: 34), wie individualisierte Löhne, Leistungsprämien oder die Flexibilisierung der Arbeitszeit, sicherten die Unterstützung eines Teils der Arbeitnehmer*innen, bedeuteten letztlich aber eine umfangreiche Deregulierung und ermöglichten dem kapitalistischen System eine effizientere Ausbeutung als zuvor, während die Künstler- und Sozialkritik ihres Feindbildes und damit ihrer Grundlage beraubt wurde (vgl. Boltanski & Chiapello 2010: 31, 34):

„[die Künstlerkritik, Anm. d. Verf.] [...] durch die Aneignung und Integration, die andere [die Sozialkritik, Anm. d. Verf.] durch den Entzug des Bodens durch die Verwandlung des kapitalistischen Kosmos in eine Welt, die mit den herkömmlichen Mitteln der Sozialkritik aus den hundert Jahren Arbeiterkampf nicht mehr interpretierbar war.“ (Boltanski & Chiapello 2010: 31)

5.7 Umverteilung

Das Prinzip der Minderung von Einkommens- und Vermögensungleichheiten durch staatliche Regulierung und Umverteilung trifft auf einen Grundpfeiler des kapitalistischen Systems, aus dem sowohl seine soziale Organisationsform als auch seine Funktionsweise resultieren – die gesellschaftlich ungleiche Verteilung der Produktionsmittel. Indem diese nur der privilegierten Gruppe der Kapitalist*innen zugänglich sind, wird es ihnen möglich, die Arbeitskraft der Arbeiter*innen zu kommodifizieren, die damit gezwungen werden, ihre Arbeitskraft auf dem Markt als Ware anzubieten, was wiederum die Mehrwertschöpfung durch Ausbeutung ermöglicht, auf der schließlich die Kapitalakkumulation und damit der Kern des kapitalistischen Systems fußt. Harvey fasst diesen Zusammenhang folgendermaßen zusammen:

„Die Arbeiter müssen um den Besitz und die Kontrolle der Produktionsmittel gebracht werden, damit sie zur Lohnarbeit gezwungen sind, um ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Diese Bedingung geht der Produktion des Mehrwerts voraus und muss im Fortgang aufrechterhalten werden. Sobald sich die Kapitalzirkulation und -akkumulation durchgesetzt haben, muss das allgemeine Lohnniveau in jenen Grenzen gehalten werden, die Profite ermöglichen.“ (Harvey 2015: 201f)

Daraus lässt sich schließen, dass ein bestimmter Grad von sozialer Ungleichheit strukturell im kapitalistischen System angelegt ist und dessen Funktionsweise überhaupt erst ermöglicht (vgl. Coe et al.

2013: 58). Eine komplette Aufhebung dieser Ungleichheit würde die Kapitalist*innen ihrer Macht zur Ausbeutung der Arbeiter*innen berauben, den Akkumulationsmotor mangels Investitionsmitteln stoppen und das Ende des Kapitalismus sowohl als wirtschaftliches System als auch als gesellschaftliches Organisationsprinzip bedeuten. Harvey ergänzt, dass die Ungleichheit zudem eine Voraussetzung für den demonstrativen Konsum der Kapitalist*innen sei, durch den sich diese in einem ständigen Konflikt befänden zwischen persönlichem Vergnügen und der Notwendigkeit der Reinvestition zur weiteren Kapitalakkumulation (vgl. Harvey 2015: 202). Letztlich kann bzw. darf die Umverteilung also immer nur zu einer *gerechteren* Verteilung führen, niemals aber zu einer *gleichen*, solange das kapitalistische System aufrechterhalten werden soll. Zugleich ist letzteres aber auf die Kaufkraft der Arbeiter*innen angewiesen, um die Wertrealisierung nicht zu gefährden.

Das aus wachstumsneutraler wie aus Degrowth-Perspektive am häufigsten angeführte Instrument zur Umverteilung ist die Begrenzung der Einkommensverteilung auf ein Minimal- und ein Maximal-einkommen. In der Regel wird darunter eine relative Begrenzung verstanden, also eine schrittweise Annäherung des ungleichen Einkommensverhältnisses an ein weniger ungleiches, wie Daly sie vorschlägt. Erreichen ließe sich diese Annäherung folglich entweder durch die Beschneidung der Spitzeneinkommen unter Beibehaltung der unteren Einkommensgrenze, durch die Erhöhung der unteren Einkommensgrenze unter Beibehaltung der Spitzeneinkommen oder durch die moderate Beschneidung der Spitzeneinkommen bei gleichzeitiger moderater Erhöhung der unteren Einkommensgrenze.

Daraus lassen sich gleich mehrere Widersprüche zum kapitalistischen System und dessen Ungleichheitsprimat ableiten: Die alleinige Beschneidung der Spitzeneinkommen würde offensichtlich mit dem Prinzip der Profitmaximierung kollidieren und den demonstrativen Konsum und die Geldmacht der Kapitalist*innen einschränken, die diese mithilfe der Kommodifizierung auszubauen anstreben. Die alleinige Erhöhung der unteren Einkommensgrenze würde dem kapitalistischen Streben nach einer möglichst effizienten Mehrwertschöpfung, also ebenfalls nach Profitmaximierung, unter Ausbeutung der Arbeiter*innen widersprechen, wobei sich hier vermutlich der technologische Fortschritt zur Disziplinierung oder Ersetzung der Arbeiter*innen einsetzen ließe. Die Folge wäre allerdings eine höhere technisch bedingte Arbeitslosigkeit und damit eine Schwächung der Nachfrage. Die Kombination beider Ansätze würde die genannten Widersprüche verschärfen.

Im Anschluss an die Argumentation, das kapitalistische System sei strukturbedingt ungleich, lässt sich für derartige Einkommensgrenzen allerdings nur eine eingeschränkte Wirksamkeit annehmen. Wie oben bereits dargestellt, fußt ein Großteil der gesellschaftlichen Macht insbesondere der Rentiers, deren Position zugleich als ein extremes Ergebnis der Ungleichheiten aufgefasst werden kann, auf der Konzentration von Vermögen. Solange sich die Einkommensbegrenzungen nicht auch auf Einkommen aus Vermögen beziehen, was im Postwachstumsdiskurs derzeit nicht thematisiert zu wer-

den scheint, bleibt die Macht der Rentiers mithilfe der Vermögensvererbung auch über die Folgegenerationen erhalten. Zudem lässt sich vermuten, dass ihre Macht gegenüber dem produktiven Industriekapital, das von den Einkommengrenzen direkt betroffen wäre, dadurch weiter steigt.

Der Widerspruch zwischen der Begrenzung des Minimaleinkommens und dem kapitalistischen Ziel, die Lohnkosten zwecks einer möglichst gewinnbringenden Ausbeutung und Mehrwertschöpfung zu minimieren und die Arbeitsproduktivität zu erhöhen, dürfte auch auf die Einführung eines Grundeinkommens zutreffen. Diesem Konflikt steht wiederum das Potenzial gegenüber, das System durch die mit höherem Einkommen möglicherweise steigende Nachfrage von Realisierungsseite aus zu stabilisieren.

5.8 Bewertung des Verhältnisses

Grundsätzlich kann festgehalten werden, dass sämtliche Kerninhalte und Prinzipien des Postwachstumsdiskurses zu Spannungen mit dem kapitalistischen System führen, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß und stark abhängig vom Zusammenwirken mehrerer Maßnahmen und Instrumente. Durch die Verknüpfung von Kapitalismus- und Wachstumskritik ist dies zunächst einmal nicht verwunderlich, schließlich ist der Postwachstumsdiskurs tief in der Wachstumskritik verwurzelt.

Es ist allerdings unwahrscheinlich, dass ein einzelnes Instrument dem kapitalistischen System für sich genommen ernsthaft gefährlich werden könnte. Auch hier sei noch einmal auf die nicht zu unterschätzende Anpassungsfähigkeit dieses Systems hingewiesen. Eine Ausnahme dürfte allerdings die Idee einer globalen „Freigeld“-Reform darstellen, die das Ende der Kapitalakkumulation und damit den Zusammenbruch des Gesamtsystems bedeuten würde, aber von allen Diskursperspektiven auf regionale Ökonomien beschränkt und auch von der Degrowth-Bewegung nur am Rande thematisiert wird.

Prinzipiell haben sich die Erwartungen bestätigt und die Ablehnung von Wirtschaftswachstum geht einher mit einer größeren Widersprüchlichkeit gegenüber dem kapitalistischen System. Am eindeutigsten ist dies für die Degrowth-Bewegung zu beobachten, deren umfangreiches Repertoire an Instrumenten und Maßnahmen in Verbindung mit dem im Vergleich radikalsten Verhältnis zum Wachstumsparadigma die Wachstumskritik zu einem Antikapitalismus machen. Dies ist ebenfalls keine Überraschung, da bereits die theoretische Grundlage der Bewegung – insbesondere die Prägung durch Latouche – die Systemfrage offen stellt. Angesichts von Degrowth als einer sozialen Bewegung

liegt allerdings genauso auf der Hand, dass diese Interpretation keinen Grundkonsens darstellen muss, sondern eher als ein weithin geteilter Tenor der Bewegung betrachtet werden kann.

Die Perspektive der Wachstumsneutralität nimmt auch unter Einbezug ihres Verhältnisses zum kapitalistischen System weiterhin eine Mittelstellung zwischen den anderen Perspektiven ein und behält ihre Nähe zur Degrowth-Bewegung bei. Bezogen auf das kapitalistische System ist dies besonders mit

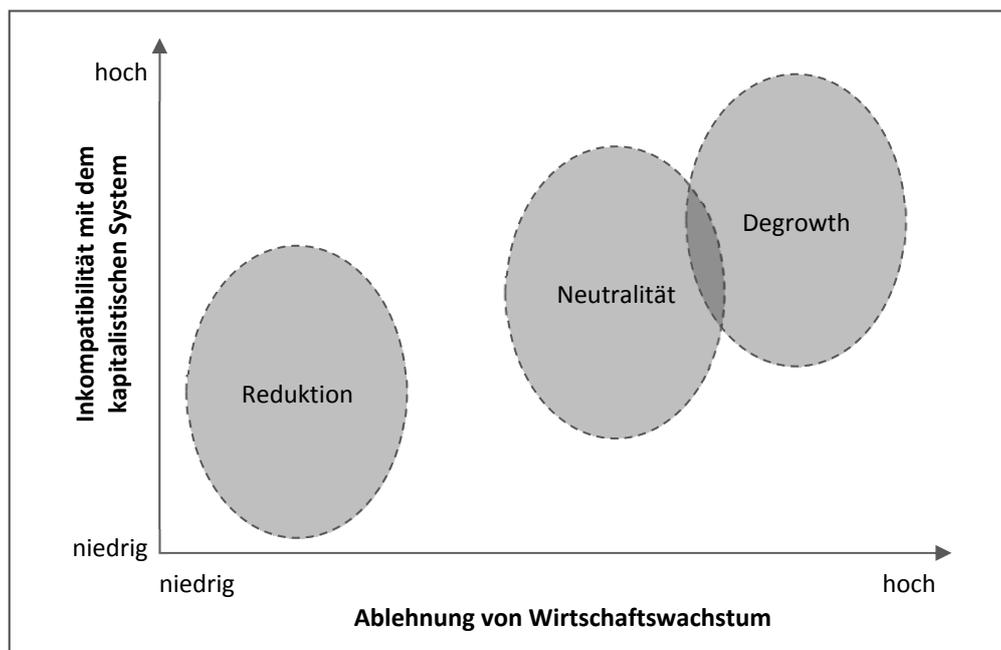


Abb. 6: Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum und Grad der Inkompatibilität mit dem kapitalistischen System im Postwachstumsdiskurs

Blick auf die Postwachstumsökonomie interessant. Durch die große Zahl gemeinsam geteilter Instrumente und Maßnahmen lässt sich Paechs Konzept kaum weniger antikapitalistisch als die Degrowth-Bewegung einschätzen. Er selbst scheint dazu jedoch keine Position zu beziehen.

Der einzige Widerspruch zwischen Zielorientierung und dazu eingesetzten Instrumenten kann Binswanger unterstellt werden. Indem er das kapitalistische System selbst nicht angreifen will, sondern darauf abzielt, es mittels Wachstumsreduktion in gemäßigttere Bahnen zu lenken, nimmt er argumentativ keine antikapitalistische Position ein. Sein Reformansatz kollidiert allerdings mit den von Toxic prognostizierten Reaktionen der Finanzmärkte auf ein Niedrigwachstumszenario und das obwohl er die dortige Zukunftsorientierung in seiner Kritik der Geldschöpfung selbst hervorhebt. Mit der Begrenzung der Geldschöpfung entzieht er dem kapitalistischen System, das er ja erhalten will, das wichtigste Instrument zur Bewältigung einer aus der Absehbarkeit reduzierter Wachstumsraten resultierenden Finanzkrise. Daraus lassen sich schließlich potenziell systemgefährdende Implikationen ableiten. Aufgrund der gemäßigten Grundorientierung und der im Vergleich zu den anderen Diskurs-

perspektiven geringsten Zahl kombinierbarer Instrumente und Maßnahmen, behält die Perspektive der Wachstumsreduktion ihre Position im Postwachstumsdiskurs aber bei.

Ausschlaggebend für eine finale Bewertung des jeweiligen Verhältnisses zum kapitalistischen System dürfte das Ausmaß der Kombinierbarkeit und Verflechtung der Instrumente und Maßnahmen unter den Postwachstumsprinzipien sein. Wird die daraus resultierende Widersprüchlichkeit gegenüber dem kapitalistischen System als Grad der Inkompatibilität mit diesem System interpretiert, lässt sich die Systematisierung des Diskurses nach dem Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum um die Verhältnisse der Diskursperspektiven zum kapitalistischen System erweitern.

Abbildung 6 stellt die nun vollständige Diskursübersicht dar. Unter Berücksichtigung der betrachteten Detailunterschiede bestätigt das so entstehende Bild schließlich die zuvor aufgestellte Hypothese: Der Grad der Inkompatibilität mit dem kapitalistischen System steigt mit dem Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum bzw. mit dem Grad der Radikalität, zu dem die Diskursperspektiven mit dem Wachstumsparadigma brechen.

6. Zusammenfassung und Fazit

Unter der Annahme, dass weiteres Wirtschaftswachstum nach dem Prinzip „je mehr, desto besser“ – dem Wachstumsparadigma – aufgrund seiner wohlfahrtsschädigenden Auswirkungen letztlich auf ein „je mehr, desto weniger“ hinauslaufen muss, sollte die vorangegangene literaturbasierte Analyse erstens Aufschluss darüber geben, welche Alternativen zu einem wachstumsorientierten Wirtschaftssystem es bereits gibt und wie sich diese in ihrem Verhältnis zum Wachstumsparadigma unterscheiden und zweitens, welches Verhältnis diese Alternativen gegenüber dem global dominierenden kapitalistischen System einnehmen.

Dazu wurde zunächst ein bewusst kritisches Verständnis des kapitalistischen Systems entwickelt, das nach marxistischer Orientierung den Prozess der Kapitalzirkulation mit dem Ziel der Kapitalakkumulation in den Mittelpunkt stellt. Die Entstehung von Wirtschaftswachstum wurde anhand der neoklassischen Wachstumstheorie, dem Konzept der Wachstumsspirale unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Geldschöpfung und aus Sicht der Konsumförderung erläutert. Dabei wurden strukturelle und kulturelle Wachstumszwänge und Wachstumsdränge identifiziert, auf die sich die Reproduktion des Wachstumsparadigmas zurückführen lässt und die zugleich ein Ende des Wachstums unmöglich erscheinen lassen.

Die Argumentationslinien der Wachstumskritik wurden anhand ökologischer, ökonomischer, sozialer und kultureller sowie demografischer Wachstumsgrenzen differenziert und erläutert, um ein Verständnis für die inhaltlichen Grundlagen des Postwachstumsdiskurses zu schaffen. Außerdem wurde die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung und Einflussnahme des Bruttoinlandsprodukts sowie dessen Eignung zur Darstellung gesellschaftlicher Wohlfahrt hinterfragt und kritisiert.

Zur Beantwortung der Frage nach bestehenden Alternativen zum Wachstumsparadigma wurde der Postwachstumsdiskurs anhand der Diskursperspektiven Wachstumsreduktion, Wachstumsneutralität und Degrowth systematisiert und nach dem Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum bzw. dem Grad der Radikalität, zu dem diese Perspektiven mit dem Wachstumsparadigma brechen, und ihren Zielvorstellungen differenziert. Anschließend wurden die Instrumente und Maßnahmen, mit denen die einzelnen Perspektiven ihre Ziele anstreben, anhand von sieben zentralen Inhalten und Prinzipien systematisiert, die den Postwachstumsdiskurs prägen: Geldsystem- und Finanzmarktreform, Entkommerzialisierung, Suffizienz, Subsistenz und Dematerialisierung, Deglobalisierung, Erhalt natürlicher Ressourcen, Neuorganisation von Arbeit und Umverteilung.

Zur Beantwortung der Frage nach dem Verhältnis zum kapitalistischen System wurde zunächst dessen Beziehung zum Wirtschaftswachstum genauer untersucht mit dem Ergebnis, dass exponentielles

Wachstum sowohl ein Ergebnis als auch eine Voraussetzung der Kapitalzirkulation ist und dementsprechend zur Kapitalreproduktion notwendig ist, woraus folgt, dass das kapitalistische System zum Selbsterhalt notwendigerweise exponentielles Wachstum erzeugen muss und die Wachstumskritik mit der Kritik am kapitalistischen System verknüpft ist. Daraufhin wurde die Hypothese aufgestellt, dass ein hoher Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum mit einem hohen Grad der Inkompatibilität mit dem kapitalistischen System einhergehen muss. Diese Hypothese wurde überprüft, indem die zentralen Inhalte und Prinzipien sowie die diesen zugrundeliegenden Instrumente und Maßnahmen des Postwachstumsdiskurses auf Spannungen und Konflikte mit dem kapitalistischen System untersucht wurden, was die Hypothese mit wenigen Ausnahmen bestätigte.

Die Ergebnisse der Arbeit lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Spätestens seit Beginn der 1970er Jahre sind das exponentielle Wachstum und seine Grenzen als Problem erkannt. Die bestehenden Alternativen zum Wachstumsparadigma bilden ein breites Spektrum, das sich von aktivistischen sozialen Bewegungen über gemäßigte Reformansätze bis hin zu geschlossenen Wirtschaftsmodellen erstreckt. Das hier zugrundegelegte Verständnis des kapitalistischen Systems und dessen Untrennbarkeit vom Paradigma des exponentiellen Wachstums ist mit diesen Alternativen eingeschränkt bis überhaupt nicht vereinbar, was zu einer Vielzahl von Konflikten und Widersprüchen führt. Auf dieser Grundlage lässt sich plausibel begründen, dass Wachstumskritik mit Kapitalismuskritik einhergehen muss und bezogen auf einige dieser Konflikte auch mit einem klaren Antikapitalismus. Folglich deutet vieles daraufhin, dass eine Postwachstumsgesellschaft letztlich nur in einer postkapitalistischen Form möglich ist. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für den Postwachstumsdiskurs?

Zunächst lassen sich sowohl neue Möglichkeiten als auch neue Grenzen einer Postwachstumsargumentation ableiten. So dürfte die Verbindung von Wachstums- und Kapitalismuskritik auf wesentlich stärkeren Widerstand stoßen als eine reine „vernunftbasierte“ Wachstumskritik. Der Aspekt der Vernunft spielt hier eine wichtige Rolle, da sich die Argumentation insbesondere der ökologischen Wachstumskritik weniger progressiven Gruppen leichter vermitteln lassen dürften als die Forderung der Überwindung des kapitalistischen Systems. Der Widerspruch zwischen exponentiellem Wachstum und einer begrenzten Welt ließe sich auf einen Widerspruch zwischen Gier und Vernunft konzentrieren und damit einer gesellschaftlichen Normierung unterwerfen, die ersteres bestraft und zweiteres anerkennt. Paradoxe Weise lassen sich in dieser Argumentationsweise sogar Parallelen zur Begründung der neoliberalen Austeritätspolitik erkennen, wonach Sparen in Krisenzeiten ein Zeichen verantwortungsvoller Voraussicht und die einzig „vernünftige“ Option ist. Selbstverständlich lassen sich die unterschiedlichen Zielvorstellungen hier aber nicht vereinbaren.

Der „vernünftigen“ Wachstumskritik stehen mit der Kapitalismuskritik und insbesondere dem Antikapitalismus Assoziationen von gewalttätigen Umstürzen, Revolution und brennenden Barrikaden gegenüber, die eine Argumentation für einen zur Abkehr vom Wachstumsparadigma nötigen Systemwechsel erschweren. Allerdings deutet das Ergebnis der Analyse des Verhältnisses von Postwachstum und kapitalistischem System darauf hin, dass die Entstehung einer Postwachstumsgesellschaft die Überwindung des Kapitalismus voraussetzt. Dementsprechend konfrontiert die Verbindung von Wachstums- und Kapitalismuskritik den Postwachstumdiskurs mit zusätzlichen Widerständen.

Ohne sich eine kapitalismuskritische Haltung zu Eigen zu machen, bezeichnet Paech „[...] wachstumskritische Zukunftsentwürfe, deren Umsetzung auf Gedeih und Verderb von politischen Weichenstellungen abhängig sind [...]“ (Paech 2014: 140) als „reine Zeitverschwendung“ (Paech 2014: 140). Demokratisch gewählte Politiker*innen würden angesichts des hohen Risikos niemals die Initiative zur Erzeugung eines gesellschaftlichen Wandels ergreifen. Die Umsetzung einer Postwachstumspolitik werde erst möglich, indem die Gesellschaft signalisiere, die Konsequenzen eines solchen Wandels bereitwillig auszuhalten (vgl. Paech 2014: 140f).

Daran lässt sich mit Harvey anknüpfen, demzufolge der einzige Weg, unter der Dominanz des kapitalistischen Systems einen Wandel zu erzeugen, die Verknüpfung der Vielzahl existierender sozialer Bewegungen zu einer globalen, möglicherweise antineoliberalen Gesamtbewegung sei, die das System letztlich in einem kollektiven Kraftakt überwinden könne. Die klassisch-marxistische Prägung dieser Argumentation liegt auf der Hand, eröffnet dem kapitalismuskritischen Postwachstumdiskurs aber neue Möglichkeiten. Harvey argumentiert, dass es zur Kooperation der Einzelbewegungen einer gemeinsamen Handlungsorientierung bedürfe und schlägt vor, die Entfremdung der Arbeitskräfte von den durch sie erzeugten und von ihnen zu konsumierenden Produkten sowie von der dazu zwingenden kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaft in den Mittelpunkt zu stellen (vgl. Harvey 2015: 311f).

Allerdings gibt es an dieser Stelle Anlass zum Zweifel, dass ein derart abstrakter Zusammenhang trotz seiner inhaltlichen Stärke eingängig und prägnant genug ist, um eine kollektive Bewegung aus Menschen mit unterschiedlichsten persönlichen Hintergründen und Beziehungen zum kapitalistischen System auf ein gemeinsames Ziel zu vereinen. Indem sie mit dem Wachstumsparadigma eine relativ leicht nachvollziehbare Erklärung für die unter dem kapitalistischen System bestehenden Missstände anbietet, könnte die Chance der wachstumskritisch begründeten Kapitalismuskritik in der argumentativen Lücke liegen, die sich aus dem hohen Abstraktionsgrad von Harveys Vorschlag ableiten lässt.

Insbesondere die Degrowth-Bewegung weist große Schnittmengen mit anderen sozialen Bewegungen auf, unter anderem mit der globalen Umwelt- und Klimagerechtigkeitsbewegung, den südameri-

kanischen Bewegungen zur Nichtnutzung fossiler Ressourcenreserven und der internationalen Divestment-Bewegung, die für den Abzug öffentlicher Investitionen aus der fossilen Energiewirtschaft eintritt, zudem zu offen kapitalismuskritischen und tendenziell antikapitalistischen Bewegungen wie Occupy und Blockupy oder Demokratiebewegungen wie Democracy Now (vgl. Kallis et al. 2012: 177f). Wie Latouche ausführt, lassen sich zudem Verbindungen zum Antikapitalismus der politischen Linken herstellen, deren Ziele sich seiner Meinung nach weitestgehend mit denen der Degrowth-Bewegung decken, die diese Gemeinsamkeiten bisher aber kaum erkenne oder bestenfalls bekämpfe (Latouche 2012: 75ff).

Schlussendlich lässt sich angesichts des von Paech unterstellten Handlungsunwillens der Politik die paradoxe These aufstellen, dass sich den Diskursperspektiven, die den höchsten Grad der Inkompatibilität mit dem kapitalistischen System und den höchsten Grad der Ablehnung von Wirtschaftswachstum aufweisen, durch die Verbindung von Wachstums- und Kapitalismuskritik zugleich die umfangreichsten argumentativen Möglichkeiten und – wie wahrscheinlich oder unwahrscheinlich auch immer – die größten Chancen auf eine Realisierung ihrer Ziele eröffnen, zumindest relativ zu den ohnehin zu erwartenden massiven Widerständen gegenüber einem kapitalismuskritischen oder antikapitalistischen Postwachstumsprojekts.

Dies gilt natürlich nur unter der Voraussetzung, dass Paechs pessimistische Einschätzung über das Nichtzustandekommen einer Postwachstumspolitik und Harveys demgegenüber recht optimistische Einschätzung der Potenziale kollektiver sozialer Bewegungen zutreffen. Selbst wenn dem so sein sollte, bedeutet dies jedoch keinesfalls, dass derartige Kräfte unter der Annahme irgendwelcher Gesetzmäßigkeiten tatsächlich zu Veränderungen führen *müssen*, geschweige denn, dass diese Veränderungen die gewünschte Form annehmen. Dennoch sticht die Degrowth-Bewegung gegenüber den anderen Diskursperspektiven bezogen auf diese beiden Punkte heraus, da sie sich als einzige der Frage stellt, wer die Akteur*innen sein könnten, die in der Lage sind, die geforderte gesellschaftliche Transformation anzustoßen. Auch hier muss wiederholt darauf hingewiesen werden, dass die Dynamik und Flexibilität des kapitalistischen Systems letztlich dazu in der Lage sein kann, sich Kritiken und Gegenbewegungen einzuverleiben oder ins Leere laufen zu lassen. Die Studie von Boltanski & Chiappello verdeutlicht dies. Spekulationen auf vermeintliche Automatismen werden hier ausdrücklich abgelehnt.

Letztlich beruht diese Analyse auf rein theoretischen Annahmen. Umso interessanter ist es daher, bereits existierende Initiativen, von denen die Instrumente und Maßnahmen schon heute und vor allem im Rahmen des kapitalistischen Systems praktiziert werden, daraufhin zu untersuchen, ob die hier identifizierten Spannungen dort tatsächlich auftreten, wie mit ihnen umgegangen wird und ob sich aus der Lebenspraxis Möglichkeiten ergeben, diese doch noch mit dem kapitalistischen System

zu vereinen oder die Dominanz des kapitalistischen Systems zu schwächen. In den Ursprungsländern der Degrowth-Bewegung bestehen derartige Initiativen bereits seit mehreren Jahren, insbesondere in Spanien, wo an verschiedenen Stellen solidarische regionale Ökonomien, teils auch mit eigenen Komplementärwährungen, umgesetzt werden (vgl. Demaria et al. 2013: 202).

Ein hochaktuelles Beispiel ist zudem Griechenland. In Folge der dortigen Schuldenkrise, der EU-Austeritätspolitik und den daraus resultierenden Verlusten öffentlicher Versorgungsleistungen ist dort ein Netz nicht-monetärer, auf Solidarität beruhender Initiativen und Regionalökonomien gewachsen (vgl. Petropoulou 2013: 72f; Kaul 2015; Graham-Harrison 2015). Derartige Fälle mit direktem Krisenbezug werfen die Frage auf, wie die betroffenen Bevölkerungen, die sich als Ausweg aus der Krise notgedrungen solidarisch organisieren, langfristig mit diesem Zustand umgehen. Wird ein derart erzwungener Wechsel in eine postwachstumsähnliche Gesellschaft langfristig als positiv und wohlfahrtssteigernd empfunden oder besteht weiterhin der Wunsch, möglichst schnell zum ressourcenintensiven Konsumismus zurückzukehren? Anhand der Betrachtung aktueller wirtschaftlicher Krisenregionen als Fallstudien eines potenziellen Postwachstumsszenarios lassen sich möglicherweise Chancen und Hindernisse einer geordneten Transformation abschätzen.

Bezogen auf die Anpassungsdynamik des kapitalistischen Systems stellt sich zudem die Frage, wie sich die Kommodifizierung auf diese Initiativen auswirkt und wie sich die Kommodifizierung dieser Praktiken möglicherweise verhindern lässt.

Im Zusammenhang mit der Kommodifizierung dürfte zudem eine eingehendere Betrachtung des Privateigentums als Bedingung der Konstituierung des Marktes sowie von möglichen Alternativen und Abwandlungen Erkenntnisse darüber liefern, wie sich Kosten, Nutzen und Verantwortung weiterhin zuordnen lassen, wenn das Primat der Profitorientierung wegfällt bzw. ob die Gewährleistung einer solchen Zuordnung in einer Postwachstumsgesellschaft überhaupt wünschenswert ist.

Schlussendlich muss die allen anderen Fragestellungen übergeordnete Frage sein, ob und wie es möglich sein kann, sich den Inhalten und Prinzipien des Postwachstumsdiskurses ohne eine weitere Prekarisierung der Bevölkerung anzunähern. Während sich einige Antworten auf diese Frage bereits in den Inhalten und Prinzipien selbst finden, hat die Analyse des komplexen Verhältnisses von Postwachstumsdiskurs, Wachstumsparadigma und kapitalistischem System grundlegende Konfliktlinien aufgezeigt, anhand derer sich die Beantwortung dieser Frage möglicherweise orientieren lässt. Im Gegensatz zum exponentiellen Wachstum erscheint die Zahl der noch offenen Fragen allerdings nahezu unbegrenzt.

Literatur

- Altvater, Elmar (o.J.): Eine andere Welt mit welchem Geld? Über neoliberale Kritik der Globalisierungskritik, unbelehrte Ignoranz und Gesells Lehre von Freigeld und Freiland. Online verfügbar unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/altvater/altvater.pdf>, zuletzt geprüft am 06.11.2015.
- Barnes, Peter (2008): Cap and Dividend, Not Trade: Making Polluters Pay. A novel carbon trading system would reduce warming... and pay consumers. In: *Scientific American* (Dezember). Online verfügbar unter <http://www.scientificamerican.com/article/cap-and-divident-not-trade>, zuletzt geprüft am 21.06.2015.
- Bergh, J. C. J. M. van den (2009): The GDP Paradox. In: *Journal of Economic Psychology* 30 (2), S. 117–135. DOI: 10.1016/j.joep.2008.12.001.
- Bergh, J. C. J. M. van den; Kallis, Giorgos (2012): Growth, A-Growth or Degrowth to Stay Within Planetary Boundaries? In: *Journal of Economic Issues* XLVI (4), S. 909–919. Online verfügbar unter <http://degrowth.org/wp-content/uploads/2012/11/909-920-J.-van-den-Bergh.Kallis.pdf>, zuletzt geprüft am 03.03.2015.
- Bergt, Svenja (2015): Teilen und Täuschen. In: *die tageszeitung (taz)*, 30.06.2015. Online verfügbar unter <http://www.taz.de/!5207752/>, zuletzt geprüft am 05.07.2015.
- Binswanger, Hans Christoph (2006): König Midas: Wird alles zu Gold? Geld und Wachstum. In: Alexander Karmann und Joachim Klose (Hg.): *Geld regiert die Welt? Wirtschaftliche Reflexionen*. Marburg: Metropolis, S. 251–266.
- Binswanger, Hans Christoph (2009): Die Wachstumsspirale. Geld, Energie und Imagination in der Dynamik des Marktprozesses. 3. Aufl. Marburg: Metropolis.
- Binswanger, Hans Christoph (2010): *Vorwärts zur Mäßigung*. 2. Aufl. Hamburg: Murmann.
- Binswanger, Hans Christoph (2011): Finanz- und Umweltkrise sind ohne Währungs- und Geldreform nicht lösbar. Tagung Schweizer Vollgeldreform. Winterthur, 13.05.2011. Online verfügbar unter https://vollgeld.files.wordpress.com/2011/05/handout-binswanger*13-mai-2011.pdf, zuletzt geprüft am 04.03.2015.
- Blauwhof, Frederik Berend (2012): Overcoming accumulation: Is a capitalist steady-state economy possible? In: *The Economics of Degrowth* 84 (0), S. 254–261. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2012.03.012.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2006): *Der neue Geist des Kapitalismus*. Konstanz: UVK.
- Boltanski, Luc; Chiapello, Ève (2010): Die Arbeit der Kritik und der normative Wandel. In: Christoph Menke und Juliane Rebutisch (Hg.): *Kreation und Depression. Freiheit im gegenwärtigen Kapitalismus*. Berlin: Kulturverlag Kadmos (Kaleidogramme, 67), S. 18–37.
- Boulding, Kenneth E. (1964): *The Meaning of the Twentieth Century. The Great Transition*. New York: Harper & Row.
- Boyer, Robert (2005): *How and Why Capitalisms Differ*. Hg. v. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln (MPIfG Discussion Paper, 05/4). Online verfügbar unter http://www.mpi-fg-koeln.mpg.de/pu/mpifg*dp/dp05-4.pdf, zuletzt geprüft am 27.06.2015.
- Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (15.06.1967): Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. StabG, vom 31.10.2006. Fundstelle: 707-3. Online verfügbar unter <http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/stabg/gesamt.pdf>, zuletzt geprüft am 24.03.2015.
- Carlsson, Chris; Manning, Francesca (2010): Nowtopia: Strategic Exodus? In: *Antipode* 42 (4), S. 924–953. DOI: 10.1111/j.1467-8330.2010.00782.x.
- Coe, Neil M.; Kelly, Philip F.; Yeung, Henry W.C. (2013): *Economic Geography. A Contemporary Introduction*. 2. Aufl. Hoboken: John Wiley & Sons, Inc.
- Commission on Growth and Development (2008): *The Growth Report. Strategies for Sustained Growth and Inclusive Development*. Hg. v. World Bank. World Bank. Washington, D.C. Online verfügbar unter http://siteresources.worldbank.org/EXTPREMNET/Resources/489960-1338997241035/Growth*Commission*Final*Report.pdf, zuletzt geprüft am 10.03.2015.
- Dabla-Norris, Era; Kochhar, Kalpana; Suphaphiphat, Nujin; Ricka, Frantisek; Tsounta, Evridiki (2015): Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective. Hg. v. International Monetary Fund (IMF). Washington, D.C. (IMF Staff Discussion Note, 15/13). Online verfügbar unter <https://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1513.pdf>, zuletzt geprüft am 02.07.2015.
- Daly, Herman E. (Hg.) (1973): *Toward a Steady-State Economy*. San Francisco: Freeman.

- Daly, Herman E. (1974): Steady-state Economics Versus Growthmania: A critique of the orthodox conceptions of growth, wants, scarcity, and efficiency. In: *Policy Sciences* 5 (2), S. 149–167. DOI: 10.1007/BF00148038.
- Daly, Herman E. (1992): Steady-State Economics. London: Earthscan.
- Daly, Herman E. (1996): Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development. Boston: Beacon Press.
- Daly, Herman E. (2005a): The Concept of a Steady-State Economy. In: Michael Redclift (Hg.): Sustainability. London: Routledge, S. 121–156.
- Daly, Herman E. (2005b): Economics in a Full World. In: *Scientific American* (09), S. 100–107. Online verfügbar unter http://steadystate.org/wp-content/uploads/Daly*SciAmerican*FullWorldEconomics%281%29.pdf, zuletzt geprüft am 04.03.2015.
- Daly, Herman E. (2008): A Steady-State Economy. Hg. v. Sustainable Development Commission. London. Online verfügbar unter <http://www.sd-commission.org.uk/publications.php?id=775>, zuletzt geprüft am 10.06.2015.
- Daly, Herman E.; Cobb, John B. (1989): For the Common Good. Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future. Boston: Beacon Press.
- Demaria, Federico; Schneider, François; Sekulova, Filka; Martínez-Alier, Joan (2013): What is Degrowth? From an Activist Slogan to a Social Movement. In: *Environ Values* 22 (2), S. 191–215. DOI: 10.3197/096327113X13581561725194.
- Dickel, Sascha; Petschow, Ulrich (2013): Einführung in das Schwerpunktthema Green Economy. In: *Ökologisches Wirtschaften* (3), S. 14–16.
- Douthwaite, Richard (2012): Degrowth and the Supply of Money in an Energy-scarce World. In: *Ecological Economics* 84, S. 187–193. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2011.03.020.
- Easterlin, Richard A. (1974): Does economic growth improve the human lot? Some empirical evidenc. In: Paul A. David und Melvin W. Reder (Hg.): Nations and households in economic growth. Essays in honor of Moses Abramovitz. New York, London: Academic Press, S. 89–125.
- Easterlin, Richard A.; Sawangfa, Onnicha (2009): Happiness and economic growth: does the cross section predict time trends? Evidence from developing countries. Hg. v. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Bonn (IZA Discussion Papers, 4000). Online verfügbar unter <http://hdl.handle.net/10419/35734>, zuletzt geprüft am 30.06.2015.
- Europäische Kommission (2010): Europe 2020. A European strategy for smart, sustainable and inclusive growth. Hg. v. Europäische Kommission. Online verfügbar unter <http://ec.europa.eu/eu2020/pdf/COMPLET%20EN%20BARROSO%20%20%20007%20-%20Europe%202020%20-%20EN%20version.pdf>, zuletzt geprüft am 07.07.2015.
- Europäische Zentralbank (EZB) (2004): Protokoll über die Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank. Online verfügbar unter <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/other/ecbinstitutionalprovisions2004de.pdf>, zuletzt geprüft am 23.06.2015.
- FEASTA (2008): Cap & Share. A fair way to cut greenhouse emissions. The Foundation for the Economics of Sustainability (FEASTA). Dublin. Online verfügbar unter <http://www.feasta.org/documents/energy/Cap-and-Share-May08.pdf>, zuletzt geprüft am 02.07.2015.
- Fisher, Irving (2007): 100%-Money. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 44, S. 14–20.
- Flipo, Fabrice (2007): Voyage dans la galaxie décroissante. In: *Mouvements* 50 (2), S. 143–151. Online verfügbar unter <http://mouvements.info/voyage-dans-la-galaxie-decroissante/>, zuletzt geprüft am 16.06.2015.
- Galbraith, John Kenneth (1973): Gesellschaft im Überfluss: Knaur.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1973): The Entropy Law and the Economic Problem. In: Herman E. Daly (Hg.): Toward a Steady-State Economy. San Francisco: Freeman, S. 37–49.
- Georgescu-Roegen, Nicholas (1987): The Entropy Law and the Economic Process in Retrospect. Deutsche Erstübersetzung durch das IÖW mit Geleitwort von Eberhard K. Seifert und Anhängen. Hg. v. Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Berlin (Schriftenreihe des IÖW, 5/87). Online verfügbar unter http://www.postwachstum.de/data/postwachstum/user*upload/Texte/Entropy*Law*Retrospect.pdf, zuletzt geprüft am 04.03.2015.
- Gesell, Silvio (1949): Die Natürliche Wirtschaftsordnung. 9. Aufl. Lauf: Rudolf Zitzmann Verlag. Online verfügbar unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/gesell/nwo/nwo.pdf>, zuletzt geprüft am 21.03.2015.
- Goffman, Erving (1974): Frame Analysis. An Essay on the Organization of Experience. Cambridge: Harvard University Press.

- Gordon, Robert J. (2012): Is U.S. Economic Growth Over? Faltering Innovation Confronts the Six Headwinds. Hg. v. National Bureau of Economic Research. National Bureau of Economic Research. Cambridge (NBER Working Paper, 18315). Online verfügbar unter <http://www.nber.org/papers/w18315>, zuletzt geprüft am 27.05.2015.
- Graham-Harrison, Emma (2015): Mixed fortunes as solidarity economy takes root in Greece. In: *The Guardian*, 17.07.2015. Online verfügbar unter <http://www.theguardian.com/world/2015/jul/17/solidarity-economy-greece-mixed-fortunes>, zuletzt geprüft am 07.12.2015.
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*. 1. Aufl. Oxford: Blackwell Publishing Ltd.
- Harvey, David (2007): *A Brief History of Neoliberalism*. Oxford: Oxford University Press.
- Harvey, David (2008): The Right to the City. In: *New Left Review* (53), S. 23–40.
- Harvey, David (2015): *Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus*. Berlin: Ullstein.
- Hicks, John Richard (1968 [1939]): *Value and Capital. An inquiry into some fundamental principles of economic theory*. Oxford: Clarendon.
- Hillebrand, Evan E. (2010): Deglobalization Scenarios: Who Wins? Who Loses? In: *Global Economy Journal* 10 (2), S. 1–17. DOI: 10.2202/1524-5861.1611.
- Holland, Heinrich (2015): Stichwort: Kapitalisierung. Hg. v. Springer Gabler Verlag (Gabler Wirtschaftslexikon). Online verfügbar unter <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/10676/kapitalisierung-v6.html>, zuletzt geprüft am 29.06.2015.
- Horn, Gustav A. (2015): Stichwort: Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StWG). Hg. v. Springer Gabler Verlag (Gabler Wirtschaftslexikon). Online verfügbar unter <http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/55470/stabilitaets-und-wachstumsgesetz-stwg-v8.html>, zuletzt geprüft am 07.07.2015.
- Huber, Joseph; Robertson, James (2008): *Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Wege zu einer gerechten Geldordnung im Informationszeitalter*. Kiel: Gauke.
- Illich, Ivan (1973): *Tools for Conviviality*. Berkeley: Heyday Books.
- Illich, Ivan (1978): *The Right to Useful Unemployment. And Its Professional Enemies*. London: Marion Boyars.
- IPCC (2014): *Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change*. Hg. v. Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC). Genf. Online verfügbar unter http://www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ar5/syr/SYR*AR5*FINAL*full.pdf, zuletzt geprüft am 08.07.2015.
- IWF (2015): *World Economic Outlook Database*. Hg. v. Internationaler Währungsfond (IWF). Washington, D.C. Online verfügbar unter <https://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2015/01/weodata/download.aspx>, zuletzt geprüft am 28.06.2015.
- Jackson, Tim (2013): *Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt: Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)*.
- Jevons, William Stanley (1965 [1865]): *The coal question. An inquiry concerning the progress of the nation, and the probable exhaustion of our coal-mines*. 3. Aufl. New York: Kelley.
- Kallis, Giorgos; Kerschner, Christian; Martínez-Alier, Joan (2012): The Economics of Degrowth. In: *Ecological Economics* 84, S. 172–180. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2012.08.017.
- Kaul, Martin (2015): „Ja bedeutet Sendepause für uns alle“. In: *die tageszeitung (taz)*, 02.07.2015. Online verfügbar unter <https://www.taz.de/Antikapitalistin-zu-Tsipras%E2%80%98-Referendum!/5208321/>, zuletzt geprüft am 08.07.2015.
- Kerschner, Christian (2010): Economic De-growth vs. Steady-State Economy. In: *Journal of Cleaner Production* 18 (6), S. 544–551. Online verfügbar unter <http://degrowth.org/wp-content/uploads/2012/11/Kerschner-2010.pdf>, zuletzt geprüft am 04.03.2015.
- Keynes, John Maynard (2003 [1930]): *The General Theory of Employment, Interest and Money*. Online verfügbar unter <http://gutenberg.net.au/ebooks03/0300071h/printall.html>, zuletzt geprüft am 21.06.2015.
- Klein, Naomi (2007): *Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus*. Frankfurt am Main: Fischer.
- Latouche, Serge (2009): *Farewell to Growth*. Cambridge: Polity Press.
- Latouche, Serge (2010): Degrowth. In: *Journal of Cleaner Production* 18 (6), S. 519–522. DOI: 10.1016/j.jclepro.2010.02.003.
- Latouche, Serge (2012): Can the Left Escape Economism? In: *Capitalism, Nature, Socialism* 23 (1), S. 74–78. Online verfügbar unter <http://degrowth.org/wp-content/uploads/2012/11/Latouche-can-the-left-escape-economism.pdf>, zuletzt geprüft am 03.03.2015.

- Lawn, Philip (2011): Is steady-state capitalism viable? A review of the issues and an answer in the affirmative. A review of the issues and an answer in the affirmative. In: *Annals of the New York Academy of Sciences* 1219, S. 1–25. DOI: 10.1111/j.1749-6632.2011.05966.x.
- Lietaert, Matthieu (2010): Cohousing's relevance to degrowth theories. In: *Growth, Recession or Degrowth for Sustainability and Equity?* 18 (6), S. 576–580. DOI: 10.1016/j.jclepro.2009.11.016.
- Maier, Gunther; Tödtling, Franz; Tripl, Michaela (2006): Regional- und Stadtökonomik 2. Regionalentwicklung und Regionalpolitik. 3. Aufl. Wien, New York: Springer.
- Malthus, Thomas Robert (1798): An Essay on the Principle of Population. 1. Aufl. London: J. Johnson. Online verfügbar unter <http://www.econlib.org/library/Malthus/malPop1.html>, zuletzt geprüft am 06.07.2015.
- Martínez-Alier, Joan; Healy, Hali; Temper, Leah; Walter, Mariana; Rodriguez-Labajos, Beatriz; Gerber, Julien-François; Conde, Marta (2011): Between science and activism: learning and teaching ecological economics with environmental justice organisations. In: *Local Environment* 16 (1), S. 17–36. DOI: 10.1080/13549839.2010.544297.
- Meadows, Dennis L. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt.
- Meyer, Bernd (2010): Ressourceneffiziente Wirtschaftsentwicklung unter dem Primat ökologischer Ziele. In: Irmi Seidl und Angelika Zahrt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87), S. 167–177.
- Mill, John Stuart (1909 [1848]): Principles of Political Economy with some of their Applications to Social Philosophy. 7. Aufl. London: Longmans, Green and Co. Online verfügbar unter <http://www.econlib.org/library/Mill/mlP.html>, zuletzt geprüft am 23.03.2015.
- Muraca, Barbara (2013): Wirtschaft im Dienst des (guten) Lebens: Von Georgescu-Roegens Bioökonomik zur Décroissance. Hg. v. DFG-KollegforscherInnengruppe Postwachstumsgesellschaften. Jena (Working Paper, 06). Online verfügbar unter http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwmmedia/dokumente/WorkingPaper/wp6*2013.pdf, zuletzt geprüft am 11.02.2015.
- OECD (2014): Factbook 2014. Economic, Environmental and Social Statistics. Hg. v. Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD). Paris. Online verfügbar unter http://www.oecd-ilibrary.org/economics/oecd-factbook-2014*factbook-2014-en, zuletzt geprüft am 01.07.2015.
- OECD (2015): Economic Policy Reforms 2015. Going for Growth. Paris: OECD Publishing.
- Onken, Werner (2004): Für eine andere Welt mit einem anderen Geld. Sind die Geldreformer wirklich Antisemiten? Beitrag zur Attac-Sommerakademie am 1.8.2004 in Dresden. Online verfügbar unter <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/onken/attac2004/dresden-onken.pdf>, zuletzt geprüft am 06.11.2015.
- Oxfam (2014): Working for the Few. Political capture and economic inequality. Hg. v. Oxfam. Oxford (Oxfam Briefing Paper, 178). Online verfügbar unter <https://www.oxfam.org/sites/www.oxfam.org/files/bp-working-for-few-political-capture-economic-inequality-200114-en.pdf>, zuletzt geprüft am 02.07.2015.
- Paech, Niko (2005): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum. Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie. Marburg: Metropolis.
- Paech, Niko (2008): Regionalwährungen als Bausteine einer Postwachstumsökonomie. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 158-159, S. 10–18.
- Paech, Niko (2009): Die Postwachstumsökonomie – ein Vademecum. In: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 160-161, S. 28–31, zuletzt geprüft am 25.06.2014.
- Paech, Niko (2014): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. 7. Aufl. München: Oekom.
- Paech, Niko; Paech, Björn (2008): Suffizienz plus Subsistenz ergibt ökonomische Souveränität. In: *Politische Ökologie* 124, S. 54–60.
- Pennekamp, Johannes (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Ein Literaturüberblick. Hg. v. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Köln (MPIfG Working Paper, 11/1). Online verfügbar unter <http://www.mpifg.de/pu/workpap/wp11-1.pdf>, zuletzt geprüft am 10.06.2015.
- Petropoulou, Christy (2013): "Alternative Networks of Collectivities" and "Solidarity-Cooperative Economy" in Greek cities: Exploring their theoretical origins. In: *Journal of Regional Socio-Economic Issues* 3 (2), S. 61–85.
- Piketty, Thomas; Utz, Ilse; Lorenzer, Stefan (2014): Das Kapital im 21. Jahrhundert. 3. Aufl. München: C.H. Beck oHG.
- Polimeni, John M.; Polimeni, Raluca Iorgulescu (2006): Jevons' Paradox and the myth of technological liberation. In: *Complexity and Ecological Economics* 3 (4), S. 344–353. DOI: 10.1016/j.ecocom.2007.02.008.

- Radkau, Joachim (2010): Wachstum oder Niedergang: Ein Grundgesetz der Geschichte? In: Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Bd. 87. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87), S. 37–49.
- Research & Degrowth (2010): Degrowth Declaration of the Paris 2008 conference. In: *Growth, Recession or Degrowth for Sustainability and Equity?* 18 (6), S. 523–524. DOI: 10.1016/j.jclepro.2010.01.012.
- Reuter, Norbert (2010): Der Arbeitsmarkt im Spannungsfeld von Wachstum, Ökologie und Verteilung. In: Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87), S. 85–102.
- Røpke, Inge (2010): Konsum: Der Kern des Wachstumsmotors. In: Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87), S. 103–115.
- Scherhorn, Gerhard (2010): Unternehmen ohne Wachstumszwang. In: Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87), S. 129–143.
- Schumpeter, Joseph A. (2005 [1942]): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. 8. Aufl. Tübingen: Francke.
- Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (Hg.) (2010a): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87).
- Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (2010b): Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums. In: Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft, Bd. 87. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87), S. 23–36.
- Seidl, Irmi; Zahrnt, Angelika (2010c): Staatsfinanzen und Wirtschaftswachstum. In: Irmi Seidl und Angelika Zahrnt (Hg.): Postwachstumsgesellschaft. Konzepte für die Zukunft. Marburg: Metropolis (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 87), S. 179–188.
- Sekulova, Filka; Kallis, Giorgos; Rodríguez-Labajos, Beatriz; Schneider, François (2013): Degrowth. From Theory to Practice. In: *Journal of Cleaner Production* 38 (0), S. 1–6. DOI: 10.1016/j.jclepro.2012.06.022.
- Siegel, Charles (2006): The End of Economic Growth. Berkeley.
- Smith, Adam (2005 [1776]): Wealth of Nations. Raleigh: Hayes Barton Press.
- Smith, Richard (2010): Beyond growth or beyond capitalism? In: *Real World Economics Review* 53, S. 28–36. Online verfügbar unter <http://www.socialismonline.net/sites/default/files/Smith53.pdf>, zuletzt geprüft am 07.07.2015.
- Statistisches Bundesamt (2015): Bruttoinlandsprodukt (BIP). Hg. v. Statistisches Bundesamt. Wiesbaden. Online verfügbar unter <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Methoden/BIP.html>, zuletzt geprüft am 30.06.2015.
- Tokic, Damir (2012): The Economic and Financial Dimensions of Degrowth. In: *Ecological Economics* 84, S. 49–56. DOI: 10.1016/j.ecolecon.2012.09.011.
- WCED (1987): Our Common Future. Hg. v. World Commission on Environment and Development (WCED). New York. Online verfügbar unter <http://www.un-documents.net/wced-ocf.htm>, zuletzt geprüft am 07.07.2015.
- Wilkinson, Richard G.; Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. 3. Aufl. Berlin: Tolkemitt.